

## „Ihr seid das Volk!“ Neue populistische Kollektivitätsanrufungen von rechts und links

Helga Cremer-Schäfer

Populismus als normalisierte Politik-Form. Ein Versuch, Aufmerksamkeit dafür herzustellen

Friedhelm Schütte

Populismus – oder die Erosion des Selbst- und Weltverständnisses der Subjekte

Manfred Kappeler & Michael May

Versuch, Ernst Blochs Begriff des „Ungleichzeitigen“ für die Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Populismus neu aufzugreifen

Joachim Weber

Die Verachtung des Politischen. Überlegungen zur Rolle (rechts-)populistischer Emotionen

Rudolf Walther

Macrons „komplexes Denken“ – und seine sehr simple bonapartistische Regierungstechnik

Theo Rauch

„Hunger ist Mord“ – Populistische Tendenzen in der Entwicklungspolitik?

Forum

Oxana Ivanova-Chessex & Anja Steinbach

„Also wir haben hier auch letzten Sommer so ‘nen Spendenlauf gehabt“ – Postkoloniale Perspektiven auf Herstellungsprozesse gesellschaftlicher Dominanzverhältnisse in der Schule

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen  
Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Ludwigshafen  
Ludwigshafen gehört allen!



# Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich  
38. Jahrgang, März 2018

Herausgegeben vom Widersprüche e.V.  
Verein für kritische Analyse und Bildung im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich  
**Redaktion:** Manfred Kappeler, Friedel Schütte, Arne Sprengel (Berlin); Holger Ziegler (Bielefeld); Henning Schmidt-Semisch (Bremen); Uwe Hirschfeld (Dresden); Anne van Rießen (Düsseldorf); Fabian Kessel (Essen); Marcus Balzereit, Karl August Chassé, Helga Cremer-Schäfer, Kirsten Huckenbeck (Frankfurt); Christof Beckmann, Timm Kunstreich (Vi.S.d.P.), Annita Kalpaka, Michael Lindenberg, Tilman Lutz, Barbara Rose, Wolfgang Völker, Heiner Zillmer (Hamburg); Dietlinde Gipsler (Hannover); Ellen Bareis, Thomas Wagner, Kerstin Herzog (Ludwigshafen); Joachim Weber (Mannheim); Maria Bitzan, Eberhard Bolay (Reutlingen); Günter Pabst (Schwalbach/Ts.); Holger Adam, Friedemann Affolderbach, Michael May, Arne Schäfer, Marcel Schmidt (Wiesbaden); Gertrud Oelrich, Andreas Schaarschuch, Heinz Sünker (Wuppertal).

Die Schwerpunkte der nächsten Nummern sind:

- Widersprüche 148 Umkämpfte Sexualitäten – Die Bearbeitung des Sexuellen im Spannungsfeld von Emanzipation und Reaktion (Juni 2018)
- Widersprüche 149 Bestärken und Einsperren. Kindeswohl als Kindeswohlgefährdung? (September 2018)
- Widersprüche 150 Marx 2018 – das Neue im Alten, das Alte im Neuen (Dezember 2018)

Die **Widersprüche** erscheinen regelmäßig mit vier Nummern im Jahr mit einem Gesamtumfang von mindestens 520 Seiten. Einzelheft € 15,00, Jahresabonnement € 42,00; StudentInnenabonnement (Studienbescheinigung beilegen) € 27,00; Preise jeweils zzgl. Versand. Das Abonnement kann mit einer Frist von acht Wochen zum Jahresende schriftlich gekündigt werden.

**Hinweis der Redaktion:** Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Manuskripte zur Veröffentlichung nimmt die Redaktion gerne entgegen. Für eingesandtes Material wird keine Haftung übernommen.

**Redaktionsadresse:** Widersprüche, Nicoletta Rapetti c/o Redaktion express/AFP e.V., Niddastr. 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel.: (0 69) 67 99 84, E-Mail: widersprueche@gmx.de

**Verlagsadresse:** Verlag Westfälisches Dampfboot, Hafenweg 26a, 48155 Münster, Tel.: (02 51) 39 00 48-0, FAX (02 51) 39 00 48 50, E-Mail: info@dampfboot-verlag.de, Internet: http://www.dampfboot-verlag.de

**Vertrieb an Einzelkunden:** Germinal GmbH, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 / 4 17 00, E-Mail: bestellservice@germinal.de

**Vertrieb an Institutionen/Buchhandlungen:** ProLit Verlagsauslieferung, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 / 9 43 93 33, Fax: +49 (0) 641 / 9 43 93 39, E-Mail: R.Eckert@prolit.de

© 2018 Verlag Westfälisches Dampfboot. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten  
Druck und Bindung: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des „Informationszentrum 3. Welt“ bei.

ISSN 0721-8834 ISBN 978-3-89691-017-2

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

147



# Widersprüche

Knochenbrüche  
Z'sammenbrüche  
Bibelsprüche  
Lehrerflüche  
Mutters Küche  
sind 'ne Menge  
Widersprüche  
(Volksmund)

## „Ihr seid das Volk!“ Neue populistische Kollektivitätsanrufungen von rechts und links

Zu diesem Heft.....3

### Schwerpunkt

*Helga Cremer-Schäfer*  
Populismus als normalisierte Politik-Form. Ein Versuch, Aufmerksamkeit dafür herzustellen ..... 11

*Friedhelm Schütte*  
Populismus – oder die Erosion des Selbst- und Weltverständnisses der Subjekte ..... 25

*Manfred Kappeler & Michael May*  
Versuch, Ernst Blochs Begriff des „Ungleichzeitigen“ für die Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Populismus neu aufzugreifen ..... 37

*Joachim Weber*  
Die Verachtung des Politischen. Überlegungen zur Rolle (rechts-)populistischer Emotionen ..... 51

*Rudolf Walther*  
Macrons „komplexes Denken“ – und seine sehr simple bonapartistische  
Regierungstechnik..... 63

*Theo Rauch*  
„Hunger ist Mord“ – Populistische Tendenzen in der Entwicklungspolitik?... 75

## Forum

*Oxana Ivanova-Chessex & Anja Steinbach*  
„Also wir haben hier auch letzten Sommer so ‘nen Spendenlauf gehabt“ –  
Postkoloniale Perspektiven auf Herstellungsprozesse gesellschaftlicher  
Dominanzverhältnisse in der Schule ..... 87

## Rezensionen

*Michael Wolf*  
Widerstand: zwischen Lehr- und Leerformel. Vom hilflos anmutenden  
Versuch, eine Antwort auf die Frage zu geben, wie man vom ‘Widerstand’  
zum ‘Widerstehen’ kommt  
Über: *Fritz Reheis/Stefan Denzler/Michael Görtler/Johann Waas (Hrsg.):*  
*Kompetenz zum Widerstand. Eine Aufgabe für die politische Bildung* ..... 101

## Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

*Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Ludwigshafen*  
Ludwigshafen gehört allen!..... 107

### Bildnachweise

Fotos im Innenteil aus der Serie „Silbermond“: © Walburga Freitag, Bielefeld

## Zu diesem Heft

Schattierungen und Nuancen charakterisieren den neuen, aktuellen Populismus. Populismus als politischer Begriff wird nicht nur unschärfer und theoretisch unübersichtlicher, er verliert als 'Kampfbegriff' an Wirkung und theoretisch an Deutungskraft. Wenn Populismus überall in Staat, Kultur bzw. Gesellschaft agiert – in so unterschiedlichen Arenen wie bspw. Sport, Wissenschaft, Health care, Erziehung & Bildung, Entwicklungszusammenarbeit, digitale Medien usf., m.a.W. zum medialen Tagesgeschäft zählt und den rechten wie linken Diskurs determiniert –, dann stellt sich die Frage, was ist Populismus heute? Wird der Begriff konzeptionell überdehnt? Führen Typologien zu Populismustheorien oder historisch ausholende, strukturtheoretische Ansätze zu tragfähigen Deutungsmustern? Oder spiegelt die 'Konstruktion unterschiedlicher Weltansichten' in ihrer objektiven und subjektiven Dimension das Kernproblem des modernen Populismus? Sind 'symbolische Kämpfe' bspw. um Macht und Konsens, Herrschaft und Hegemonie, Status und Individualität zeitgenössischer Ausdruck einer Neu- oder Uminterpretation der 'sozialen Welt' als Global Village?

Alle historischen Formen des Populismus argumentieren mit dem Kollektiv-WIR in scharfer rhetorischer Abgrenzung zum Anderen. Begriffliche Duale beherrschen die einzelnen sozialen Arenen. Die Polarisierung von WIR und DIE, von UNTEN und OBEN, ELITE und VOLK, ABGEHÄNGTE und REICHE, FUNKTIONÄRE und BASIS ist dem rechten wie linken Populismus in der Alltagspraxis eigen. Instrumentelle Ambiguität und strukturelle Kongruenz beherrschen die Praxisformen des Populismus in allen genannten Arenen – in allen Nationalstaaten der Erde, und zwar historisch sowie aktuell.

Das alles ist zumal in der deutschen Geschichte satzungsbekannt. Die Verwandtschaft des aktuellen Populismus mit der NS-Propaganda fällt u.a. in die Augen, die eine strikte Spaltung zwischen Böcken und Schafen inszenierte und den 'Führer' als Exponent der völkischen Masse präsentierte – als 'einfachen' Mann und dennoch Heros 'des Volkes'. Doch eine einfache Gleichsetzung von Faschismus und Populismus verfällt der Selbsttäuschung, dass Populismus ein Problem politischer rechter Gesinnung sei und übersieht andere populistische

Strömungen. Mit einigem Recht könnte die politische Aktivierung des letzten Jahrzehntes als liberaler Populismus verstanden werden.

Die Kampagne der Verunglimpfung von Florida-Rolf und damit der Sozialhilfeeempfänger insgesamt als Sozialschmarotzer in der Hängematte des Sozialsystems stellte eine Anrufung des fleißigen Bürgers dar, der wutentbrannt überall Missbrauch sozialer Leistungen wittert und dabei eine simple und längst theoretisch überholte Marktlogik in Anschlag bringt, um mit dieser alle gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Genauer besehen bilden die angezeigten Strategien und Typen von Populismus Merkmale jeder Form von populärer Politik, die Stimmungen in der Bevölkerung aufgreifen, um diese mit leicht verständlichen Erklärungen und Lösungen zu bearbeiten. Die Unterschiede zwischen populären und populistischen Strategien drohen zu verschwimmen. Allerdings zeigt sich ein auffälliger Unterschied zwischen beiden im Umgang mit dem das Politische konstituierenden Antagonismus der Meinungen und den damit verbundenen Argumenten. In Abgrenzung gegenüber jeder Alternative und Durchsetzung der jeweiligen eigenen Interessen erschöpfen sich die kruden Angebote populistischer Politik. Brisant wird diese populistische Politik erst vor dem Hintergrund von gesellschaftlichen Interessen, die an verschüttete oder tabuisierte und damit aufgestaute Emotionen anknüpfen können und deren Subjekte gleichzeitig das Vertrauen verloren haben, dass diese Interessen im Kontext demokratischer Legitimationsprozesse noch eine Rolle spielen. Die Analyse des Populismus geht damit über die Beobachtung populistisch agierender Akteure hinaus und wendet sich deren Interessen und Stimmungen zu, mit denen populistische Politik operiert.

Daran knüpfen sich eine Reihe von Fragen: Was ist Populismus heute? Welche Form hat er morgen? Was befeuert, was treibt Populismus in die Flaute? Kann 'Aufklärung' noch als probates 'Gegengift' dienen – der 'Marsch der Anständigen' die angemessene Öffentlichkeitform gegen 'regressive Entzivilisierung' sein? Oder wird die Zuschreibung populistisch vielmehr gebraucht, um jede Form von engagiertem Eintreten für Alternativen zum Bestehenden zu desavouieren?

Im Zentrum des Populismus steht allerdings ein sozialpsychologisches Phänomen: das 'Volk'. Es gibt sie wieder, die kollektive Identität, die in unterschiedlichen Politikarenen adressiert werden kann! Wer das Volk anruft mit dem Slogan 'Ihr seid das Volk!' oder sich kollektiv identifiziert mit der Formel: 'Wir sind das Volk!' arbeitet an der Konstruktion eines ausgrenzenden Kollektivs. Hier wird anderes ausgesagt als: 'Wir gehören zum Volk!' Exklusion, nicht Inklusion in ein politisches Subjekt ist der Sinn solcher Kollektivbildung. Dabei zeigt sich die Kategorie *Volk* ähnlich zweideutig wie die Kategorie des *Bürgers*. Der Begriff schwankt zwischen dem politisch aktiven Bürger der Zivilgesellschaft und dem

individualistischen Bürger der spätkapitalistischen Gesellschaft. Nicht weniger schwankt der Adressat des sogenannten Volkes zwischen zwei Bedeutungen, auf der einen Seite der abstrakt-unbestimmten Größe des *populus*, die als demokratischer Souverän beispielsweise in Deutschland den Schöpfer des Grundgesetzes und damit des Rechtssystems markiert, auf der anderen Seite einer gesellschaftlichen Teilgruppe, die populistisch angerufen und in Bewegung gesetzt werden kann, der *plebs*. Letzteres impliziert dann die Möglichkeit, völkisches Gedankengut mit der Anrufung des Volkes zu verbinden.

So nahe es vor diesem Hintergrund liegt, populistische Politik mit Rechtspopulismus gleichzusetzen, das Phänomen Populismus lässt sich mit einer solchen Engführung kaum begreifen. Ein analytischer Blick erkennt insbesondere vier konstituierende Phänomene, wie sich populistische Politik inszeniert, die über völkisches Denken weit hinausgehen. Diese setzt an mit der Absicht, (1) in einer komplex gewordenen Welt einfache Antworten zu liefern, gleichzeitig (2) das Volk als Gegenakteur gegen die sogenannten Eliten in Anschlag zu bringen, wobei insbesondere (3) die Wut des Volkes als politisch produktive Emotion entdeckt wird, so dass sich schließlich (4) populistische Akteure als diejenigen inszenieren können, die über einen unmittelbaren Draht zu diesem Volk verfügen und sich als dessen Führung anbieten.

Populismus in sozialen Räumen bzw. wissenschaftlichen Feldern zu thematisieren und damit die begriffliche Unübersichtlichkeit zu problematisieren, markiert den Anspruch des vorgelegten Heftes.<sup>1</sup> Populismus taktiert mit der Mobilisierung von Massen (bspw. Nation, Landsmannschaft, Region, Club, Sippe, Clan), ergeht sich medial in Dualismen, die objektive Merkmale mit individuellen Erfahrungen zusammenbringen und medial hypen. Der 'kühle Kopf' wird beiseitegeschoben, das 'leere Herz' zur Tat ermuntert. Thematische Eindeutigkeit ist zweit- und damit nachrangig – ideologische Polyvalenz ein charakteristisches Merkmal.

Drei Lesarten des Populismus bieten sich u.E. in theoretischer und analytischer Absicht an: Populismus als Ideologie, als hegemoniale Strategie (Machterlangung und -sicherung) und als wissenschaftliche Diskurspraxis. Auf diesem Hintergrund prägen drei rote Fäden das vorgelegte Heft. Einerseits tragen sie dem transitorischen Charakter des Populismus Rechnung' andererseits erkennen sie in ihm einen Indikator für die Krise demokratisch verfasster Nationalstaaten. Die Beiträge zielen deshalb *erstens* auf eine historische Rückversicherung. Strukturelle Aspekte des Populismus sind damit ebenso adressiert wie der sprachanalytische Umgang mit

1 Siehe dazu auch die Widersprüche Hefte 133, 141, 142, 143, 144, die bereits einzelne Aspekte des Populismus zur Sprache bringen.

Volk und Herrschaft. *Zweitens* thematisieren gesellschaftstheoretische Beiträge in der Tradition von *Antonio Gramsci* und *Pierre Bourdieu* die Dialektik von Staat und Kultur, von Hegemonie und Zwang, von sozialem Raum und 'symbolischen Kämpfen' in ausgewählten Arenen. Schließlich *drittens* intervenieren einzelne Beiträge in den demokratietheoretischen Diskurs der Abwehr neoliberaler Politiken im Kontext von Sozialstaat, Deregulierung, Globalisierung und Good Governance.

In die wissenschaftliche Diskurspraxis rückt somit die zugegebenermaßen zugespitzte Kontroverse um den politischen Absentismus der Linken einschließlich des linksliberalen Milieus mit dem Hinweis auf deren Agonismus auf der einen Seite und die Verteidigung des postindustriell-aufgeklärten Liberalismus in Europa und außerhalb des Kontinents auf der anderen. Der enorme, durch internationale Güterproduktion und Arbeitsteilung befeuerte Überhang an Objektivität liefert dem Populismus den ideologischen Rohstoff, der die Individualität um den Preis des Identitätsverlustes zu bedrohen scheint. Der erkenntnistheoretische Zusammenhang von Objektivität und Subjektivität, d.h. historisch-empirischer Faktizität und subjektiver Befindlichkeit, spiegelt sich in den Schattierungen des Populismus gleichwie in den Reaktionen auf dieses alte Phänomen. Eine Politik des Sozialen muss sich dieser Dialektik ebenso stellen wie anti-populistische Aktivitäten in den Arenen der sich schrittweise konstituierenden Weltgesellschaft.

### Zu den Beiträgen im Einzelnen

*Helga Cremer-Schäfer* analysiert die Politikform des Populismus und seiner konstituierenden Strukturmomente. Dabei nennt sie die Identitätspolitik, die widerstreitende Interessen unter der nationalen Einheit überdeckt, die Nutzung von Feinden, von Krisen und der sozialen Angst sowie die Konstruktion eines populistischen Subjekts in Form der Gefolgschaft. Vor diesem Hintergrund gelingt ihr die heuristische Identifizierung bestimmter Etiketten, die in den Diskursen liberaler deutschsprachiger Tageszeitungen virulent sind. Diese betreffen die Gefühle im Kontext populistischer Strömungen ebenso wie die Identifizierung der Adressatinnen und Adressaten, z.B. die 'Abgehängten', aber auch Diagnostiketiketten, was diesen Adressaten fehle, sowie schließlich Etiketten, wie diesen Defiziten begegnet werden soll.

Unter Rückgriff auf erkenntnistheoretische Überlegungen zum Objekt-Subjekt-Verhältnis diskutiert *Friedhelm Schütte* die Banalität des Populismus als Maskerade im politischen 'Kampf um Hegemonie' (A. Gramsci). Er bedient sich der 'sozialen Welt', mithin objektiver Gegebenheiten und subjektiver Befindlichkeiten

als eines politischen Rohstoffs, mitunter schamlos. Populismus, so die zentrale These, agiert in den einzelnen gesellschaftlichen Arenen resp. 'sozialen Räumen' nicht nur formal unterschiedlich, und zwar historisch wie aktuell, sondern er zehrt vor allem von der neuen Unübersichtlichkeit der 'sozialen Welt' im Zeitalter von Big Data. Im Anschluss an die Arbeiten von Oskar Negt und Alexander Kluge sowie Pierre Bourdieu demonstriert der Beitrag in zwei kurzen Exkursen ('Bildung & Erziehung'; 'Facharbeit und industrielle Produktion') zum einen die Vielschichtigkeit populärer Agitation in ausgewählten Sozialräumen, zum anderen formuliert er theoretische Anforderungen an eine 'Politik des Sozialen'.

Eine erneute Lektüre von Ernst Blochs „Erbschaft dieser Zeit“ nehmen *Manfred Kappeler* und *Michel May* zum Anlass, das Phänomen Populismus im neuen Kontext zu diskutieren. In Konfrontation mit einer nachgetragenen Replik von Oskar Negt und Alexander Kluge zu Blochs epochemachenden Buch gehen sie der Frage nach den Widersprüchlichkeiten des Kapitalismus sowohl in den 1930er Jahren als auch mit Blick auf die AfD und dem virulentem Rechtspopulismus nach. Die Dialektik von Ungleichzeitigem und Gleichzeitigem gerät den Autoren zum theoretischen Horizont und führt sie zu einem Bündel noch zu klärender Fragen. Während der theoretische Diskurs die gesellschaftstheoretischen Einlassungen von Negt und Kluge aufgreift – insbesondere die soziale Welt als politischen „Rohstoff“ zu begreifen, deren sich populäre Bewegungen fortwährend bedienen – zielt die Benennung offener Fragen u.a. auf angemessene Aktions- und Reaktionsformen sowohl im privaten Bereich als auch in der öffentlichen Arena.

*Joachim Weber* führt anhand der Inaugural Address von Trump die Identifizierung eines Teils der Bevölkerung als 'das Volk' vor, verbunden mit der De-Thematisierung aller anderen. Der Erklärungsversuch anhand des Motivs des Ressentiments gelingt dabei an zentraler Stelle nicht. Denn zum Ressentiment nach Nietzsche gehört eine moralisierende Sklavenmoral, während sich aktuelle populistische Strömungen meist bewusst als political incorrect verstehen. Eher gelingt die Einbettung populistischer Rede in einen Ausdruck von Verachtung. Anders als der Hass, der im Kontakt bleibt, nimmt die Verachtung diejenigen, die nicht dazugehören, wenn überhaupt dann nur peripher wahr und unterminiert dadurch in höchst effektiver Weise das Politische.

*Rudolph Walthert* beobachtet die jüngeren Entwicklungen in Frankreich nicht unter Nutzung des Begriffs Populismus, sondern unter Weiterentwicklung des marxischen Begriffs des Bonapartismus. Es gelingt ihm vor dem Hintergrund einer sorgfältigen Analyse der Reden und Interventionen von Macron, dessen spezifische Regierungstechnik vorzuführen und klassifiziert diesen als „Bonapartismus light“ bzw. als „demokratisch kostümierten“ Bonapartismus. In diesem Zusammenhang

geht er auf Macrons Strategie nichtssagender Rede an das Volk ein, gepaart mit geschickter „Entbeinung des Parlaments“ im Kontext autoritärer Strategien sowie typisch neoliberalen Sanierungsabsichten. Doch dieser spezifische macronische Bonapartismus ist alles andere als Macrons eigene Erfindung, sondern stellt nur die Realisierung eines demokratischen Bonapartismus dar, wie ihn die französische Verfassung vorsieht.

Entwicklungspolitik als globale Arena und 'soziale Welt' im Lichte populistischer Tendenzen zu interpretieren und die öffentliche Rede einzelner Akteure zu hinterfragen, steht im Zentrum des Beitrags von *Theo Rauch*. In den Blick gerät nicht nur, wie zu vermuten, eine von Polyvalenz gekennzeichnete politische Arena, sondern vielmehr ein hybrides Geflecht von Interessen, Weltanschauungen sowie symbolischen Kämpfen um Einfluss und Anerkennung. Globalisierung in Form von bspw. „Strukturanpassungsprogrammen“ einerseits sowie die Etablierung neoliberaler Politik andererseits liefern der Analyse den Rahmen, für die rhetorische Ambivalenz von rechts- und linkspopulistischer Rede in diesem, weitgehend ausschließlich medial vermittelten 'sozialen Raum'. Der Einblick in die exterritoriale Arena „Entwicklungspolitik“ mündet in der Feststellung: Die 'echten' Fakten und internationalen Zusammenhänge werden im „Kampf um Diskurshegemonie“ mittels Komplexitätsreduktion systematisch ausgeblendet.

*Die Redaktion*



Psychosozial-Verlag

Charlotte Busch et al. (Hg.)  
**Der Riss durchs  
 Geschlecht**  
 Feministische Beiträge  
 zur Psychoanalyse



237 Seiten • Broschur • € 29,90  
 ISBN 978-3-8379-2711-5

Klaus-Jürgen Bruder et al. (Hg.)  
**Gesellschaftliche  
 Spaltungen**  
 Zur Wahrnehmung von  
 Ungleichheit und Ungerechtigkeit  
 in Politik und Gesellschaft



341 Seiten • Broschur • € 29,90  
 ISBN 978-3-8379-2771-9

Die Beziehung feministischer und psychoanalytischer Theorie hat eine durchaus wechselvolle Geschichte. Allzu einseitiger Kritik entgegentretend, betonen neuere Stimmen der feministischen Auseinandersetzung mit der Psychoanalyse erneut deren emanzipatorisches Potenzial, indem sie Freud mit Freud gegen den Strich lesen.

Der politische Rechtsruck in Deutschland und Europa verweist auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen, die sich vor allem in wachsenden gesellschaftlichen Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und der Aushöhlung der Demokratie manifestieren. Aus vielfältigen, kritischen Perspektiven beleuchten die BeiträgerInnen aktuelle Phänomene der gesellschaftlichen Spaltung jenseits des medialen und akademischen Mainstreams.



Helga Cremer-Schäfer

## Populismus als normalisierte Politik-Form

Ein Versuch, Aufmerksamkeit dafür herzustellen

In repräsentativen Formen der Demokratie können Bürger gesellschaftliche Teilnahme systematisch nur als Teil eines übergeordneten Ganzen realisieren: als ein anerkannter Teil der Nation sind es die Wahlberechtigten; Markt und Wirtschaftsstandort bestimmen die Nachfrage nach Arbeitskraft; Sozialstaat und „Solidargemeinschaft“ unterscheiden berechnete und nicht berechnete Bürgerinnen und Bürger. Zu den wichtigsten Bedingungen von Teilnahme und Teilhabe am gesellschaftlich produzierten Reichtum gehören Staatsbürgerschaft und Nützlichkeit als Arbeitskraft. Der Sozialstaat setzt als Bedingung für Teilhabe an Ressourcen sowohl „Einzahlungen“ wie Nützlichkeit und Diszipliniertheit. Schon diese Bedingungen für gesellschaftliche Teilnahme erinnern an Identitätspolitik, ein zentrales Merkmal von Populismus. Wenn man sich weitere „populistische“ Strategien vor Augen führt (die übliche Krisen-Rhetorik, Feindbildproduktion und Ausschließungsbereitschaft), wird deutlich, dass diese Strategien und Manöver schon länger ein institutionalisierter, d.h. struktureller Teil repräsentativer Demokratien sind. Heinz Steinert<sup>1</sup> (1999/2005) sprach daher von Populismus als Politik-Form. Nach der Ablösung von Interessenparteien durch Volksparteien und deren Konkurrenz um eine „großen Zahl“ von Köpfen wurde es die vorherrschende Politik-Form. Von „strukturellem Populismus“ kann man sprechen, weil das Prinzip „Organisation nach Köpfen, nicht die Organisation nach Interessen“ als Verfahren der Auswahl von Repräsentanten institutionalisiert wurde; zweitens weil es auch in anderen Bereichen (wie Kulturindustrie) um eine große Zahl von „Köpfen“ geht; und drittens weil von sozialen Institutionen oder auch Theorien populistische Manöver übernommen werden (wie Feindbildproduktion, Diskre-

---

<sup>1</sup> Heinz Steinert *Kulturindustrielle Politik mit dem Großen & Ganzen: Populismus, Politik-Darsteller, ihr Publikum und seine Mobilisierung*, [http://www.links-netz.de/K\\_texte/K\\_steinert\\_populismus.html](http://www.links-netz.de/K_texte/K_steinert_populismus.html), zuerst veröffentlicht in: Internationale Gesellschaft und Politik 4/1999: 402-413.



ditierung von Konkurrenten als Gefahr für ein Großes & Ganzes, Organisation negativer Koalitionen).

In der inzwischen kaum überschaubaren sozialwissenschaftlichen und kulturindustriellen Buch- und Textproduktion haben Perspektive und Begriff nur einen Nischenplatz.<sup>2</sup> Um Gründe für die derzeitige Hochkonjunktur von Kampagnen-Populismus zu erfahren, will ich zunächst erläutern, was dafür spricht, Populismus als herrschende Politik-Form zu analysieren, ich werde auf „strukturelle“ Grundlagen von Populismus im Modell repräsentativer Demokratie hinweisen. Anschließend interpretiere ich Erklärungen des ab 2015 beobachtbaren „Kampagnen-Populismus“, die 2017 vor und während der Bundestagswahlen in der journalistischen Kritik von Populismus angeboten wurde.

## Populismus als Politik-Form

Über einige Merkmale populistischer Politik-Manöver scheint Einigkeit vorzuliegen. Dazu gehören: Identitätspolitik, die Propagierung von Krisenszenarien, die Bestimmung von Feinden, schließlich eine Gefolgschaft, die sich sowohl mobilisieren (und fanatisieren) wie still halten lässt. Alle Merkmale und Praktiken treffen auf die Politik zu, die von Volks-Parteien spätestens mit dem Übergang von fordistischer zu neoliberaler Produktionsweise praktiziert wurden.

### *Identitätspolitik statt Interessenpolitik*

Wer sich auf welche „Identität“ berufen kann, lässt sich einerseits leicht feststellen: durch den Blick auf die eigene „identity card“. Da unter das Etikett „Nationalität“ jedoch Leute mit widerstreitenden Interessenlagen subsumiert werden, lässt sich

<sup>2</sup> Bezogen auf Analysen von Populismus als Politik-Form und Interpretationen der populistischen Strategien von Volks-Parteien und Parteien der Neuen Rechten erlaube ich mir nur auf Literatur zu verweisen, die seit dem grundlegenden Beitrag von Heinz Steinert (2005) im Archiv von links-netz zur Verfügung steht; zwischen 2017 und 2005 habe ich insbesondere Beiträge von Reinhard Kreissl, Joachim Hirsch, Christine Resch, John Kannankulam, Thomas Gehrig und Heinz Steinert als „Denkhilfen“ nutzen können. Statt einer Einzelaufzählung verweise ich auf das Archiv – auch als Anreiz nachzulesen: <http://www.links-netz.de/archiv.html>. Die eigene Auseinandersetzung mit Populismus, insbesondere mit dem Populistisch-Werden von Theorien finden sich in dem Einstiegs-Band Helga Cremer-Schäfer und Heinz Steinert *Straflust und Repression. Zur Kritik der populistischen Kriminologie*, Münster 2014 (überarbeitete Auflage der Ausgabe von 1998).

Zugehörigkeit nur negativ konkretisieren — als Gegensatz von „Wir und Sie“. Die negative Koalition (und binäre Aufspaltung) hat den Vorteil, dass widerstreitende Interessen des „Wir“ überdeckt und Konflikte still gestellt werden können. Zugehörigkeit zu einer identitätsstiftenden Einheit (Nation, Volk) ist jedoch stets an weitere Identifizierungen gebunden: an Identifikation mit einer „Wertegemeinschaft“, „unserer Kultur“, „unserem Staat“, „unserer Marktwirtschaft“. Nur diejenigen, die sich mit einem „Großen & Ganzem“ identisch gemacht haben, können sich auf „Identität“ und Status eines „berechtigten Mitglieds“ berufen.

### *Populistische Strategien brauchen und bestimmen „Feinde“*

Die Propagierung von Feinden und Bedrohungen, die sowohl von „innen wie von außen“ wie auch von „unten“ und „oben“ kommen, ist spezifisch für populistische Strategien und eng verbunden mit der Legitimation von Ausschlusspolitik. Die Angst vor ökonomischer Auszehrung, Missbrauch und Verkonsumierung des Wohlfahrtsstaats, Angst vor Kriminalität, Angst vor „Selbstabschaffung“ wegen „Übervölkerung“ durch Migranten, Angst vor Islamisierung usw. waren und bleiben austauschbar.

### *Politik für das „Große & Ganze“ und Legitimation von sozialer Ausschließung braucht „Krisen“*

Für Selbst- und Politik-Darstellungen als in „unser aller Interesse“ liegend sind dramatische „Krisen-Situationen“ nützlich. Damit kann, z.B. in Kriegs- oder Austeritätszeiten oder um der florierenden Wirtschaft willen, Opferbereitschaft gefordert werden. Auch die Duldung von „hartem“ Durchgreifen gegen innere Feinde, „Belastungsexistenzen“ und zerstörerische Bedrohungen von außen gehören zum Repertoire. Kampagnenförmige Manöver vollziehen sich (wie Moral-Paniken) abwechselnd als Propagierung von Bedrohungsszenarien, Feinddefinitionen und Schlüssellösungen: Unser Problem wäre lösbar, die notwendige Härte gegen die „Richtigen“ und Nutzung von Ausschlussinstitutionen durch die politischen Klasse vorausgesetzt.

### *Strategische Nutzung von sozialem Unbehagen: Politik mit sozialer Angst*

In gegenwärtigen Erklärungen der Mobilisierbarkeit für populistische Zwecke war z.B. weniger vom Ressentiment die Rede wie von „Angst“: Angst vor Flüchtlingen und Fremden, Abstiegsangst. Die Produktion sozialer Angst durch interessierte

und dramatisierende Krisen-Propaganda „von oben“ zielt (wie die Instrumentalisierung des Ressentiments) auf eine Verschiebung der Austragung gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Konflikte. Die größte Aufmerksamkeit galt 2010 der Propagandaschrift von Thilo Sarrazin „Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“; ein Paradebeispiel für die Produktion *sozialer Angst* „von oben“.

*Soziale Angst* ist kein Wort, das sich auf ein (im Blochschen Sinn) begrifflich noch nicht näher bestimmtes Unbehagen von Menschen in gesellschaftlichen Krisensituationen bezieht. *Soziale Angst* wird als Etikett gebraucht.<sup>3</sup> Zu erklären wäre, wie, mit welchen kulturellen Mitteln, mit welchen Herrschaftstechniken und welchen von Institutionen verwalteten Etiketten und Theorien, die all das reproduzieren, ein noch unbestimmtes Unbehagen in die Form von *sozialer Angst vor einer „eskalierenden Ordnungskrise“ und einem bevorstehenden Armageddon für die Lebensweise* verwandelt wird, die innere und äußere „Feinde“ verursachen.

#### Exkurs: „Angst machen und Angst haben“<sup>4</sup>

Die Studie von Stuart Hall et al. „Policing the Crisis“ (1978) kann man bis heute als Analyse der „Urszene“ für Populismus als herrschende Politik-Form lesen. Untersucht wurde in den 1970ern (noch vor der „offiziellen“ Phase des Thatcherism 1979) die Dramatisierung von „Mugging“ (der Handtaschenraub) zu „Gewalt auf der Straße“, diese als Zeichen für eine „unsere“ gesellschaftliche Ordnung bedrohende Krise durch „Mugger“. Das Etikett „Mugger“ teilt mit, wer alles den englischen, normalen, auf Rechtschaffenheit, Arbeit und Disziplin beruhenden „way of life“ in Chaos und Anarchie zu stürzen drohte: der Mugger ist jung, Immigrant, arbeitsscheu, disziplinlos und das Produkt zerfallener Familienbande. All diese Prozesse und Rekrutierungen, so Hall et al., „ereignen“ sich nicht einfach. Sie erfordern das Zutun von sozialen Akteuren und sozialen Institutionen. Entscheidend sind nicht Populisten, sondern die Akteure von Institutionen (staatlich, kulturindustriell). Sie verfügen per Beruf über die Kategorien und Etiketten sowie über die organisierten und legitimierte Mittel, „Gesellschaftsfeinde“ oder „Gefähr-

3 Vgl. insbesondere zur Etikettierungsperspektive und der Rezeption von Ernst Bloch das Buch von Marcus Balzereit *Kritik der Angst*, Wiesbaden 2007.

4 Die Zusammenfassung habe ich dem Aufsatz von Marcus Balzereit und Helga Cremer-Schäfer *Angst machen und Angst haben*, in: Kommission Sozialpädagogik (Hg.), *Wa(h)re Gefühle? Sozialpädagogische Emotionsarbeit im wohlfahrtsstaatlichen Kontext*, Weinheim/Basel 2017: 53-64 entnommen.

der“ und „Belastungen“ zu bestimmen. Es braucht Institutionen, die legitimiert Grenzen ziehen und ausschließen können. Am einfachsten geschieht dies immer noch durch die Bestimmung von Konflikten und Widerständigkeiten als „Kriminalität“ und durch den Ruf nach mehr Strafrecht, mehr Strafdrohung, mehr Polizei und den Vollzug härterer Strafen. Asylrecht und „Überlast“ durch eine „Flüchtlingswelle“ sind schon lange alternative Möglichkeiten. Zusammengefasst lautet das Ergebnis der Analyse von „Mugging“: Dramatisierung und Eskalation gesellschaftlicher Reaktionen lassen sich nicht allein mit dem Ressentiment „von unten“ erklären. Für eine „erfolgreiche“ Krisenbeschwörung und Identitätspolitik braucht es einen „Dramatisierungsverbund“ von sozialen Institutionen, ihren Staatsapparaten und kulturindustrialisierter Wissensproduktion.

#### Konstruktion des „populistischen Subjekts“

Angesagt für das populistische Subjekt ist entweder „Opferbereitschaft“ oder aber die Bereitschaft, sich kurzfristig mobilisieren und wieder beruhigen zu lassen. Als „Gefolgschaft“ soll sich das „populistische Subjekt“ freiwillig von Ansprüchen auf Mitbestimmung freimachen und die Entscheidungen einer politischen Führung übertragen. Gebraucht wird vom Populisten nur die Wahlstimme, um eigene Interessen als „Führung“ durchzusetzen. (Früher nannte man dieses Verhältnis „Ermächtigung“.) Mehr als die Wahlstimme braucht aber auch der Berufspolitiker nicht.

Das bedeutet nichts Geringeres, als dass repräsentative Demokratien sich grundsätzlich durch ein Demokratiedefizit auszeichnen. Zum einen gehören „Repräsentanten“ (der Honoratioren-Politiker, der Volks-Vertreter, die Berufspolitikerin, die politische Klasse) qua Position nicht mehr zum „Volk“. Repräsentanten stehen den Repräsentierten gegenüber – formell und inhaltlich. Wird Politik als Beruf, durch Repräsentanten einer Volks-Partei und vor allem durch große Verwaltungen betrieben, so schwinden im Ergebnis Kompetenz, Mittel und Notwendigkeit, konfligierende Interessen der Repräsentierten durch die Repräsentanten in Erfahrung zu bringen und einen vernünftigen Interessenskompromiss zu erarbeiten. In der Politik muss gleichwohl der Anspruch aufrechterhalten werden, basale Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung umzusetzen und diese mit einem „allgemeinen Wohl“ zu vermitteln. Diese Diskrepanz bildet die Urszene für populistische Politik: Es kann nicht mehr darum gehen (etwa als Arbeiterpartei oder wenigstens als „Arbeitnehmerpartei“ wie die SPD des Godesberger Programms) Interessen zu vertreten und Politik als Organisation von pragmatischen Interessenskompromissen zu verstehen. Vielmehr geht es um

eine Politik, die Interessengegensätze und Konflikte zu überspielen hat. Dies erfordert die *Darstellung* von Politik als eine, die im Interesse eines Großen & Ganzen betrieben werde, in dem jedoch alle partikularen Interessen aufgehoben wären. Dafür werden populistische Strategien gebraucht.

Rückblickend auf die Politiken der Durchsetzung der Arbeitsmoral des „Arbeitskraft-Unternehmers“ wird das Populistische der Strategien deutlich, derer sich „Thatcherism“ und „Reaganomics“, aber auch der bundesrepublikanische Komplex von Politik der Inneren Sicherheit und gespaltener Sozialpolitik bedienen. Die in der neoliberalen Phase explizit als Konkurrenten der Etablierten auftretenden rechts-populistischen Parteien und Akteure (wie Marine Le Pen in Frankreich, Haider bzw. Strache in Österreich, Blocher in der Schweiz, nun Trump in den USA, AfD-Politik in der Bundesrepublik) können als nachfolgende Schrittmacher neoliberaler Politik und modernisierter autoritärer Politiken einer Neuen Rechten begriffen werden. Für eine Beheimatung von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit stehen sie zur Verfügung.

Könnte der kampagnenförmige Populismus dadurch erklärt werden, dass der Übergang zu Identitätspolitik und zum autoritären „Sicherheitsstaat“ schon in der Endphase des Fordismus stattgefunden hat; dass diese Politikform also beim neoliberalen Umbau schon verfügbar war und gegenwärtig die Bedingungen für das Funktionieren des repräsentativen Modells von Demokratie durch die neoliberale Vorliebe für „die Märkte“ und die Ungleichheitspolitik soweit schwinden, dass politische Partizipation nur noch für kleine, privilegierte Gruppen vorhanden ist?

### Kampagnen-Populismus: Erklärende Motiv-Diagnostiken

In der ebenfalls an „großen Zahlen“ orientierten journalistischen Kritik werden solche Fragen nicht gestellt. In Tageszeitungen liberaler Art findet man Fragen wie: „Weshalb beteiligen sich Leute an Pegida-Aufmärschen?“, „Warum diese Wut?“, „Warum dieser Hass?“, „Wer wählt warum AfD?“. Was teilen die Antworten auf die so gestellten Fragen mit? Um das in Erfahrung zu bringen, habe ich Kommentare, Reportagen und Hintergrundartikel von Tageszeitungen, die ich in thematischen Hängeregistern (hier „Populismus“) sammle, für das Jahr 2017 nochmals durchgelesen.<sup>5</sup> Die Texte enthalten: „Motiv-Diagnostiken“, eine

5 Beobachtet habe ich nur einen „liberalen Teil“ von Tageszeitungen, Schwerpunkt war die Süddeutsche Zeitung. Meine etwas antiquierte Methode beginnt mit dem Sammeln von Zeitungsartikeln zu verschiedenen Stichworten über einen längeren Zeitraum hinweg. Nach längerem Liegenlassen lese ich sie unter bestimmten Frage-

Galerie von „Typen“, die prädestiniert wären, sich zum populistischen Subjekt machen zu lassen, Etiketten für das, was dem populistischen Subjekt fehlt und was es wiederhergestellt wissen will, schließlich einige Vorschläge von Schlüsselösungen bzw. moralische Appelle an Politik. Die folgende Liste von Etiketten ist Texten entnommen, die sich von populistischen Strategien distanzieren, oft allerdings nur von deren „übertriebenen“ Formen.

#### *Etiketten I: Eine Liste von Gefühlen, „die wir ernst nehmen müssen“ ...*

- Angst vor Kriminalität, Angst vor Flüchtlingen und Fremden, Abstiegsangst, Statusangst, berechnete Zukunftsangst (bei gut ausgebildeten Menschen), Angst vor „zu schneller“ und „zu rücksichtsloser“ Modernisierung oder Globalisierung, Angst vor Veränderung des Status quo; latentes Unbehagen gegenüber der neuen Zeit;
- Gefühle von Heimatverlust, Wohlstandsverlust,
- Abschreiben der Wohlstandsversprechen des Kapitalismus,
- Blinde Wut, Hass, blindwütige Enttäuschung,
- Vertrauensverlust der Politik,
- diffuser Grant auf den liberalen Staat.

#### *Etiketten II: Typen: Die besonders zum „populistischen Subjekt“ Prädestinierten*

- „Verlierer“, („die seit einiger Zeit nicht mehr die richtigen Leute wählen“),
- „Abgehängte“, „White Trash“, „die Unterschicht“,

---

stellungen neu und schaue nach (veränderten) Mustern des „Redens über ...“. Wieder gelesen habe ich für diesen Beitrag mein Hängeregister zum Stichwort „Populismus“ aus dem Jahr 2017. (Artikel, die sich ausschließlich mit „Trump“ oder populistischen Bewegungen und Parteien in anderen europäischen Ländern beschäftigen, habe ich lediglich als „Hintergrund“ benutzt, aber nicht nach „Etiketten“ ausgewertet.) Ich will die vorliegende Auswertung nicht groß als empirische Untersuchung ausgeben, wohl aber als Beobachtung von Erklärungen des Populismus in einem bestimmten Zeitraum. Die Texte enthalten ein Bild davon, wie „Rechts-Populismus“ im Modus journalistischer Kritik für ein „liberales“ Publikum dargestellt wird. Welcher Tageszeitung ich die folgenden „Etiketten I-V“ entnommen habe, wird nicht im Einzelnen nachgewiesen, bei Zitaten wird die Quelle angegeben. Die Reihenfolge der Etiketten verweist darauf, welche Etiketten in den Vordergrund treten und welche im Laufe des Jahres weniger häufig verwendet werden.

- „die Mittelschicht“, „Vergessene“, „Aufstrebende“, „Unzufriedenheitsmilieus“,
- „Der unflexible Mensch“ (mit „überforderter Identität“),
- „Die Ausrastenden“ (in „Ostdeutschland“, „nicht selten von der AfD angeleitet“),
- „murrende Massen“, „Provokateure, die sich als Opfer inszenieren“.
- „Der ostdeutsche Mann“,
- „die maskulin dominierte Zurückbleibergesellschaft“ (in „Ostdeutschland“),

#### *Etiketten III: Was dem populistischen Subjekt fehlt oder was es (wieder) will*

- Kontrolle über das eigene Land,
- Respekt und Anerkennung,
- „integriert erst einmal uns“,
- „Sagen können, was man will“,
- „Alles so bleibt wie es ist.“
- Eine offene Zukunft,
- Eine nicht populistische Protestpartei,
- Eine Partei und Intellektuelle, die sich um Enttäuschte „kümmern“.

#### *Etiketten IV: Defizite des populistischen Subjekts*

Es fehlen Einsichten: „Die Wiedervereinigung war ein großes Glück und eine große Chance, aber keine Chance hat nur Gewinner.“ (SZ 209: 11.9.2017) Es fehlt „Autoimmunisierung gegen Enttäuschung“ (Gemeint ist damit die Fähigkeit z.B. der Friedensbewegung im bundesdeutschen Parlamentarismus „ihre politischen Erwartungen und Erfolgsvorstellungen herunterzuschrauben – und geduldig dicke Bretter zu bohren, zumal nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag 1983.“ (SZ 237: 14./15. 10.2017).

#### *Etiketten V: Was „wir“ brauchen, um uns mit „Rechtspopulismus“ auseinander zu setzen oder: „Wie also bleibt man wehrhaft ohne durch den eigenen Aufschrei seine Gegner zu überhöhen“? (SZ 208: 9./10.9.2017)*

- Vertrauen in die eigenen Werte,
- Nicht hysterisch das Ende der Zivilisation an die Wand malen,
- Aufstiegsversprechen des Kapitalismus (wieder) möglich machen,
- Wahrnehmen, dass es uns vergleichsweise gut geht *und* dass der Neoliberalismus viele der Schutzlosigkeit preisgegeben hat,

- Unter den AfD-Wähler\*innen die Ängstlichen, die Protestwähler gegen die Flüchtlingspolitik, die Frustrierten und Rechten aller Couleur unterscheiden und nicht alle als Nazis beschimpfen;
- „An der demokratisch-kapitalistischen Identität, die aus dynamischen Anerkennungsprozessen hervorgeht, kann nur teilhaben, wer sich mit eigenem Risiko aktiv beteiligt. (...) Gefragt ist aktive Hilfe zur Selbsthilfe.“ (SZ 235: 12.10.2017)

Alle Erklärungen arbeiten mit „Etiketten“. D.h. mit Abstraktionen, die Handlungen und Personen für einen bestimmten Zweck auf ein Merkmal reduzieren („Angst“ oder „Wut“ bzw. „Verlierer“ oder „Unzufriedenheitsmilieus“). Reduzierende Kategorisierungen und verdinglichende Typisierungen sind keine Beschreibungen von Handlungsgründen, sondern Zuschreibungen. Erstens handelt es sich um die Personalisierung von Gründen eines kollektiven Aktes. Motive und Gründe werden in das populistische Subjekt verlegt, dessen Angst, Wut oder Hass durch populistisch agierende Parteien oder Bewegungen strategisch genutzt bis fanatisiert werden kann. Zweitens sind die erklärenden Motiv-Diagnostiken Zuschreibungen, weil Populismus als eine Bewegung der „Verlierer“ oder „Unflexiblen“ bestimmt wird; oder aber, wie bei Statusangst oder Abstiegsangst der Mittelschicht, die Klassenlagen verschwinden; drittens schließlich sehen Etikettierungen („Typen“) von der Ambiguität von Handlungen ab, „Typen“ homogenisieren – dies nicht zuletzt um „Schlüssellösungen“ empfehlen zu können. Diese konzentrieren sich nicht nur auf die subjektive Seite, sie beschränken sich auf „symbolic politics“: Vertrauen wieder herstellen, „ernst nehmen“, „anerkennen“, „kümmern“, „aktive Hilfe zur Selbsthilfe“. Populismus als Politik-Form stand nicht zur Debatte. Für zwei Gruppen von Antworten (und Etikettierungen) will ich einen Interpretationsversuch machen.

#### *Der Umgang mit Unbehagen am impliziten Arbeitsvertrag des Neoliberalismus*

Die Personalisierung der Erklärungen von Populismus verdrängt nicht ganz das Unbehagen am durchgesetzten neoliberalen „impliziten Arbeitsvertrag“. Thematisiert finden wir „Unbehagen“ durch die Liste der Angst- und Verlustgefühle. Besprochen werden mit Angst-Etiketten und diversen Typen „Fehlentwicklungen“ eines globalisierten Kapitalismus oder nicht so intendierte Konsequenzen eines „triumphierenden“ Neoliberalismus für Teile der Bevölkerung, die den Anforderungen von Globalisierung nicht entsprechen können (wie der „unflexible Mensch“).

Die Kapitalismuskritik, die ich in Texten gefunden habe, ist wesentlich „sanfter“ als die (Wahlkampf-)Rede von neoliberalen Kapitalisten als „Schwärme von Heuschrecken“. Mit „Verlierern“ wird weniger degradierend und weniger spalterisch umgegangen als in Zeiten, wo „gefährlichen Klassen“ und „gewaltbereite Modernisierungsverlierer“ beschworen wurden. Nach der Bundestagswahl war Reflexiveres zu lesen: „Gerede von den Abgehängten, die zur Gefahr für Fortschritt und Freiheit werden, ist menschenverachtend. Dieses Gerede zeugt von einem monströsen Triumph des Neoliberalismus“ (SZ 104: 6./7.5.2017). „Übertreibungen“, egal wovon oder von wem, gelten als populistisch. Angst wird jedoch weiter als Etikett gebraucht, weil der Grund für Befürchtungen oder auch für diffuses „Unbehagen“, der implizite und explizite Gesellschaftsvertrag der neoliberalen Produktionsweise als nicht veränderbar, sondern, im Gegenteil, als so notwendig dargestellt wird. Verändern, an sich arbeiten und sich anpassen müssen die Leute. Als populistisch gelten Übertreibung, Verschiebung und Projektion der Bedrohung auf Flüchtlinge (wie die Drohung mit „Überfremdung“ und „Selbstabschaffung“). Jede Beschreibung hat wie die Sekundärtugend die rechte Mitte für den Zweck zu finden, für den sie förderlich sein soll.

Während des Wahlkampfes und nach der bundesdeutschen Wahl am 24.9.17 hat sich die Aufmerksamkeit von Angst auf Verlust-Gefühle (Wohlstand, Heimat, Politikvertrauen) und auf fanatisierte Gefühle (blinde Wut, Hass) verschoben. Bei den „Typen“ treten die politisch „Unzufriedenen“ („murrnde Massen“) und „der Aufstand der Aufstrebenden“ auf. Letztere wollen an ihrer nicht ganz so schlechten Situation nichts verschlechtern haben, „es soll so bleiben wie es ist“. „Psychogramme“ der „Gruppe der Ausrastenden“ und der AfD-Wähler in den östlichen Bundesländern übernehmen dagegen die Aufgabe, das Negativ zum Ideal des engagierten Bürgers zu definieren, der die Willensbildung des Volkes selbst in die Hand nimmt. Sein Negativ hört sich so an: „brüllen, pfeifen, Tomatenwürfe, tätliche Übergriffe, Hasstiraden“, Schimpf-Tiraden, Tür zuschmeißen (SZ 209: 11.9.2017).

Für die schief gelaufenen Wahlen muss der enttäuschte und frustrierte und abgehängte ostdeutsche Mann herhalten. Korrelationen der Wahlforschung ergeben das sehr schnell.

### *Unbehagen an (neo-)liberaler Demokratie*

Etiketten, die dem populistischen Subjekt Defizite, Wünsche und Bedürfnisse zuschreiben, verweisen auf einen umkämpften „politischen Vertrag“. Geht man nach den angebotenen Erklärungen, fehlt dem populistischen Subjekt: Kontrolle

über das eigene Land, Respekt und Anerkennung, Kümmerer, die seine Ängste ernst nehmen, privilegierte Integration, Umstände, die es erlauben zu sagen, was man will, eine nicht populistische Protestpartei, eine Autoimmunisierung gegen Enttäuschung.

Nach meiner Interpretation der Etiketten liegt den Darstellungen eine Definition von „*Populismus als Abweichung*“ von Normen zugrunde. Demokratie ist gegeben durch ein System von Institutionen: mit der Kodifizierung von Grund- und Menschenrechten, Parlamentarismus, Gewaltenteilung, Wahlrecht, Meinungsfreiheit. Wenn sich alle an die Normen halten, braucht es keine Demokratisierung. Wenn überhaupt, werden populistische Strategien der „demokratischen Parteien“ als unangemessener Wahlkampf kritisiert.

Es mag an meinem Alter (Jahrgang 1948) liegen, aber ich kann mich seit meiner Teenager- und Gymnasium-Zeit (ab Anfang der 1960er Jahre also) an keine Phase erinnern, in der nicht öffentlich (zeitweise in großen Nischen) die un- und anti-demokratischen Zustände und Ereignisse verhandelt wurden, die in repräsentativen Demokratien möglich sind. Die Titel der Bücher aus meiner Studienzeit (1966–1972) in den hinteren Reihen des Bücherregals dokumentieren das ebenso wie Bücher aus der Zeit des Deutschen Herbst 1977 oder solche, die an „Transformation der Demokratie“, „Protest und Reaktion“, „Sicherheitsstaat“ oder Law-and-Order-Kampagnen erinnern. Das alles wurde noch in Zeiten von Fordismus diskutiert, der sich ziemlich gut mit einem „autoritären Staat“ vertragen hat. Selbst wenn die kurzen Ausnahmemente, in denen APO, Protestbewegungen und Bürgerinitiativen sich gegen undemokratische bis autoritäre Entwicklungen organisiert haben, als verbesserte Chance von Bürgern beurteilt werden, phasenweise „gehört zu werden“, wird man davon ausgehen müssen, dass gesellschaftliche Bedingungen für eine allgemeine und gleiche Beteiligung an Einrichtungen der repräsentativen Demokratie nie besonders ausgeprägt waren. Politische Partizipation setzte schon immer ziemlich viel zusätzliche Arbeit und eine Menge Erfindungsgeist voraus, sollte der „institutionelle Umschwung“ vermieden werden.

Die mediale Darstellung dessen, „was wir brauchen, um uns mit ‘Rechtspopulismus’“ auseinander zu setzen“ würde ich als Wunsch nach Herrschaft durch einen „starken Patriarchen“ interpretieren, der cool, gelassen, technisch geschickt, nicht nur symbolisch durch Anerkennung, sondern auch in Bezug auf „Rente, Pflege, Familie“ dysfunktionaler Ungleichheit entgegenwirkt. Dafür kann er die übliche Anpassung und politische Ruhe erwarten. Die Situation, in der unvermittelt der Zustand der Duldung von „ungerechter“ und „unaufmerksamer“ bis „unfähiger“ Herrschaft in feindseligen, kollektiven Protest umschlagen, der sich

sowohl gegen „Schwache“ und aggressiv gegen das „politische Establishment“ wendet, lässt sich durch die übliche Kombipackung von populistischen Strategien und Klientelpolitik wieder klein arbeiten. Zwischen der fordistischen und der neoliberalen Phase haben sich die Etiketten geändert, mit denen das populistische Subjekt konstruiert wird, nicht aber die Grundzüge von populistischer Politik, mit denen auf das Demokratiedefizit in repräsentativen Demokratien reagiert wird.

Insofern in Ost und West nichts Neues.

Helga Cremer-Schäfer, Goethe-Universität Frankfurt,  
Fachbereich Erziehungswissenschaften, Theodor-W.-Adorno-Platz 6,  
60323 Frankfurt am Main  
E-Mail: [cremer-schaefer@em.uni-frankfurt.de](mailto:cremer-schaefer@em.uni-frankfurt.de)

**DIE  
SINNE  
SCHÄRFEN!!!  
JETZT  
TESTEN:  
4 Ausgaben für 10 €**  
Bestellungen: [www.akweb.de](http://www.akweb.de)

**ak**  
analyse & kritik  
Zeitung für linke  
Debatte und Praxis

## VSA: Einfache Antworten? Eher nicht!

Alexander Häusler  
(Hrsg.)  
**Völkisch-autoritärer  
Populismus**  
Der Rechtsruck in  
Deutschland und die  
AfD. Eine Flugschrift



144 Seiten | € 12,80  
ISBN 978-3-89965-835-4

Christian Fuchs  
**Digitale Demagogie**  
Autoritärer Kapitalismus  
in Zeiten von  
Trump und Twitter



304 Seiten | € 24,80  
ISBN 978-3-89965-823-1

Klaus Busch/Joachim  
Bischoff/Hajo Funke  
**Ausgleich statt  
Authority**  
Gegen die rechts-  
populistische  
Zerstörung Europas



144 Seiten | € 11,80  
ISBN 978-3-89965-787-6

Hajo Funke/  
Christiane Mudra  
**Gäriger Haufen**  
Die AfD: Ressenti-  
ments, Regimewechsel  
und völkische  
Radikale.  
Handreichung zum  
demokratischen  
Widerstand



132 Seiten | € 10,80  
ISBN 978-3-89965-821-7

Dieter Sauer/  
Ursula Stöger/  
Joachim Bischoff/  
Richard Detje/  
Bernhard Müller  
**Rechtspopulismus  
und Gewerkschaften**  
Eine arbeitsweltliche  
Spurensuche  
Für Gewerkschaften  
& Betriebsräte



192 Seiten | € 14,80  
ISBN 978-3-89965-830-9

Eberhard Schultz  
**Feindbild Islam  
und institutioneller  
Rassismus**  
Menschenrechts-  
arbeit in Zeiten von  
Migration und Anti-  
Terrorismus  
Erfahrungen eines  
Menschenrechts-  
anwalts



224 Seiten | € 15,80  
ISBN 978-3-89965-773-9

Sozialismus  
statt Populismus ...



★ monatlich gedruckt  
★ täglich im Netz

facebook.com  
Zeitschrift.Sozialismus  
twitter.com  
ZsSozialismus

Jetzt Probelesen!  
3 Hefte zum  
Kennenlern-Preis  
von 14,- Euro

[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

Walter Baier/Bernhard  
Müller/Eva Himmels-  
stoss (Hrsg.)  
**Die Linke, die Völker  
und der Populismus**  
transform! Jahrbuch  
2017  
Berichte und Analysen  
zu politischen und  
sozialen Entwick-  
lungen in Europa



336 Seiten | € 22,80  
ISBN 978-3-89965-739-5

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)



Friedhelm Schütte

## Populismus – oder die Erosion des Selbst- und Weltverständnisses der Subjekte

### Einleitung

Wenn die Begriffe nicht mehr zueinander passen, sich an der erfahrenen Wirklichkeit brechen, treten immanente Widersprüche offen zu Tage. Die Identität zerbricht – das Nichtidentische verweist auf die Widersprüchlichkeit von vermeintlichen 'Einheiten' in der Arbeits- und Lebenswelt. Das Selbstverständliche erodiert! – Populismus bedient sich verunsicherter Identität als eines ideellen Rohstoffs, der das „gesamte Selbst- und Weltverständnis der Subjekte“ erfasst (Negt 1995: 44). Der gewaltige Überhang an Objektivität treibt die Subjekte in tiefgreifende Identitätskrisen. Individuelle Erfahrung spiegelt Objektivität, ohne die „Identitätsdenken“ ins Leere läuft: „Vom Subjekt ist Objekt nicht einmal als Idee wegzudenken; aber vom Objekt Subjekt“ (Adorno 1982: 184).

'Leben in Unsicherheit' als Phänomen der 'Zweiten Moderne', dynamischer Wissensgesellschaft, des Spätkapitalismus wird von einer Erosionskrise auf allen gesellschaftlichen Ebenen getragen. Macht und Herrschaft, Näheverhältnisse und Solidargemeinschaft, Moral und Anerkennung – alle Verhältnisse geraten in den Sog des sozialen Wandels. Egal, ob von den Panamapapers, vom Diesel-Skandal, von IT-Sicherheit, von FIFA-Korruption oder der Klimaklage des peruanischen Bauern *Saúl Luciano Lliuya* gegen den Essener Energiekonzern RWE vor dem Oberlandesgericht Hamm i. Westf. usw. usf. die Rede ist, die objektiven gesellschaftlichen Grundlagen kultureller Selbstverständlichkeit erodieren. Staat, Kultur, Politik, Kirche, sie alle sind Thema und betroffen sowie Teil des globalen Krisenszenarios. Was gestern war, steht heute bereits zur Disposition – erzeugt Unsicherheit und Angst (Medicus 2017; Widmann 2017).

## Soziale Krise – Rohstoff des Populismus

Populismus verschärft Ratlosigkeit, bedient Ressentiment im Modus von Wir-Ihr, resp. Oben versus Unten (Milanovic 2016; Nachtwey 2016). Die gelieferten Stichworte dieses politischen Dualismus werden medial potenziert und lassen die politische Arena sowie deren Akteur\*innen hilflos hinterherhecheln. Die Menschen spüren die Krise des Spätkapitalismus in Form digitaler Großoffensiven, die chronische Überforderung der Institutionen (Engartner 2016) und eine sich radikal ändernde Kommunikation zwischen Autoritäten und Gefolgschaft, zwischen Globalem Süden und Globalem Norden (Lessenich 2016; Brandt/Wissen 2017). Diese vermeintlich parzellierten Szenarien befeuern in vielen Varianten Populismus mit unterschiedlichen Argumenten in unterschiedlichen Arenen (Priester 2012).<sup>1</sup>

Die Wiederherstellung von Identität und Selbstverständlichkeit ist so aussichtslos wie die Rückgewinnung von staatlicher und/oder kultureller Hegemonie, ohne sich des „Vorrangs von Objektivität“ bewusst zu sein (Adorno 1982: 185). Im Lichte der Subjekt-Objekt-Dialektik 'bedient' Populismus individuelle Verunsicherung, 'spielt' mit subjektiver Wahrnehmung objektiver Gegebenheiten. Verunsicherung und Nicht-Identität verweisen auf einen erkenntnistheoretischen Zusammenhang: „Objekt kann nur durch Subjekt gedacht werden, erhält sich aber diesem gegenüber immer als Anderes; Subjekt jedoch ist der eigenen Beschaffenheit nach vorweg auch Objekt“ (ebd.: 184).

Warum ist Populismus nicht an Objektivität – 'Fakten' interessiert, konstatiert vielmehr Fake News und delegitimiert mit subtilen Mitteln Tatsachen und soziale Wirklichkeit? An der 'Sache' vorbei reden, Objektives verklären und individualistisch umdeuten, das ist, auch im historischen Maßstab, der modus operandi des in seiner politischen Substanz variantenreichen Populismus (Mann 1987; Olschanski 2017; Snyder 2018).

Mit der Verabschiedung von Substanzbegriffen, die die Differenz von Begriff und Gegenstand bearbeiten, wird jedweder Art von Kritik eine Absage erteilt. Aus dem theoretischen Blick gerät der inhärente Widerspruch der Differenz von begrifflicher Konkretion und sinnlich erfahrener Wirklichkeit. Durch die Reduktion auf Funktionsbegriffe werden weder soziale Utopien überhaupt denkbar noch „realitätsüberschreitendes Denken“ promotet (Negt 1995: 42). „Was die Provokation dieser Erkenntnistradition vielmehr ausmacht, beruht auf zweierlei:

1 Zum Populismus-Diskurs: Hall 1985; Dubiel 1986; Puhle 1986; Kebir 1991; Faber/Unger 2008; Priester 2011; Knöbl 2016; Müller 2016, 2016a; Fraser 2017a; Geiselberger 2017; Žižek 2017,

zum einen auf der wissenden Hoffnung, daß die gegenwärtige Welt nicht der geschichtlichen Weisheit letzter Schluß ist; zum anderen darauf, daß die innere Widersprüchlichkeit der Wirklichkeit, ihre Mehrwertigkeiten, eines analytischen Begriffsinstrumentarium bedürfen“ (ebd.: 43). Populismus verweigert sich nicht nur der Mehrwertigkeit, er immunisiert auch gegen Begriffsarbeit an sich. Welche Ziele verfolgt Populismus, welche Mittel sind opportun? Mit viel Verve hat *Pierre Bourdieu* (1992) auf den unmittelbaren Zusammenhang von 'symbolischer Macht' und 'sozialem Raum' hingewiesen und damit eine Kritik an der Konstruktion der 'sozialen Welt' angestoßen. Die „universelle Eigenschaft der menschlichen Erfahrung“ mündet allgemein darin, „daß die vertraute Welt tendenziell als etwas *Selbstverständliches* wahrgenommen und behandelt wird“ – sie erscheint als „etwas Evidentes“ (ebd.: 143). Durch die „Position“ der Akteur\*innen im sozialen Raum (Arena), die ganz „wesentlich das Produkt der Interiorisierung der Strukturen der sozialen Welt sind“ (ebd.), läßt sich die subjektive „Disposition“ der Akteur\*innen aufzeigen resp. die Umdeutung von Wirklichkeit in einem bestimmten sozialen Feld (Technik, Kunst etc.) erst begreifen.

## Pierre Bourdieu – Kritik an der Konstruktion der 'sozialen Welt'

Die Herstellung 'sozialer Welten' mit variierenden Mitteln (Terror, Bestechung, Diplomatie, Legitimation, Hegemonie) ist das zentrale Geschäft von Politik. Herstellung und Sicherung von Herrschaft, Legitimierung von Macht und Einfluss durch politische Szenarien durchziehen, medial inszeniert, die Arenen öffentlicher Interaktion. Angesprochen sind sowohl Sportvereine als auch bspw. der römische Klerus oder die Außenpolitik einer Nation. Soziale Welten sind folglich konstruierte 'Tatsachenwelten' durchweht von „Wunschkonstrukten“ des 'Volkes', „die sich aus den Rollen der Erwachsenenwelt ergeben“ (Kluge 1992: 297) und deshalb „ebenfalls Objekt der Wahrnehmung“ (Bourdieu 1992a: 142) sind. „Die Sozialwissenschaft muß denn auch diese Wirklichkeit und die Perzeption dieser Wirklichkeit, die abhängig von ihrer Position im objektiven sozialen Raum gegebenen Standpunkte der Akteur\*innen zu dieser Wirklichkeit zum Untersuchungsobjekt erheben. Die spontane Sicht der sozialen Welt, die *folk theories*, (...) aber auch die wissenschaftlichen Theorien, sind Teil der sozialen Wirklichkeit“ (ebd.: 142f.). Konstruktion und De-Konstruktion der objektiven Welt ist immer Produkt eines öffentlichen Prozesses.

Sowohl Objekt als auch Subjekt dieses oder jenes historischen oder tagespolitischen Prozesses zu sein, erschwert die Erklärung des Populismus gestern, heute und morgen. Das „Vorkaufsrecht“ auf 'das Volk' (Bourdieu 1992c: 170) bewegt



sich insoweit in einer von Widersprüchen und Konkurrenz gekennzeichneten Arena um Aufmerksamkeit, Herrschaft, Glücksversprechen usf., d.h. im weitesten Sinne um die Festigung oder Erlangung 'kultureller Hegemonie' (Gramsci). Wissenschaftliche Produktion gleichwie populistische Meinungsmache ist somit Teil des Problems und der Lösung im nicht-instrumentellen Umgang mit sozialer Wirklichkeit und der Deutung von Identitäten. Wissenschaft kann, muss aber nicht Zusammenhänge sichtbar machen – populäre Interaktion kann, muss jedoch nicht Verklärung betreiben. Populismus, hier verstanden als Produzent von u.a. politischer De-Legitimation ist insofern als Prozess und nur im Kontext sozialer Räume mit ausgewiesener Interaktion und Kommunikationstradition zu begreifen.

Die Involviertheit in die Produktion sozialer Welten – egal ob große oder kleine – lässt den Populismus als ein immerwährendes 'Projekt' erscheinen, dass die Widersprüchlichkeiten der Tatsachenwelt in einen konkreten Lebenszusammenhang transportiert und Identitätskrisen in differenten Formen mit unterschiedlichen Inhalten heraufbeschwört (Dubiel 1986). Es ist deshalb zu klären, weshalb „selbst noch die am wenigsten privilegierten Akteure“ die vorzufindende Welt akzeptieren, mehr sogar als man sich unter Einbeziehung demoskopischer Expertise bzw. aktueller Umfragen<sup>2</sup> vorstellen kann, „vor allem dann, wenn man die Situation der Beherrschten mit dem sozialen Auge eines Herrschenden betrachtet“ (Bourdieu 1992a: 144). Am Ende des Jahres ist Populismus ein immer wieder leicht zu bedienendes Mittel politischer Herrschaft. Der Kampf um das vermeintliche Volk in seinen begrifflichen Maskeraden (Volksparade, -kunst, -religion, -medizin, -sport) endet in einem analytischen Kreisverkehr: „Und am Ende steht man wieder am Ausgangspunkt, sehr weit entfernt jedenfalls vom 'Volk', so wie ihn der Populismus imaginiert“ (Bourdieu 1992c: 172). Die Herstellung von Hegemonie bedient sich fraglos immer neuer Mittel und variiert die alten.

Für die Analyse des Populismus sind zwei Aspekte wesentlich: erstens eine Verständigung über Desorientierungs- und Emanzipationsprozesse; zweitens eine Verständigung über die 'Position' der Sprecher\*in im sozialen Raum. Festigung von Identität und politischer Partizipation sind rückgekoppelt an individuelle, langfristige Enteignungsprozesse mit tiefgreifender Korrektur des Selbst- und Weltverständnisses (Eribon 2016). Die Wiedergewinnung 'alter' Gewissheiten ist langwierig, ja mitunter hoffnungslos (Levi 1986). „Politische Produktion (die bspw. den Prinzipien der Emanzipation resp. der Bearbeitung der Nicht-Identität folgt, F.S.) kann nur in ihrer Zusammenfügung bestehen. Jeder einzelne Versuch

2 Im Bewusstsein bleibt, was medial extensiv 'bespielt' wird. Vgl.: „Was 2017 wichtig war“. In: Handelsblatt vom 28.12.2017.

zu solch 'populistischer', nämlich universaler, Herstellung von Zusammenhang besteht aus ähnlich komplexen Schritten wie die Entfremdung, die die einzelne Eigenschaft erfahren hat“ (Kluge 1992: 298; Marx 1845/46: 34f.). Die Verständigung über „Praktiken oder Vorstellungen und Positionen im sozialen Raum“ zielt im Kern auf die Stellung der Akteur\*in im sozialen Raum (Bourdieu 1992a: 145). Wen repräsentiert der/die Akteur\*in bspw. im Feld der Wissenschaft? Welchen Grad an Autonomie kann er oder sie im sozialen Raum beanspruchen, verteidigen, für sich reservieren? Die 'Position' verweist nicht nur auf eine vermeintliche Resonanz, sondern vor allem auf die Relation der Rede(n) im sozialen Raum. Zum einen lässt sich damit die Pluralität der 'Weltsichten' thematisieren, zum anderen die gesellschaftliche Machtposition diskutieren. Basis aller symbolischen Kämpfe – u.a. des Populismus – ist „die Macht zur Produktion und Durchsetzung der legitimen Weltsicht“ (Bourdieu 1992a: 147) – der Erlangung von Macht mit und ohne Zwang (Gramsci 1994, 1999; Kebir 1991).

„Wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen“ (Brecht), dann wird das vorherrschende Bild der sozialen Welt objektiv verrückt, und das in einem vielschichtigen sozialen Prozess (Horkheimer 1950; Mann 1987). Dieser Prozess wird global befeuert immer unübersichtlicher – Handeln in Unsicherheit zu einer existentiellen Erfahrung. 'Ich werde nicht gehört, uns hört niemand zu', heißt vor allem, ich verstehe mich selbst und meine (die!) soziale Welt nicht mehr (Bude 2015: 91ff.; Baumann 2017: 88)! Bitte – ist da jemand, der die Story, die globale Zeitenwende erklären kann. Auf diesen sozialpsychologischen Kontext, der die objektiven sowie subjektiven Hintergründe kollektiver Gefühlslagen mitreflektieren muss, diese theoretisch einzuholen hat, vermag auch kein wie auch immer gewendeter Linkspopulismus eine Antwort zu geben (Laclau 2014). Die Komplexität subjektiver Befindlichkeiten und dessen Potenz verbietet ein Spiel auf populistischer Klaviatur (Priester 2012; Straßenberger 2016; Knöbl 2016). Alle sozialen Kulminationspunkte lassen sich in unterschiedlichen Formen instrumentalisieren – in diese oder jene Richtung. „Um die Zellenformen des Politischen zu verstehen, muß man die Ebene der Zusammenfassung des Kulminierten zunächst wieder verlassen. Man wird dann feststellen, daß es fast so viele Politiken gibt, wie Entschiedenheiten im Alltagsleben und im Gemeinwesen anzutreffen sind“ (Negt/Kluge 1992: 52).

### *Zwei Beispiele – Erosion der Selbstverständlichkeit*

Populismus kann Unsicherheit(en) objektiv instrumentalisieren, mit dem geistigen Machtvakuum spielen, den gewaltigen Überhang an Objektivität kanalisieren, weil

die sinnlichen wahrnehmbaren Grenzen des sozialen Raums spürbar verschoben werden – von der Region/Nation zu Supra-Nation (z.B. Europa), vom regionalen Klimawandel zum globalen, von der tradierten Benotung der Schülerschaft zum evidenzbasierten Leistungsvergleich des PISA-Konsortiums, von angepasster Facharbeit zur globalen Produktion auf Basis der 'digitalen Fabrik' mit ständig variierenden Produktionskonzepten. Nicht nur die Deutungsmacht der Eliten verblasst, auch die Alltäglichkeiten im Privat- und Arbeitsleben erfahren eine neue, unbekanntere Form in der digitalisierten Welt. – Angst- und Schuldgefühle machen sich breit, wir „haben stets das Gefühl, ungenügend zu sein, und erleben dies auch immer wieder“ (Baumann 2017: 89). Ich versage angesichts der Anforderungen und wachsender Unübersichtlichkeit. Eine 'unblutige' Revolution verschiebt die Grenze zwischen dem Jetzt, dem Morgen und dem Übermorgen. Wie interveniert der Populismus in eine „gemeinsame Alltags-Welt oder zumindest doch [in] einen Minimalkonsens über die soziale Welt“ (Bourdieu 1992a: 147)? Zwei Beispiele geben einen Einblick in die Erosion des Selbst- und Weltverständnisses resp. dessen Verteidigung. Zum einen ist der soziale Raum Bildung & Erziehung adressiert, zum anderen Facharbeit & industrielle Produktion.

Bildung & Erziehung: Wie kaum ein anderes Ereignis der letzten Dekade hat die bundesweite Debatte um das „G 9“ die Schullandschaft auf den Kopf gestellt. Stand dessen Abschaffung im Zusammenhang mit der Etablierung des Bologna-Prozesses vor zehn Jahren auf der bildungspolitischen Agenda, so ist heute deren Abwicklung in nahezu allen (westlichen) Bundesländern beschlossene Sache.<sup>3</sup> Nordrhein-Westfalen hat sich unlängst von diesem mit populistischen Maskeraden begleiteten Reformgebaren verabschiedet. Die 'Stimme des Volkes' hat die Expertise der Experten\*innen ad absurdum geführt – Landestagswahlen wurden mit dem Thema verloren, Parteiloyalität aufgekündigt. Blanker Populismus und populistische Voten haben die symbolischen Kämpfe um bildungspolitische Hegemonie geprägt, das traditionelle Selbstverständnis zu neuem Recht erhoben – m.a.W.: die alte Weltsicht wieder hergestellt. Der sozialen Dynamik wurde ein zunehmend populäres No Go! zugerufen und das reformbedürftige Gymnasialmodell gegen alle Herausforderung der digitalen Welt verteidigt. Bildungsaspiration und Statussicherung wurden dabei keineswegs verworfen, vielmehr obsiegte die Idee, der status quo ante sichere weiterhin die Karrierewege der Zöglinge.

Die populistischen Volten in der bildungspolitischen Arena sind insofern bemerkenswert, als Bildungspolitiker\*innen aller Couleur es konsequent unterlassen

3 Davon unberührt bleiben die Bemühungen 'Good Governance'-Steuerungsmodelle in Schulen (und Hochschulen) zu etablieren.

haben, Alternativen aufzuzeigen. Mit Blick auf die Abbrecher\*innen-Quoten unter Bachelor-Studierenden sowie die allgemeine Ratlosigkeit bei der Planung akademischer Karrieren hätte ein nationaler Diskurs über Dauer und Qualität pro-akademischer sowie nicht-akademischer Bildungs- resp. Studiengänge eine aufklärende Wirkung gehabt. Stattdessen wurden berufsfachliche Bildungsgänge im Rahmen des Systems beruflicher Bildung mit Anschluss an ein Studium verschwiegen und der 'Akademisierungswahn' symbolischen Kämpfen überantwortet. Die bildungspolitische Arena, der soziale Raum Bildung & Erziehung mit seiner vergleichsweise schwachen Autonomie ist fraglos eine der schillerndsten Spielwiesen des Populismus. Offensichtlich überfordert die Subjekt-Objekt-Dialektik alle Akteur\*innen mit der Konsequenz, objektiv die Augen vor der Zukunft zu schließen. Politik beugt sich dem 'Volk', verschließt sich einem komplexen Thema, das zusammengesetzt aus Berechtigungen, absurden Steuerungsmodellen, chronischer Unterfinanzierung sowie hohen Drop-out-Quoten eine zweite, breit angelegte Bildungsreform verdient.

Facharbeit & industrielle Produktion: Im sozialen Raum von Industrie und Facharbeit, der traditionell eine große Autonomie in der Bundesrepublik beanspruchen kann, zeigt Populismus ein anderes Gesicht. Die Digitalisierung der 'Werkstatt'<sup>4</sup> einerseits sowie die Digitalisierung der Reproduktionssphäre andererseits lassen eine neue Lebensqualität und damit neue Formen von 'Arbeit und Leben' erkennen. Mit der digitalen Interaktion resp. Kommunikation auf allen Ebenen der sozialen Welt (Kindergarten, Schule, Familie/WG, Werkstatt, Freizeit etc.) wird ein Produktions- und Reproduktionskonzept etabliert, das sich als ortsungebunden zu erkennen gibt und die Grenzen des Politischen sukzessive – im Rhythmus neuer Applikationen – sichtbar verschiebt. 'Leben in Unsicherheit' erscheint somit total.

Der Hype um 'Industrie 4.0' offenbart mehr als nur eine schlichte Standort-sicherung sowie eine weitere Stufe der 'Entgrenzung von Facharbeit', wie wir sie kennen. Vielmehr wird mit diesem Label eine populistische Kampagne aufgelegt, die u.a. mit krypto-nationalistischen Argumenten (bspw. 'Vorsprung durch Technik') zum einen die 'deutsche' Facharbeit hofiert, zum anderen global eine neue Ära horizontaler und vertikaler Arbeitsteilung einläutet (Hirsch-Kreinsen 2017). Hinter seitenfüllenden Anzeigenkampagnen in großen Tageszeitungen steht ein alltagstauglicher Populismus, der 'deutsche Wertarbeit' – ganz i.S. des alten Narrativs – mit einer immer ausgreiferenden Deregulierung klassischer Facharbeit

4 Hier gedacht als Metapher für die globale und regionale Güterproduktion in Handwerk, Industrie einschl. Landwirtschaft, Verwaltung.

verbindet. Die Qualität künftiger Lohnarbeit und deren neue technologische Herausforderung sind Nebensache. Im Vordergrund steht eine weltmarkttaugliche Güterproduktion deutscher Prägung. Der objektive Glanz der Produkte verstellt den Blick auf prekäre Arbeitsbeziehungen vor Ort oder in Übersee sowie auf die Übermacht der von Algorithmen befeuerten 'Maschine'. Die objektive Enteignung berufsfachlicher Kompetenzen ist in diesem Populismus-Szenario ebenso wenig Thema wie die (subjektive) Entfremdung von Beruf, Arbeit und Leben. Die Aussicht, der Algorithmus-Maschine individuell nicht mehr zu genügen, erlaubt Rückschlüsse auf die bereits formulierte 'Antiquiertheit des Menschen' (G. Anders), zeigt aber auch neue Formen der Entfremdung.

'Industrie 4.0' – sowie deren Plagiate ('Arbeit 4.0', 'Bau 2.0') – muss als populistische Metapher gelesen werden, die Zukunftsängste zugunsten einer Brave New World zerstreut und die Mittelklasse im Griff hat (Lessenich 2018). Die Ausblendung aller arbeitspolitischen Widersprüche digitaler Produktion oder die Nicht-Benennung von Fakten charakterisiert jedwede Form von Populismus. In der industriepolitischen Arena erweist sich Populismus insofern als historisch sehr erfolgreich, weil die Subjekte ihre soziale (Arbeits-)Welt nicht nur objektiv erfahren, sondern diese als tätige Subjekte auch produzieren – mal bewusster, mal unbewusst.

### Populismus heute – eine abschließende Bemerkung

Die expandierende, objektiv zu benennende und subjektiv erfahrbare gesellschaftliche Unsicherheit ruft nach Protest und einer großen Verweigerung (Marcuse). Eine hierauf reflektierende 'Politik des Sozialen' lässt sich nicht auf die instrumentelle Seite spätkapitalistischer Produktionsverhältnisse im wie auch immer verfassten ordnungs-/geopolitischen Rahmen globaler Arbeitsteilung reduzieren, sondern respektiert individuelle Wünsche und nicht erfüllte Versprechen seitens der Politik *und* des Lebens. Deshalb ist Politik und damit Populismus, in welcher Arena auch immer, ein objektiver Kampf um Hegemonie und subjektiv erfahrbare Anerkennung. Insofern bearbeitet Populismus in der einen oder anderen Form 'tote *und* lebendige Arbeit' in der Kunst, Erziehung, Technik, Nationalgeschichte, Geopolitik einer bestimmten historischen Gesellschaft mit wechselnden Akteuren\*innen. Er bedient sich kreativ der „Widersprüche des materiellen Lebens“ (Marx 1845/46: 9) bzw. des „Alltagsverstandes“ (Gramsci 1994, passim) als Machtmittel in wechselnden politischen 'Sprachen'. „Wir sprechen nicht von der Politik als einem Sachgebiet und einer professionellen Tätigkeit, sondern von dem Rohstoff, *dem* Politischen, das in jedem Lebenszusammenhang versteckt ist“

(Negt/Kluge 1992: 47). M.a.W.: Populismus haftet etwas Flüchtliges an. Er reagiert auf reale 'Schieflagen', lässt schnell sein eigentliches 'Thema' hinter sich, um bei Gelegenheit in neuen Varianten darauf zurückzugreifen – heute und morgen.

### Literatur

- Adorno, Theodor W. 1982 [1966]: Negative Dialektik. 3. Aufl. Frankfurt/M
- Baumann, Zygmunt 2017: Das Vertraute unvertraut machen. Ein Gespräch. Hamburg
- Bourdieu, Pierre 1992: Rede und Antwort. Frankfurt/M
- 1992a: Sozialer Raum und symbolische Macht. In: Ders. 1992: 135-154
- 1992b: Das intellektuelle Feld: Eine Welt für sich. In: Ders. 1992: 155-166
- 1992c: Der Begriff 'Volk' und sein Gebrauch. In: Ders. 1992: 167-174
- Brandt, Ulrich/Wissen, Markus 2017: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten globalen Kapitalismus. Berlin
- Bude, Heinz 2015: Gesellschaft der Angst. 4. Aufl. Hamburg
- Dubiel, Helmut (Hrsg.) 1986: Populismus und Aufklärung. Frankfurt/M
- Engartner, Tim 2016: Staat im Ausverkauf. Frankfurt/M
- Eribon, Didier 2016: Die Rückkehr nach Reims. Frankfurt/M
- Faber, Richard/Unger, Frank (Hrsg.) 2008: Populismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg
- Fraser, Nancy 2017: Erneuert die Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. In: Blätter für deutsche u. internationale Politik [Blätter] 62 Jg., H. 2: 71-76
- 2017a: Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Geiselberger: 77-91
- Geiselberger, Heinrich (Hrsg.) 2017: Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin
- Gramsci, Antonio 1994: Einleitung ins Studium der Philosophie und der Kulturgeschichte. Gefängnis Hefte. Bd. 6. Hamburg: 1375ff.
- 1999: Journalismus. Gefängnis Hefte. Bd. 9. Hamburg: 2179ff.
- Hall, Stuart 1985: Die Bedeutung des 'autoritären Populismus' für den Thatcherismus. In: Das Argument 152: 533-542
- Horkheimer, Max 1950: Lehren aus dem Faschismus. In: Ders.: Gesammelte Schriften. Bd. 8. Frankfurt/M: 9-37
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut 2017: Drei Thesen zu Arbeit und Qualifikation in Industrie 4.0. In: Spöttl, Georg/Windelband, Lars (Hrsg.): Industrie 4.0. Risiken und Chancen für die Berufsbildung. Bielefeld
- Kebir, Sabine 1991: Gramsci's Zivilgesellschaft. Hamburg
- Kluge, Alexander 1992: Das Politische ohne dessen Verzweigung. Zum Begriff des 'Populismus'. In: Negt/Kluge: 285-301
- Knöbl, Wolfgang 2016: Über alte und neue Gespenster. Historisch-systematische Anmerkungen zum 'Populismus'. In: Mittelweg 36 25. Jg., H. 6: 8-35

- Laclau, Ernesto 2014: Warum Populismus? In: Luxemburg – Gesellschaftsanalyse und Kritik 6 Jg. H. 1: 6-13; <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/warum-populismus>
- Lessenich, Stephan 2016: Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Berlin
- 2018: Der Klassencharakter der Mitte. In: SZ Nr. 2 vom 3.1.2018
- Levi, Primo 1986: Die Untergegangenen und die Geretteten. München
- Mann, Heinrich 1987 [1933]: Der Haß. Deutsche Zeitgeschichte – Essays. Frankfurt/M
- Marx, Karl 1845/46: Die deutsche Ideologie. MEW Bd. 13. Berlin 1978: 13-77
- Medicus, Thomas 2017: Nach der Idylle. Reportagen aus einem verunsicherten Land. Berlin
- Milanovic, Branco 2016: Die Ungleiche Welt. Migration, das eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht. Berlin
- Müller, Jan-Werner 2016: Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin
- 2016a: Die Komplexität des Populismus. In: Blätter 61 Jg., H. 2: 33-35
- Nachtwey, Oliver 2016: Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Frankfurt/M
- Negt, Oskar 1995: Thesen zur Erneuerung der politischen Gesellschaftsanalyse. In: Neue Rundschau 106. Jg., H. 3: 42-47
- Negt, Oskar/Kluge, Alexander 1992: Maßverhältnisse des Politischen. 15 Vorschläge zum Unterscheidungsvermögen. Frankfurt/M
- Olschanski, Reinhard 2017: Der Wille zum Feind. Über populistische Rhetorik. o.O.
- Priester, Karin 2011: Definition und Typologien des Populismus. In: Soziale Welt 62 Jg.: 185-198
- 2012: Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt/M
- Puhle, Hans-Jürgen 1986: Was ist Populismus. In: Dubiel: 12-32
- Snyder, Timothy 2018: Ohne Zukunft. „Trump will die Politik zerstören“ – Interview. In: SZ Nr. 12, vom 16. Jan. 2018
- Straßenberger, Grit 2016: Linkspopulismus als Gegengift? Zur Kritik der radikal-pluralistischen Demokratietheorie. In: Mittelweg 36 25. Jg., H. 6: 36-55
- Varoufakis, Yanis 2017: „Wir fangen gerade erst an“ – ein Interview. In: taz vom 27./28. Mai 2017
- Welzer, Harald 2016: Die smarte Diktatur. Der Angriff auf unsere Freiheit. Frankfurt/M
- Widmann, Arno 2017: Gehen Sie aus dem Haus! Die neue Unübersichtlichkeit macht Angst. Überall auf der Welt. In: Berliner Ztg. vom 6./7. Jan. 2017
- Žižek, Slavoj 2017: Die populistische Versuchung. In: Geiselberger: 293-313

Friedhelm Schütte, Weinholdweg 16, 14089 Berlin  
E-Mail: [friedhelm.schuette@tu-berlin.de](mailto:friedhelm.schuette@tu-berlin.de)



in 4|2017 „Herzflimmern“ schreiben u.a.

Johannes de Gilde: Es ist uns keine Ehre – Ehrenamt und Ausbeutung | Wolfgang Dominik: Ich habe Angst vor Krieg. | Hartmut Dreier: Berchum ist pleite | Nadja Nickel: Stefan, der Student | Raphaela Gilles: Pornografie und Jugendsexualität | Robina Cronauer: Das Konzept | Andreas Müller: Warum Hilfesuchenden nicht geholfen wird | Peter Strege: unverhofft 1 | Rebecca Scheler: Exkursion ins Kriegsgebiet des Irak | Carlo Lewerenz: Privatinsolvenzen | Wolfhard Kohte: Schuldnerberatung in Bottrop | Ralf Syring: „Er ist besser, im Mittelmeer zu sterben, als die eigene Mutter zu beschämen.“

ABO 20 € jährlich mit 4 Ausgaben Kostenloses Probeexemplar oder Abo bestellen bei:  
AMOS-Redaktion, c/o Hartmut Dreier, Schumannstr. 6, 45772 Marl. [www.amos-zeitschrift.de](http://www.amos-zeitschrift.de)

AMOS  
erscheint aus guten Gründen  
seit 1968 im Ruhrgebiet und  
wird in diesem Jahr fünfzig

—AMOS ist eine der wenigen noch präsenten Publikationen aus dem herrschaftskritischen, linken sozialprotestantischen Zusammenhang der letzten Jahrzehnte und der Gegenwart – regional und global, interreligiös, ökumenisch, im konziliaren Prozess auf dem Weg zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

—AMOS bringt alle drei Monate 24 Seiten kritische Blicke auf unsere Gegenwart, auf die wichtigen sozialen und kulturpolitischen Themen, geschrieben von kompetenten Autorinnen und Autoren.

—AMOS wird herausgegeben von Wolfgang Belitz, Benjamin Benz, Robert Bosshard, Robina Cronauer, Hartmut Dreier, Rolf Euler, Friedrich Grotjahn, Rolf Heinrich, Ute Hüttmann, Wolf-Dieter Just, Jürgen Klute, Carl-D.A. Lewerenz, Axel Lippek, Heinz Listemann, Anna Musinszki, Hermann Schulz, Peter Strege, Manfred Walz, Renate Wangelin.

Manfred Walz zeichnet für jedes Titelblatt ein Original.



Manfred Kappeler & Michael May

## Versuch, Ernst Blochs Begriff des „Ungleichzeitigen“ für die Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Populismus neu aufzugreifen

### Zur Zielsetzung des Beitrages

In „Maßverhältnisse des Politischen“ konstatieren Negt/Kluge, dass „Worte wie völkisch, volkstümlich, populär, populistisch, Volksfest, Völkergemeinschaft, »im Namen des Volkes« [...] nicht nur etwas Verschiedenes [bezeichnen], sondern [...] jeweils verschiedenartige historische Kostüme“ (2001a: 932) tragen. So betonen sie die „UNGLEICHZEITIGKEIT der subjektiven Reaktion. Im Gefühl werden heute noch Reaktionen auf die Wirtschaftskrise von 1929, die Ereignisse des zweiten Weltkriegs, die Ängste des Kalten Kriegs oder die Enteignung der neunziger Jahre nachvollzogen. Welche Gestalt sie in diesem Nachvollzug annehmen, bedarf der sorgfältigen Ermittlung“ (ebd.: 990). Sie greifen damit die Kategorie der Ungleichzeitigkeit von Ernst Bloch auf, die dieser in „Erbschaft dieser Zeit“ (1935 im Exil veröffentlicht)<sup>1</sup> entwickelt hat. In diesem Buch setzte sich Bloch kritisch mit der Propaganda der Linken, hauptsächlich der KPD, vor und nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 auseinander. Die Linke, so Bloch, habe die von Angehörigen des Landvolkes und der proletarisierten bzw. von Proletarisierung bedrohten Mittelschichten bzw. des Kleinbürgertums emotional stark besetzten Begrifflichkeiten wie „Leben“, „Natur“, „Heimat“, „Volk“ etc. nicht selbst politisch „besetzt“, sie der betrügerischen Propaganda der Nazis

---

<sup>1</sup> Die Bloch-Zitate aus „Erbschaft dieser Zeit“ sind alle aus der Ausgabe in der Reihe „Bibliothek Suhrkamp“, Band 388, Frankfurt/M. 1979. Es handelt sich um zu „thematischen Strängen“ zusammengefasste Textstellen, die über die 409 Seiten des Buches „verstreut“ sind. Um die Lesbarkeit unseres Textes nicht mit häufigen Hinweisen auf die Fundstellen zu beeinträchtigen, haben wir auf die Einzelnachweise verzichtet. Das Gleiche gilt für die Zitate aus Blochs „Gespräch über Ungleichzeitigkeit“ im Kursbuch 39 aus dem Jahr 1975.

überlassen und damit zu deren Sieg beigetragen. Die Aufnahme und Verwendung ähnlicher bis identischer Begrifflichkeiten in der rechten Szene, beispielsweise durch Redner\*innen und Teilnehmer\*innen der Pegida-Veranstaltungen mit ihrem Slogan „Wir sind das Volk“, und die Art und Weise, wie manche Medien rechten Propagandist\*innen eine öffentliche Plattform boten und maßgebliche Mitglieder der etablierten Parteien darauf reagierten, ließen uns vermuten, dass Blochs kritische Analyse der linken und rechten Propaganda in den 30er Jahren uns Anregungen für einen angemessenen theoretischen und praktischen Umgang mit ähnlichen Phänomenen im Hier und Heute geben könnten.

Zwar vertreten wie Bloch auch Negt/Kluge die Auffassung, dass „der Rohstoff, von dem der gesellschaftliche Ausbruch des Nationalsozialismus zehrte, [...] von den Rohstoffen für andere gesellschaftliche Prozesse, die sich zur Emanzipation öffnen, nicht grundlegend verschieden“ (ebd.: 721) ist. In einem Beitrag zum 90. Geburtstag Ernst Blochs, in dem sich Negt auch noch einmal intensiv mit dessen „Erbschaft dieser Zeit“ und der darin entfalteten Dialektik der Ungleichzeitigkeit auseinandersetzt, warnt Negt jedoch davor zu glauben,

„man könne den Faschismus unserer Tage an seinen alten Merkmalen erkennen. [...] Die irrationalen Hoffnungen müssen nicht mehr ausschließlich mit »Blut und Boden« [...], sondern sie können mit greifbaren Dingen, mit Waren, besetzt werden, wenigstens solange diese in ausreichendem Maße verfügbar sind“ (1976: 269f.).

Notwendig erscheint es also einerseits die „verschiedenartige[n] historische[n] Kostüme“ (Negt/Kluge 2001a: 932) solcher Begriffe wie „Volk“ ebenso einer „sorgfältigen Ermittlung“ (ebd.: 990) zu unterziehen wie die „Gestalten“ (ebd.), die ungleichzeitige Erfahrungszusammenhänge dabei annehmen. Dazu geben spätere Bezugnahmen Blochs auf sein Buch (50er, 60er und 70er Jahre) sowie besagter Beitrag von Oscar Negt zu dessen 90. Geburtstag wichtige Hinweise, an die wir hier erinnern wollen. Allerdings geht es uns in diesem Text nicht zentral um „Populismus“, verfehlt diese Perspektive doch aus der Sicht Negt/Kluges „den Gegenstand“ (2001a: 938), weil sich mit Blick auf den „Rohstoff des Politischen“ die Frage „nach dem authentischen Element, der Basis, [...] in der Gestalt und der Rolle eines Wählerpublikums nicht erörtern läßt“ (ebd.). Stattdessen wollen wir an von Bloch und Negt/Kluge unterbreitete Vorschläge erinnern, wie mit dem Rohstoff des Politischen, der heute auch von rechter Seite zu besetzen versucht wird, unter einer befreiungstheoretischen Perspektive anders umzugehen wäre, und diesbezügliche Fragen aufwerfen.

## Ernst Blochs Begriff des „Ungleichzeitigen“

Das „Ungleichzeitige“ kommt mit dem „Erbe“ aus der Vergangenheit in die Jetztzeit, schrieb Bloch 1935 in der Einleitung zu seinem Buch. Ihre Traumgestalten seien „irrational“, weil sie an die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Entstehungszeit, d.h. an längst vergangene Produktionsverhältnisse gebunden seien und sie hätten keine andere Zukunft als ihre „unerledigte Vergangenheit.“ „Hier ist streckenweise, nicht bloß klassenmäßig unvergangene, sondern auch materiell noch nicht ganz abgegoltene Vergangenheit.“ Im Unterschied zu den ungleichzeitigen Widersprüchen des Kleinbürgertums, der proletarisierten Mittelschichten, der bäuerlichen Bevölkerung, auch von Teilen der Angestellten, sei nur in der Lage des Proletariats der Widerspruch zum Kapitalismus gleichzeitig, angesiedelt „im Heute und ganz faßbar.“ Er sei nicht Rest von Untergegangenem, auch nicht „unaufgearbeitete Vergangenheit“, sondern „verhinderte Zukunft“, deren Ursachen erkannt sind und kämpferisch angegangen werden können. Der „gleichzeitige Widerspruch“ zum Kapitalismus ist das „Dasein des Proletariats selbst, das Mißverhältnis zwischen den kapitalistisch entfesselten Produktivkräften zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, die Krise.“ Der gleichzeitige Widerspruch aktiviert keine „Gehalte der Vergangenheit“, sondern die „Zukunftsgesellschaft. Mit der die jetzige schwanger geht, zu der hin die Anarchien und Nihilismen der jetzigen ihren Umschlag suchen.“

Blochs Nachdenken über die Widersprüche zum Kapitalismus der 30er Jahre kreist um die „ungleichzeitigen“ und „gleichzeitigen“, die Möglichkeiten ihrer dialektischen Vermittlung und politischen Nutzbarmachung. Dabei gelte es, in beiden Widerspruchsebenen einen „subjektiven“ und einen „objektiven Faktor“ zu berücksichtigen. Im ungleichzeitigen Widerspruch der Proletarisierten, der Kleinbürger und Bauern äußere sich der subjektive Faktor als „gestaute Wut“, der objektive Faktor aber als „unerledigte Vergangenheit“ (und die mit ihr verbundenen Hoffnungen auf ein besseres Leben). Der Gegensatz zwischen Kapital und den „ungleichzeitig verelendeten“ Kleinbürgern bzw. den Proletarisierten insgesamt, die Bloch als „geschichtslose Klasse“ bezeichnet, erzeuge in ihnen „Angst und gestaute Wut“, kein eigenes, präsent, gar durchgearbeitetes Klassenbewusstsein. „Er macht den Stoß des Konflikts daher äußerlich und stumpf, nur gegen Symptome gerichtet, nicht gegen den Kern der Ausbeutung gerichtet; der Konflikthalt selbst ist romantisch-, auch sozusagen ‚archaisch‘-antikapitalistisch.“ Im „gleichzeitigen“ Widerspruch der Proletarier gegen das Kapital äußere sich der subjektive Faktor dagegen in der „freien revolutionären Tat“ und der objektive Faktor in der Verhinderung der im Jetzt enthaltenen Zukunft, (der „technischen

Wohltat“, der „neuen Gesellschaft“). Das „Grundmoment“ des Widerspruchs zwischen subjektivem und objektivem Faktor im „Gleichzeitigen“, so Bloch, sei der Konflikt zwischen dem „kollektiven Charakter der kapitalistisch entfaltenen Produktivkräfte und dem privaten Charakter ihrer Aneignung“.

Das politische Verhältnis der beiden Widerspruchsebenen zueinander sah Bloch in einem von der Führung der Arbeiterklasse anzustrebenden Bündnis, das aus „der Vergangenheit die in ihr noch mögliche Zukunft befreit, dadurch, daß es beide in die Gegenwart setzt“ und auf diesem Weg eine „revolutionäre Qualität“ bekommt. Das „Ungleichzeitige“ nütze dem Kapital in der Gegenwart nur so lange, wie es nicht durch „Führung und Verführung“ durch die Arbeiterklasse und die Marxisten „ins heutige Feld“ geleitet werde. Deren Aufgabe sei es, „die zur Abneigung und Verwandlung fähigen Elemente aus dem ungleichzeitigen Widerspruch herauszulösen, nämlich die dem Kapitalismus feindlichen, in ihm heimatlosen, und sie zur Funktion in anderen Zusammenhängen umzumontieren.“

Dazu sei ein „Dreibund“ des Proletariats unter seiner Führung mit den „verelendeten Bauern, und dem verelendeten Mittelstand“ erforderlich. Bloch sah die Aufgabe der Linken, genauer der Kommunistischen Partei als der Führung des revolutionären Proletariats, also darin, die „echten ungleichzeitigen Widersprüche“ mit den durch das Proletariat repräsentierten „echten gleichzeitigen Widersprüchen“ zur modernen kapitalistischen Gesellschaft der Jetzt-Zeit zu verbinden und sie damit „im genauen dialektischen Mehrsinn dieses Begriffs aufzuheben.“ Genau das aber sei versäumt worden. Statt das „echte Ungleichzeitige“ dialektisch zu verwandeln, sei es „bloß abstrakt ausgekreist“ worden. Der „marxistischen Propaganda“ fehle „jedes Gegenland zum Mythos“ und es gelinge ihr nicht, „mythische Anfänge in wirkliche, dionysische Träume in revolutionäre“ zu verwandeln, schrieb Bloch schon 1930. Und 1932 legte er nach: In „summarischen Urteilen“ sei die „spezifische Opposition der Ungleichzeitigkeit“ abstrakt und negativ „wegen ihrer Trübe dem faulen Zauber“ einer „Fäulnis-Ideologie“ zugeschrieben worden.

1975 wurde im „Kursbuch 39“, das sich dem Thema „Provinz“ widmete, ein Interview mit Ernst Bloch über „Ungleichzeitigkeit“ veröffentlicht, in dem er rückblickend seine Kritik an der kommunistischen Propaganda in den 30er Jahren nach wie vor für gültig hielt, auch für die Gegenwart von 1975, und sie noch weiter zuspitzte:

„Wenn ich nun Propaganda treibe, und das ist hier der Gesichtspunkt, dann muß ich die vorhandene Ideologie in den Köpfen der Menschen erst einmal ernst nehmen und zum Ausgangspunkt der Propaganda machen.(...) Dagegen gab und gibt es aber eine Propaganda, die ihren Adressaten gar nicht findet, weil sie ihn in einer falschen Terminologie anspricht, mit sehr viel Fremdworten ökonomischer Art überhäuft (was

heutzutage erst recht übertrieben wird), so daß der größte Teil der Zuhörer nichts versteht. Ohne Rücksicht auf das Bewußtsein, das er ansprechen wird, kommt da der Propagandist zu einer Menge, (...) und indem er es versäumt, die Menschen in ihrem falschen Bewußtsein anzusprechen, das sie ja nicht nur aufgrund von Uninformiertheit, nicht nur aufgrund von zurückgebliebenem, sondern von wirklich ungleichzeitigem Überbau haben, bleiben die Menschen von seinen Worten unberührt“.

Genauer noch als in „Erbschaft dieser Zeit“ denkt Bloch in diesem Interview über die Sprache nach. Als positives Beispiel berichtete er über einen Kommunisten, dem es in den 30ern gelang, thüringische Bauern mit Zitaten aus Münzer-Texten in „alter Sprache“ zu erreichen, mit der er an „alte Ungleichzeitigkeiten“ anknüpfen konnte, „während die übliche Parteisprache (das Parteichinesisch, wie es damals sehr bedeutungsvoll genannt worden ist) keinen Zuhörer, kein Verständnis, keinen Adressaten gefunden hat.“ Bloch war auch 1975 von der Notwendigkeit der Propaganda für das politische Wirken der Linken überzeugt, distanzierte sich aber von der 1932 von ihm noch gerechtfertigten „Verführung“. Es gehe nicht darum zu „verführen, sondern darum „wachsende Einsicht“ zu gewinnen und der „Auftakt, der aufmerken läßt“, könne durch Propaganda erzielt werden. Zu Beginn der 30er Jahre habe sich die marxistische Analyse der gesellschaftlichen Widersprüche, im Unterschied zu den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Sichtweisen, zwar „auf der Höhe der Zeit“ befunden. Aber da das Sprechen der Sozialdemokraten und Kommunisten zu den sich nicht auf dieser Höhe Befindenden und in der romantischen Vergangenheit Befangenen „von der Höhe der Zeit“ herab in „Nüchternheit, Phantasielosigkeit, Armseligkeit verfangen“ gewesen sei, hätten sie „ihr Ohr nicht auf der Wunde oder auf dem Herzschlag, dem sehr gestörten Herzschlag“ jener Zeit haben können. Auf den Punkt gebracht bedeutete diese Kritik: Wenn für etwas keine Sprache gefunden wird, kann es auch keine Adressaten haben.

Blochs Kritik an der verfehlten Propagandasprache der Linken mündete in den scharfen Vorwurf, die Kleinbürger, Bauern, die proletarisierten Menschen aus den „Mittelschichten“ mit ihren nicht „abgegoltenen“ Sehnsüchten aus dem „Ungleichzeitigen“ der Propaganda der Nazis überlassen zu haben. Aus dem „Glaubensraum der Träume“ hätten die Nazis einen „Betrugsraum“ machen können. Den mit unabgegoltenen Hoffnungen aufgeladenen alten Traum vom „Dritten Reich“ hätten sie ins Gegenteil verkehren können. Die NS-Ideologie verspreche den Proletarisierten „Vaterland und Nation“ für den Verlust bzw. das Sinken des „eigenen Standes“ und besetze „uralte Gebiete der Utopie“ mit „Veitstänzern“: Die von den Nazis geschaffene „Blut- und Dunstgegend“ habe im „halbproletarischen Sein“ das „falsche Bewußtsein“ stark befestigt, in dem

das „falsche Ungleichzeitige“ von Rasse, Blut und Boden rezent geworden sei, dem das „mechanisch vorgestellte ‚Weltbild‘ des Marxismus“ nichts Wirksames entgegenzusetzen habe.

### Zur kritischen Würdigung von Blochs Buch aus dem Jahr 1935

Wenn Bloch in den ersten Zeilen der Einleitung von 1935 im Hinblick auf die „Bauern und die anfälligen Kleinbürger“ von den „Opfern, den betrogenen und berauschten“ spricht und von den „Täuschern“, dann kann sich dies nicht auf das spätestens seit der Veröffentlichung von Hitlers „Mein Kampf“ bezogene Programm der Nazis beziehen. Vielmehr bezieht es sich darauf, dass diese „Täuscher selbst[...] nur das Gesicht und Amt, fürs Kapital [haben], das sie rief, den möglichst zweckdienlichen Grad von Schreck und Konfusion zu erzeugen.“

Blochs Auffassung, große Teile der Deutschen seien dem verführerischen „Lockruf der Nazis auf den Leim gegangen“ (Bloch), steht jedoch in Gefahr, die Frage der Verantwortung des/der Einzelnen für ihr/sein politisches Denken und Handeln aus dem Auge zu verlieren und damit dem Rechtfertigungsruf „Ich war's nicht, Adolf Hitler ist's gewesen!“ in den Jahrzehnten nach 1945 Vorschub zu leisten. Das Bestehen auf der individuellen Verantwortlichkeit für das eigene politische Handeln (bei graduellen, den Verhältnissen und den jeweiligen konkreten Umständen geschuldeten, Unterschieden) hat freilich nichts mit dem Totschlagargument von der „Kollektivschuld“ zu tun, das das Handeln derjenigen negiert, die sich in Bewusstsein und Handeln gegen die Nazis entschieden haben, für die die „Braunen“ keine „Nationalsozialisten“ sondern „Nazis“ waren. Und dann gab es neben den Millionen der Überzeugten und der weniger aktiven, aber zustimmenden und profitierenden, Mitläufer\*innen, auch noch die „Ungläubigen“, die das Programm der Nazis zwar kannten, aber sich nicht vorstellen mochten oder konnten, dass es in der „Kulturnation Deutschland“ tatsächlich praktiziert werden könnte und „optimistisch abwartend“ ihren Alltagsgeschäften weiter nachgingen. Und schließlich gab es die dem NS-Staat in einem Haltungsspektrum von starker Skepsis bis zu Abscheu und Schrecken gegenüberstehenden Menschen. Aber die waren in der Minderheit, nicht organisiert, flohen aus Deutschland oder überlebten in der „inneren Emigration“, was freilich ohne eine gewisse Anpassung und belastende Kompromisse nicht möglich war. In „Erbschaft dieser Zeit“ findet man solche Differenzierungen nicht.

Negt würdigt Blochs Leistung von „Erbschaft dieser Zeit“ dahingehend, dass er darin „wie kein anderer“ (Negt 1976: 270) die „Explosionskraft“ (ebd.) der „spezifische[n] Protestpotentiale“ (ebd.) fokussiert habe, wie sie „Bereiche und

Fähigkeiten [ausbilden], die unabgeoltene Produktionsweisen von Erfahrung zur Grundlage haben“ (ebd.). Kritisch wendet jedoch auch er ein, dass 1933 „das Schwergewicht seiner Argumentation [...] stärker als in den sechziger Jahren, auf der Frage [lag], wie diese Potentiale im Interesse des Gelingens des revolutionären Prozesses und der Realisierung des Unabgeoltenen, von der dem Kapitalismus *gleichzeitigen*, auf der Höhe seiner Produktivkräfte stehenden Arbeiterklasse eingebracht und der reaktionären Verkehrung entzogen werden können“ (ebd.).

Demgegenüber betont Negt den Stellenwert von Ungleichzeitigkeit als „*kritische Kategorie*, die Bruchstellen im Verhältnis zwischen Sein und Bewußtsein bezeichnet“ (ebd.: 267). Entsprechend liest er Blochs Dialektik der Ungleichzeitigkeit als „entschiedene Kritik daran, daß Bewußtsein direktes, adäquates, mechanisches Produkt der Existenzbedingungen ist, daß aus dem proletarisierten Sein von Kleinbürgern und Bauern das proletarische Bewußtsein wenn nicht prompt, so doch durch die Anstrengung des aufklärerischen Bewußtmachens der Entfremdungssituation folgen muß“ (ebd.). Vor diesem Hintergrund sieht er Blochs Untersuchungen ungleichzeitiger Widersprüche in einem wesentlichen Punkt über die vorliegenden Faschismus-Analysen hinausgehen:

„so wichtig auch die sozialpsychologische Dispositionen, die Triebdynamik der Menschen, wie sie durch die Primärsozialisation vorgeprägten Mechanismen der autoritären Charakterstruktur und des Ethnozentrismus darstellt, für die Massenanfälligkeiten gegenüber nationalistischen Ideologien und imperialistischen Abenteuern sein mögen; so unabdingbar auch die ökonomische Untersuchung der Klasseninteressen ist, das Begreifen der Grundlagen der Entstehung und der politischen Wirksamkeit dieser Mechanismen – für Bloch ist damit erst die eine Seite des Problems berührt; die wichtigere, weil praktisch bedeutsame, zeigt sich erst dann, wenn es um die inhaltliche Besetzung dieser Triebkräfte und Interessen geht. Die *Besetzungsinhalte* [...] wandern öffentlich in private Tagträume ein und bringen erst dadurch die Triebdynamik und die meist ambivalenten Bedürfnisse und Interessen zur Entfaltung. Daß sich diese *Besetzungsinhalte* gesellschaftlich verändern, liegt auf der Hand; ihre *Funktion* bleibt jedoch relativ gleich“ (ebd.: 249).

Blochs „Wille zur Besetzung, zur Belebung der Dinge einer von sich aus zur Gegenrevolution neigenden Welt des Alltäglichen und Banalen mit sozialistischer Phantasie“ (ebd.: 247) sieht Negt

„getragen von der Überzeugung, daß *alles*, was sozialistische Theorie und Praxis unbesetzt und unbestimmt, ohne konkrete alternative Orientierung beläßt, in letzter Instanz bedeutet, daß dies alles in zugespitzten, die Lösungsmöglichkeiten der Widersprüche innerhalb der Kapitallogik einschränkenden Krisensituationen, wenn die Legitimationsfassade des bürgerlichen Rechtsstaates zerspringt, vom Faschismus in seinen vielfältigen Ausprägungen beerbt und im Interesse der Wiederherstellung alter Herr-Knecht-Verhältnisse uminterpretiert wird“ (ebd.).



Für Negt verweist dies

„auf nichts anderes als den *geschichtlichen Zeitkern* von Wahrheit. Wenn die Theorie ein Bewußtsein ihrer eigenen Voraussetzungen gewinnen will, gehört zu dieser Wahrheit systematisch das Problem ihrer pädagogischen Vermittlung – nicht etwa nur als methodisch-technischer oder agitatorischer Zusatz, den man ohne Folgen für den Wahrheitsgehalt der Theorie befürchten zu müssen, unter Umständen auch weglassen kann“ (ebd.: 274).

Entsprechend sieht er in Blochs Begriff der Propaganda „die aus der wissenschaftlichen Produktionsweise ausgegrenzten mimetischen Zugangsweisen zu Menschen und Dingen dem Wahrheitsbegriff“ (ebd.) selbst wieder zugeschlagen. Denn „ohne ein Einstimmen der als wahr erkannten und dargestellten Theorie in den Lebenszusammenhang der Individuen, den es zu erklären und aufzubrechen gilt“ (ebd.: 274f.) ist für Bloch und Negt „der Stromkreis zwischen denen, die ausgreifende Einsichten in die Natur und in die Gesellschaft produzieren und mit ihnen umzugehen verstehen, und denjenigen, die diese Einsichten zur Überwindung ihrer eigenen Unbewußtheit, ihrer Abhängigkeit und ihres Unglücks benötigen, noch nicht geschlossen“ (ebd.: 275).

## Perspektiven

Negts Lesart von Blochs Begriff der Propaganda mag an die Konstruktion im Konzept der „antikapitalistischen Jugendarbeit“ in den späten 60er Jahren erinnern, in dem die „objektiven Interessen“ der Arbeiterjugendlichen, abgeleitet aus ihre Klassenlage, definiert und das dem Kampf um die Durchsetzung dieser „Interessen“ widersprechende und kontraproduktive Handeln der Jugendlichen auf ihre durch die spätkapitalistische Konsumgesellschaft in ihnen erzeugten „subjektiven Bedürfnisse“ zurückgeführt wurde, die es zu überwinden galt.

Schon Bloch hat jedoch im „Prinzip Hoffnung“ darauf verwiesen, dass

„Marxismus als Wärmelehre [...] einzig auf jenes positive [...] In-Möglichkeit-Sein bezogen [ist], das die wachsende Verwirklichung des Verwirklichenden, zunächst im menschlichen Umkreis, umfaßt. [...] Der Weg eröffnet sich darin als Funktion des Ziels, und das Ziel eröffnet sich als Substanz im Weg, in dem auf seine Bedingungen hin erforschten, auf seine Offenheit hin visierten“ (Bloch 1979: 241).

Davon unterscheidet er als „Kältestrom“ des Marxismus

„die bedingungsanalytische Forschung [...] mit dem Horizont als einem *begrenzen*den, als den begrenzt Möglichen. [...] Erst Kälte und Wärme konkreter Antizipation zusammen [...] bewirken, daß weder Weg an sich noch Ziel an sich undialektisch voneinander abgehalten und verdinglicht-isoliert werden. Wobei die Bedingungsana-

lyse auf der ganzen geschichtlich-situationshaften Strecke ebenso als Entlarvung der Ideologien wie als Entzauberung des metaphysischen Scheins auftritt“ (ebd.: 240).

Was die in einer solche bedingungsanalytischen Forschung betreffenden Begrenzungen oder Blockierungen betrifft, so haben diese Negt/Kluge (2001b) auf einzelne menschliche Eigenschaften und Vermögen bezogen, die sie durch ihre Trennung von den Verwirklichungsbedingungen in der „Permanenz ursprünglicher Akkumulation“ (2001c) als „proletarische“ gekennzeichnet haben. Um „das Politische zu rekonstruieren“ (Negt/Kluge 2001a: 940) kommt es für sie deshalb vor allem darauf an, „Entwicklungszeiten für die elementaren Prozesse“ (ebd.) zu schaffen, „aus denen Wahrnehmung und kollektive Willensbildung sich authentisch vermehren können“ (ebd.). Sie betonen, dass in dieser Weise zwar „der Zusammenhang der Wahrnehmung und die möglichen Konstitutionen eines kollektiven Willens [...] die *einzelnen* menschlichen Eigenschaften zu ihrem Grundmaterial“ (ebd.: 938) haben, diese aber „sich entweder deshalb nicht organisieren [können], weil sie, als zertrümmerte, für neue Bindungen offen sind und warten, da ja nichts die Verbindung zu ihnen aufnimmt, oder sie [...] sich in die vielfältigen Konstellationen der Realblöcke fixiert [haben]: das Resultat davon sind Bilderwelten, Magnetisierungen. Dies ist der Prozeß, bei dem ganze Gesellschaften »in die Imaginäre« geraten. Sie taten das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der Form von Massenbewegungen, sie tun dies in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den Formen des Passivismus“ (ebd.). Nachdrücklich verweisen sie darauf, dass „Programm- und Bilderwelten der Wünsche (...) mit elementaren Wünschen“ (ebd.: 941) streiten, und es „unmöglich“ (ebd.) sei, „in Kürze die Fülle der Sonderwelten zu beschreiben, aus denen *die reich, historisch erfahrene Subjektivität* besteht“ (ebd.), weil „in keiner der realen Rollen (...) dieser Reichtum ein ausreichendes Ausdrucksvermögen, Autonomie oder Selbstbewußtsein“ (ebd.) besitze.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich dann auch, dass ihrer Ansicht nach – wie von uns zu Beginn zitiert – die Perspektive des Populismus „den Gegenstand“ verfehlt, weil sich die Frage „nach dem authentischen Element, der Basis [...] in der Gestalt und der Rolle eines Wählerpublikums nicht erörtern läßt“ (ebd.: 938). Vielmehr sehen sie

„das politische Werben um Massenloyalität, das amerikanische Präsidenten oder politische Parteien unseres Landes betreiben ebenso wie die Werbe- und Unterhaltungsindustrie, [...] an [...] sozusagen die Republikaner in der Zerstreung [appellieren]. Politische Produktion kann nur in ihrer Zusammenfügung bestehen. Jeder einzelne Versuch zu solch [...] universaler Herstellung von Zusammenhang besteht aus ähnlichen komplexen Schritten wie die Entfremdung, die die einzelne Eigen-

schaft erfahren hat. Es handelt sich zunächst um Kommunikation der einzelnen Eigenschaften miteinander – Kommunikation als ein Prozeß, der [...] die Kräfte der Abstoßung ebenso zusammenfaßt wie die der Zuwendung. Die Kommunikation beruht aber auf einer zusätzlichen Kraft, die in Reserve gehalten ist. Mit solcher Reserve hört eine Eigenschaft der anderen zu, produziert Aufmerksamkeit, die gerade darin besteht, daß eine Kraft eine Zeitlang »nichts tut«. Dies sind Bedingungen, unter denen das Ausdrucksvermögen für subjektiven gesellschaftlichen Reichtum sich vermehrt“ (ebd.: 941)

und an der Verwirklichung der Subjektivität menschlichen Gemeinwesens gearbeitet wird (May 2016). Auszuführen, wie dies praktisch konkret umgesetzt werden kann, ist hier nicht der Raum (vgl. dazu ebd.: 146ff.). In den Widersprüchen (Heft 143) diskutieren wir dies mit durchaus unterschiedlichen Akzentuierungen als „Pädagogik des Sozialen“.

## Offene Fragen

Im Hinblick darauf, wie heute in populistischen Strömungen und Parteien der Begriff des „Volkes“ einerseits gegenüber den politischen Eliten, andererseits aber auch rassistisch zu besetzen versucht wird, wäre so im Rahmen einer solchen „Pädagogik des Sozialen“ konkret erfahrbar zu machen, in welcher Weise „die Berufung auf das Volk [...] inmitten von Irrtümern, instrumentellen Aneignungen, die Frage nach der Autonomie, nach dem unverwechselbaren Charakter“ (Negt/Kluge 2001a: 932) umkreist. Des Weiteren wäre im Anschluss an das, was Bloch „als bedingungsanalytische Forschung [...] mit dem Horizont als einem *begrenzenden*, als den begrenzt Möglichen“ (Bloch 1979: 240), verbunden mit einer „Aussichtserforschung des In-Möglichkeit seienden“ (ebd.) bezeichnet hat, zu untersuchen, in welcher Weise sich der „Protest“ der Männer, Frauen, Jugendlichen, die zu Pegida, AfD und anderen rechten Szenen gehören, nicht nur aus ihren rassistischen Ressentiments speist, sondern auch aus Inhalten, die Bloch die „unabgeholtenen Menschheitsversprechen“ nannte? Bloch sah da z.B. wichtige Unterschiede bei Jugendlichen und Erwachsenen.

Muss nicht vor diesem Hintergrund die besonders von den sog. Volksparteien zu hörende Unterscheidung in die „Unverbesserlichen“ einerseits, die „Wutbürger“, die man überwachen und möglichst neutralisieren müsse, und die sog. Protestwähler andererseits, die man „zurückgewinnen“ müsse, fundamental kritisiert werden? Ist nicht dieses „Zurückgewinnen“ selbst ein populistischer Terminus, mit dem lediglich an Rechts-Außen „verlorengegangene“ Wähler\*innen wieder ins angeblich demokratische Rechts-Innen „zurückgeholt“ werden sollen, zu welchem Zweck man die Sprache an die Inhalte ihres „im Kern doch richtigen Protestes“ anpassen

müsse? Wie und wo „verorten“ wir diese Menschen? Blochs Differenzierungen in seinem Kursbuch-Interview von 1975 treffen, bezogen auf das Phänomen der „Ungleichzeitigkeit“, allenfalls noch bedingt zu. Hat, dass Deutschland seit einem Vierteljahrhundert „wiedervereinigt“ ist, was Bloch nicht mehr erlebt hat, und dessen Wirkungen bzw. die Nachwirkungen der vorherigen Trennung der Deutschen in einen bürgerlich-kapitalistischen und einen real-sozialistischen Staat mit dem Aufkommen der „neuen rechten Gesinnungen“ etwas zu tun, die sich offensichtlich aber mühelos mit den „alten rechten Gesinnungen“, die es im Westen schon immer gab, verbinden? Wie lässt sich erklären, dass aus den bis heute noch als „neue Bundesländer“ bezeichneten Regionen sich Menschen in der von Wirtschaftsliberalen gegründeten und darin auch weiterhin noch aktiven AfD engagieren und in diese Partei sozialpolitische Forderungen einbringen, die selbst die Linke sich nicht zu stellen wagt?

Eine wichtige Veränderung gegenüber den 20er/30er Jahren sieht Bloch in der Wirkung von „Radio und Fernsehen“ auf das Bewusstsein und damit auf das „Material“ der „Ungleichzeitigkeit“ bei Kleinbürgern, Bauern, Fischern und Schiffnern. Wenn das schon für die vergleichsweise idyllische Medienlandschaft von 1975 galt – was bedeutet dann in diesem Zusammenhang die „digitale Revolution“ der Jetzt-Zeit?

Des Weiteren müsste geklärt werden: Wollen wir uns überhaupt denen nähern, die sich in der rechten Szene wohl und zuhause fühlen? Und wenn ja, wie und wo? Begegnen wir ihnen eigentlich in unserem Alltag, am Arbeitsplatz, im sog. Privaten der Familie, des Freundeskreises, bei Freizeitaktivitäten, auf Reisen, oder begegnen wir ihnen gar nicht leibhaftig, sondern sehen und hören sie nur „medial“ und stehen ihnen bestenfalls als „Gegendemonstranten“, von der Polizei auf Distanz gehalten, und selber wütend, gegenüber? Leben vielleicht nicht nur die Anderen in „Parallelgesellschaften“, sondern wir auch, fühlen uns darin wohl und wollen ihre Ränder (die liberalen) gar nicht überschreiten? Und würde dann nicht, was wir sprechen und schreiben, selbst populistisch?

## Literatur

- Bloch, Ernst 1979: Das Prinzip Hoffnung. Frankfurt am Main  
 May, Michael 2016: Soziale Arbeit als Arbeit am Gemeinwesen. Ein theoretischer Begründungsrahmen. Leverkusen  
 Negt, Oskar 1976: Erbschaft aus Ungleichzeitigkeit und das Problem der Propaganda. In: Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral. Frankfurt am Main, S. 244–275

- Negt, Oskar/Kluge, Alexander 2001a: Maßverhältnisse des Politischen. Vorschläge zum Unterscheidungsvermögen. In: Der unterschätzte Mensch. Gemeinsame Philosophie in zwei Bänden Bd. 1. Frankfurt am Main, S. 693–1005
- 2001b: Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. In: Der unterschätzte Mensch. Gemeinsame Philosophie in zwei Bänden Bd. 1. Frankfurt am Main, S. 333–674
- 2001c: Geschichte und Eigensinn. In: Der unterschätzte Mensch. Gemeinsame Philosophie in zwei Bänden Bd. 2. Frankfurt am Main

Manfred Kappeler, Schmidt-Ott-Str. 11 B, 12165 Berlin  
E-Mail: drkappeler@arcor.de

Michael May, Walkmühlstr. 21, 65195 Wiesbaden  
E-Mail: michael.may@hs-rm.de



Heidemarie Wiczorek-Zeul  
Gerechtigkeit  
und Frieden  
sind Geschwister

Heidemarie Wiczorek-Zeul eröffnet mit ihrem Buch eine Diskussion über aktuelle politische Veränderungsmöglichkeiten in einer Zeit, in der politische Eliten und Bevölkerung gleichermaßen eine Entfernung voneinander beklagen. Sie plädiert leidenschaftlich für ein nie endendes, wertebasiertes Engagement mit dem Blick für die globalen Verflechtungen unserer Welt.

Politisches Engagement in Zeiten der Globalisierung  
184 S. | Hardcover mit Fadenheftung | viele teils farbige Abbildungen  
ISBN 978-3-89472-599-0 | € 19,90



Die **perspektiven ds** begleiten seit über 30 Jahren die programmatische Selbstverständigung im Umfeld der sozialen Demokratie und des Demokratischen Sozialismus. Das aktuelle Heft analysiert die Lage der SPD nach der Bundestagswahl 2017.

2 Hefte im Jahr | je ca. 160 S. | Pb. | Einzelh. € 9,90 |  
Abo € 16,90 | www.perspektiven-ds.de

**SCHÜREN**  
www.schueren-verlag.de



Forum Wissenschaft 4/2017

## Frohe Zukunft für die Schule?

Perspektiven der  
Lehrer\_innenbildung

Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 €

Bund demokratischer  
Wissenschaftlerinnen und  
Wissenschaftler (BdWi)

www.bdwi.de · service@bdwi.de  
Tel.: (06421) 21395

In Deutschland arbeiten etwa 750.000 Lehrer\_innen an allgemeinbildenden Schulen. So groß sich diese Zahl auch anhört – die Anzahl ausgebildeter Lehrer\_innen ist nicht bedarfsdeckend.

Die Möglichkeiten, kurzfristig auf den aktuellen Lehrkräftemangel zu reagieren, scheinen recht begrenzt: offene Stellen werden zum Teil mit Seiteneinsteiger\_innen besetzt, ansonsten drohen Überstunden, überfüllte Klassen oder Stundenausfall. Langfristig lässt sich da schon besser gegensteuern, indem mehr qualifizierte Lehrkräfte ausgebildet und im Schuldienst eingesetzt werden.

Doch Diskussionsbedarf besteht auch über die qualitativen Elemente der Schullandschaft. Einen Beitrag dazu, wie eine »gute Bildung für eine demokratische, soziale und inklusive Gesellschaft« aussehen kann, liefert ein aktuelles Leitlinienpapier der GEW. Dabei geht es um Fragen der zeitgemäßen Struktur des Schulsystems – und damit verbunden auch um die schulformenorientierte Struktur der Lehrer\_innenbildung – ebenso wie um Fragen von Lehrinhalten. In der Gestaltung des Schulwesens spiegeln sich eben auch aktuelle gesellschaftliche Konflikte.



Joachim Weber

## Die Verachtung des Politischen

Überlegungen zur Rolle (rechts-)populistischer Emotionen

### Das Phänomen Trump

Populistische Politik ist durch kein anderes Phänomen so stark in jüngster Zeit vorangetrieben worden wie durch die Präsidentschaft von Donald Trump in den USA. Seine Inaugural Address zeigt wie wenige andere Dokumente die Grundlinien dessen auf, was im politischen Diskurs gerne Populismus genannt wird. Medienvertreterinnen und -vertreter horchten die Antrittsrede ab nach versöhnlichen Zeichen angesichts der tiefen Spaltung der US-Bevölkerung im Wahlkampf und nach relativierenden Sequenzen in Richtung eines weltoffenen Multilateralismus. Doch all diese Motive wurden enttäuscht, Trump wurde ein rhetorisches Niveau eines Sechstklässlers amerikanischer Schulen unterstellt, das vollständige Gegenbild eines aufgeklärten, weltoffenen Intellektuellen. Doch diese Enttäuschung war wohlkalkuliert. Die diesbezügliche Kritik perlte einfach an ihm ab. Statt komplexer Abwägungen konzentrierte er sich auf ein einziges Anliegen, die nationale Einheit – the people. Mit diesem Volk wird eine bestimmte Gruppe – die Vergessenen – als das ganze Volk adressiert, aus dem alle anderen folglich ausgeschlossen werden. An diesen Teil der Bevölkerung wendet er sich mit einer eindeutigen Botschaft:

„Today we are not merely transferring power from one Administration to another, or from one party to another. We are transferring power from Washington, D.C. and giving it back to you, the American People. [...] What truly matters is not which party controls our government, but whether our government is controlled by the people. January 20<sup>th</sup> 2017, will be remembered as the day the people became the rulers of this nation again. The forgotten men and women of our country will be forgotten no longer. Everyone is listening to you now. You came by the tens of millions to become part of a historic movement the likes of which the world has never seen before. [...] So to all Americans, in every city near and far, small and large, from mountain to mountain, and from ocean to ocean, hear these words: You will never be ignored again. Your voice, your hopes, and your dreams, will define our

American destiny. And your courage and goodness and love will forever guide us along the way.“

Das Volk wird nicht als Souverän angesprochen, auf dem die politische Macht ruht, sondern die vergessenen und ignorierten amerikanischen Bürgerinnen und Bürger will er zu diesem Souverän machen und versteht sich selbst als deren Sprachrohr. Alle anderen, insbesondere seine politischen Gegner, werden schlicht dethematisiert. Trump zeigt keine konkreten politischen Ziele auf, geschweige denn ein Regierungsprogramm, nicht einmal seine Wahlslogans mit der Mauer zu Mexiko und der Abschaffung von Obama-Care finden Erwähnung. Das Gleiche gilt für das Werben um Nachvollziehbarkeit. Die Präsidentschaft markiert das Ende des politischen Diskurses. Hier zeigt sich, so meine These – die politische Dimension einer spezifischen Emotion – der Verachtung.

Diese Verachtung von oben macht sich die Gefühlslage jener zunutze, die sich selbst als verachtet fühlen. Diesen Vergessenen soll aufgeholfen werden, so dass sie „never again“ mit dem Gefühl von Ohnmacht konfrontiert werden sollen. Wer sich ohnmächtig fühlt, träumt von Macht. Dieser Traum wird aufgegriffen und die Rückkehr zur Macht versprochen. Zentrale Rolle in der Umwandlung von Ohnmachtsgefühl in Machtbewusstsein ist eine umfassende Umwertung: „The time of empty talk is over!“ Politisches Agieren, das leidenschaftliche Vertreten von Anliegen, das Austragen von gesellschaftlichen Konflikten, um die Vielfalt von Interessen sichtbar zu machen und daraufhin gemeinsame Regelungen zu finden, all dies ist vorbei. Es wird abgelöst durch die diskursenthobene, ignorante Tat.

### Nietzsches Konzept von Ressentiment

Auffällig ist schließlich der Stil der Rede, die mit einfachen Worten, emotionalen Bildern und biblischer Eindringlichkeit allenfalls noch mit der Sprache von Nietzsches Zarathustra korreliert, der in ganz ähnlicher Weise biblische Sprache nutzt, um seinen Gedankengängen den Ausdruck von Letztgültigkeit zu verleihen. Der eigentliche Bezug zu Nietzsche liegt jedoch auf einer ganz anderen Ebene. Der Gedanke des Ressentiments, wie es Nietzsche konstatierte, drängt sich förmlich auf, um das Phänomen Trump zu verstehen. Nietzsche sieht in diesem Ressentiment eine moralische Umkehrung wirksam. Die zentrale Kraft menschlichen Lebens ist alles andere als unschuldig. Leben greift um sich, will wachsen und mit dem Wachsen gleichzeitig verdrängen und ausbeuten. Leben ist Wille zur Macht (KSA5: 209). Wer diese Lebensenergie zum Zentrum seines Handelns erklärt, dient diesem Leben, diszipliniert diese Energie und wirkt schöpferisch.

Die Opfer solcher rücksichtslosen Lebensmacht fühlen andererseits die Schwäche des Unterlegenseins in sich und richten ihr Handeln darauf aus, dieser Machtfülle etwas entgegenzusetzen. Sie leben aus dem Ressentiment, was bedeutet, dass sie ihre Schwäche und ihr Leiden deutlich fühlen, um dann ihre gesamte Energie darauf zu lenken, den Mächtigen zu schaden, die ihnen dieses Leiden zugefügt haben. Das damit angesprochene Ressentiment ist nicht mehr aktiv wie das Leben selbst, das von sich aus auf Entfaltung drängt, sondern reaktiv, indem die Handlungsenergie sich darauf konzentriert, den Mächtigen zu schaden. Das Ressentiment lebt vom Gegner und erhält vom Gegner her seine Macht. Der Mächtige verwandelt sich dabei in den Bösen. Der Böse wird gehasst; er wird nicht nur bekämpft, sondern gefoltert (Anders 1985: 13). Hass will die Folter, das fortgesetzte Quälen und Demütigen des Gehassten. Dem Bösen gegenüber kann man sich wie ein Raubtier (KSA 5: 274) ohne jede soziale Rücksicht verhalten.

Sofern Leben nach Nietzsche immer mit Rivalität verbunden ist, gehört für ihn der Kampf zum Leben dazu. Wir werden alle immer wieder vom Leben verletzt. Während jedoch derjenige, der sich auf das Leben und den damit verbundenen Willen zur Macht stützt, sich zu helfen weiß, indem er für solche Verletzungen Rache übt, um sich dann der weiteren Entfaltung des Lebens zu widmen (KSA 5: 273), ist dem Vertreter der Ohnmacht solche Rache versagt. Nicht das Verletztwerden kennzeichnet das Ressentiment, sondern das fortgesetzte Erleben, dass es keine Möglichkeit gibt, sich gegen solche Verletzungen zu wehren (Scheler 2004). Der Unterlegene wird nicht nur verletzt, ihm wird die Handlungsfähigkeit entzogen. Besonders eindrücklich weist Améry vor dem Hintergrund der eigenen Opfererfahrung in Auschwitz auf das Tragische am Ressentiment hin, dass der Unterlegene seiner Zukunft beraubt wird, insofern es „jeden von uns fest ans Kreuz seiner zerstörten Vergangenheit[nagelt]. Absurd fordert es, das Irreversible solle umgekehrt, das Ereignis unereignet gemacht werden. Das Ressentiment blockiert den Ausgang in die eigentlich menschliche Dimension, die Zukunft.“ (2015: 124)

Gleichzeitig verändert sich die Richtung der Ziele und Absichten. Wer erlebt, dass er oder sie nicht direkt mit seinen Handlungsimpulsen weiterkommt, der oder die ist genötigt, Umwege in Kauf zu nehmen, um auf diese Weise zum Ziel zu kommen. Hier lokalisiert Nietzsche die Klugheit, die List, durch die Hintertür vielleicht doch noch Handlungsoptionen zu gewinnen. Doch die eigentliche Handlungsenergie wendet sich nach innen. Hier kommt die Moral ins Spiel. Der Impuls, sich zu wehren, wird verdrängt. Dabei findet eine Umwertung der Werte statt. Das Sich-wehren selbst erscheint nun als falsch, es wird umgewertet in Liebe als „Krone der Rache“ (KSA 5: 268). Der christliche Glaube bildet für Nietzsche den Kronzeugen einer solchen moralischen Umwertung. Der Gekreuzigte wird

zum Sieger erklärt, doch er siegt gerade nicht mit Gewalt, sondern dadurch, dass er sein Leben hingibt:

„Die Schwäche soll zum Verdienste umgelogen werden [...] und die Ohnmacht, die nicht vergilt, zur 'Güte'; die ängstliche Niedrigkeit zur 'Demuth'; die Unterwerfung vor denen, die man hasst, zum 'Gehorsam' [...] Das Unoffensive des Schwachen, die Feigheit selbst, an der er reich ist, sein An-der-Thür-stehn, sein unvermeidliches Warten-müssen kommt hier zu gutem Namen, als 'Geduld', es heisst auch wohl die Tugend; das Sich-nicht-rächen-Können heisst Sich-nicht-rächen-Wollen, vielleicht selbst Verzeihung“ (281f.).

Es entsteht eine moralische Lichtwelt, die den ursprünglichen Entfaltungswillen unterdrückt, sich damit aber lebensfeindlich ausrichtet und die irdische Welt mit einer himmlischen, moralisch korrekten, aber blutleeren Welt der sozialen Handlungsunfähigkeit vertauscht. Wer sich seiner Handlungsfähigkeit beraubt sieht, ist schon zufrieden, wenn alle anderen in gleicher Weise ohnmächtig sind.

Diese Ideale der Güte, Gerechtigkeit und Bescheidenheit werden nach innen gelebt innerhalb der Gemeinschaft der Ohnmächtigen; die Gemeinschaft der gleichfalls Schwachen versteht sich als Liebesgemeinschaft, in der die gegenseitige Liebe jeden Impuls eines Willens zur Macht zurückdrängt. Sinn der Liebesgemeinschaft ist nach Nietzsche die „Daseinserleichterung“. Wenn zum Leben schon die Ohnmachtserfahrung gehört, dann müssen wir uns so gut es geht in dieser bösen Welt einrichten. Nietzsche zählt zu einer solchen lebensverneinenden Sklavenmoral der Ohnmächtigen: „das Mitleiden, die gefällige, hülfbereite Hand, das warme Herz, die Geduld, der Fleiss, die Demuth, die Freundlichkeit“ (211). Die klassischen sozialen Tugenden, die wir allgemein unter das Moralische subsumieren und mit dem Sozialen identifizieren, bilden für Nietzsche den moralischen Komplex der Sklavenmoral, die einem einzigen Zweck dient: der Feindschaft gegenüber der Handlungsfähigkeit selbst.

Es gibt vielfältige Versuche, den Populismus allgemein und das Phänomen Trump im Besonderen im Rückgriff auf Nietzsches Konzept von Ressentiment zu erklären (Breithaupt 2017). Einige Parallelen liegen auf der Hand: Die Adressierung der Ohnmächtigen mit ihrem Ohnmachtsgefühl, das Versprechen einer Umwandlung von Ohnmacht in Macht, die reaktive Ausrichtung auf die Feinde der Schwachen und Abgehängten, denen der Kampf angesagt wird und der Rekurs auf einen alternativen Wert, der aus der Sackgasse der Ohnmacht herausführt. Als solcher fungiert der Rekurs in Trumps Inaugural Address auf die nationale Einheit und mit ihr auf die moralischen Kategorien von Loyalität, Patriotismus und Solidarität. Allerdings zeigt sich dabei auch ein auffälliger Gegensatz zu Nietzsches Konzept. Keinesfalls zeigt sich bei Trump wie bei anderen Vertretern

des okzidentalen Rechtspopulismus eine Verwandlung von Rache in Liebe bzw. von Kampfbereitschaft in moralisierenden Humanismus. Im Gegenteil ist hier deutlich ein Kampf gegen Moralisation am Werk. Hier wird nicht der Antagonismus mit Idealen der Brüderlichkeit und Solidarität zugedeckt. Die moralischen Werte, die sich aus dem nationalen Stolz ergeben, bleiben auffällig schwach, es dominiert das Motiv, der Schwäche zur Stärke zu verhelfen und gerade nicht das Sicheinrichten in der Schwäche im Namen universaler Toleranz.

Was Nietzsche als ressentimentgeladene Sklavenmoral markiert, stellt gerade dasjenige Interpretament dar, das im aktuellen populistischen Diskurs als Political Correctness diffamiert wird und ausgehebelt werden soll. Entstanden in der Konfrontation mit sexistischer und rassistischer Sprache, um sprachliche Diskriminierung auszuschließen, wurde der Begriff immer mehr zum Kampfbegriff des Rechtspopulismus gegen die damit verbundenen Denkverbote und Versuche sprachlicher Zensur. Politisch korrekt agiert, wer niemanden diskriminiert, Andersartigkeit jeder Art toleriert, solange sie niemandem schadet, Ungleichheit konsequent aus allem Reden und Tun verbannt und damit universale Gerechtigkeit realisiert. Diese meist mit dem westlichen weltoffenen Lebensstil identifizierte Liberalisierung zeigt sich jedoch aus populistischer Perspektive als verlogen. Das Konzept suggeriert, dass sich Frieden, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit vernunftgeleitet über Sprach- und Verhaltensregulation herstellen lässt. Der Populismus fordert diese anmaßende und verlogene Friedfertigkeit der Political Correctness heraus. Oder in den Worten von Slavoj Žižek: „Der liberale Westen ist deshalb so unerträglich, weil er Ausbeutung und Gewaltherrschaft nicht nur praktiziert, sondern diese brutale Realität wie zum Hohn als ihr genaues Gegenteil verkleidet, nämlich als Freiheit, Gleichheit und Demokratie.“ (2015: 23)

In ähnlicher Weise fungiert Political Correctness immer wieder als Verkleidung gesellschaftlicher Kämpfe, um die Möglichkeit universaler Toleranz auf der Basis vernunftgeleiteter Antidiskriminierung vorzuspielen. Doch insofern alles Reden und Handeln nur standortgebunden möglich ist, kann Political Correctness solche Standorthaftigkeit nur leugnen im Namen der universalen Gerechtigkeit und mündet damit notwendigerweise in Verlogenheit. Letztlich geht es diesem spezifischen Liberalismus hinter seinen Werten von Toleranz und Konsens um die Konzentration aller Energie auf den Kampf gegen die Feinde dieses gerne als liberal markierten Lebensstils.

Statt daraus die Konsequenz zu ziehen, dass Emanzipation und Gerechtigkeit nur auf der Basis einer politischen Institutionalisierung des Konfliktes unterschiedlicher Standpunkte zu haben ist, verlegt sich der Populismus auf die Zurückweisung jeder Forderung von sozialer Gleichheit bzw. Gerechtigkeit, in-

terkultureller und interreligiöser Toleranz oder pluralistischer Inklusion. Dem liberalistischen Projekt der politischen Korrektheit, die eigentlich eine moralische darstellt, wird die offene Unkorrektheit entgegengestellt. Das ganze antidiskriminierende Gerede soll endlich beendet werden, weil es zu nichts weiter führt als zur Schwächung aller. Die ehemals Privilegierten, die ihrer Ansicht nach der Sklavenmoral der Political Correctness auf den Leim gegangen sind, wollen sich nun wieder mit allen Mitteln ihrer Macht versichern und dabei mit aller Rücksichtslosigkeit vorgehen, die Nietzsche dem Leben als dem Willen zur Macht zugesprochen hat. Nur das Eine können sich diese ehemals Mächtigen nicht mehr leisten: die Ignoranz gegenüber den vorgeblich Schwachen und ihrer im Anschluss an Nietzsche vergiftenden, lebensfeindlichen Moral.

### Wut, Hass und Verachtung

Die populistische Politik vollzieht sich nicht nur auf der Ebene politischer Ereignisse in institutionalisierten Debatten, Entscheidungen und Interventionen, sondern verweist vielmehr auf eine die Tagespolitik bedingende Dynamik des Politischen, die dieses Tagesgeschäft durchherrscht, ähnlich wie Heidegger konstatierte, dass alles Seiende vom Sein durchherrscht sei (Marchart 2010: 18f.; 25ff.). Im Kontext des Politischen spielen politische Emotionen eine zentrale Rolle. Ein politisches System ist nicht allein getragen von einer politischen Struktur, die regelt, wer was in welchem Modus und unter welchen Bedingungen entscheidet, sondern diese Struktur stellt erst die Auswirkung einer das jeweilige System bestimmenden emotionalen Befindlichkeit dar. Die Philosophie der Emotion markiert einen Unterschied zwischen Gefühl und Befindlichkeit (Heidegger 2001: 134ff.). Während Gefühle situativ wechseln und an konkrete Objekte bzw. Situationen gebunden sind, zeichnen sich Befindlichkeiten durch eine gewisse Dauerhaftigkeit und relative Unabhängigkeit von Umstandsfaktoren und Objekten aus (Demmerling/Landwehr2007: 5, anders Engelen 2007: 9). Montesquieu zeigt diesbezüglich die Befindlichkeit der Angst vor dem Terror im Kontext einer Despotie auf im Vergleich zur Liebe zur Gleichheit in der Demokratie sowie zur Liebe zur Ehre als tragende Grundbefindlichkeiten der Aristokratie (2011: Buch 2, Kap 3ff.). Nicht die rechtliche Struktur, sondern der diese Gesetze tragende Geist dieser Gesetze erfüllt erst die rechtlich strukturierten Institutionen mit zwischenmenschlichem Leben. Tocqueville beobachtet denn auch in der amerikanischen Demokratie des 19. Jahrhunderts eine basale Befindlichkeit im Umfeld der „aufgeklärten Selbstliebe“ bzw. des „wohlverstandenen Eigennutzes“, die die amerikanischen Bürgerinnen und Bürger dazu führt, mit ihresgleichen zu koope-

rieren und im Politischen zu interagieren (1987: 179ff.). Schließlich interpretiert Arendt den Totalitarismus als neue Staatsform, die auf einer neuartigen Grundbefindlichkeit aufruft, der Verlassenheit, die Opfer und Täter gleichermaßen in den Strudel des Terrors zieht (1995: 724.727).

Grundbefindlichkeiten basieren das Politische, in ihrem Modus erscheinen erst politische Ereignisse und werden politische Entscheidungen gefällt. In ihrem Kontext wird die Realität wahrgenommen und Handlungsziele gegeneinander abgewogen. Allerdings zeigt die Phänomenologie der Emotion, dass es spezifische Emotionen gibt, die sich als in sich vorurteilhaft erweisen. Sie blenden insgesamt von der Phänomenalität ab und zeigen sich als Realität verleugnend bzw. verweigernd. Es mangelt ihnen die Fähigkeit, unterschiedliche Ziele und Interessen gegeneinander abzuwägen. Sie tendieren zur Maßlosigkeit (Demmerling/Landwehr2007: 9). Das gilt zum einen für die Liebe, die den Zwischenraum zwischen den Liebenden und damit die Welt insgesamt verbrennt und damit die das Politische tragende Liebe zur Welt vernichtet (Arendt 2001: 309f.; Derrida 2015: 100). Liebe zeigt sich weltlos, sie vergisst in der Intimität zwischen Liebenden und Geliebten die Welt um sich herum und erweist sich damit als radikal unpolitisch. Politik auf der Basis der Liebe hätte fatale Konsequenzen für die Welt. Die Welt würde letztlich an ihr zugrunde gehen. Noch gefährlicher schätzt Machiavelli die Gefahr für das Politische durch den Gegenpol ein: durch Hass und Verachtung. Auch diese beiden Emotionen zeigen sich maßlos. Ihnen entgeht die Fähigkeit, sich mit anderen Emotionen und Interessen zu relationieren. Die Emotion dominiert alle Nützlichkeitskalküle, sie wird im Zweifelsfall auch um den Preis des eigenen Untergangs verfolgt. Insofern bergen diese Emotionen die größte Gefahr für den Bestand des Politischen und sind für Machiavelli unbedingt zu vermeiden. Dabei zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Hass und Verachtung. Während insbesondere politische Willkür den Hass der Bürger gegen die Politik schürt, ist es die Offenbarung von Durchsetzungs- und Handlungsschwäche, die die Verachtung der Bürger hervorruft (2001: Kap. 19). Wer den Hass oder die Verachtung der Bürgerinnen und Bürger auf sich zieht, ist dem politischen Untergang geweiht, insofern diese Emotionen die politische Unterstützungsbereitschaft insgesamt entziehen.

Doch nicht nur in Bezug auf ihre Ursachen unterscheiden sich Hass und Verachtung. Während der Hass als „heißes Gefühl“ (Demmerling/Landwehr2007: 296) beschrieben werden kann, das als diametraler Gegensatz zur Liebe aktiv wird und in Interaktion tritt und insofern noch durch die Reaktion korrigierbar ist, zeigt sich die Verachtung als „kaltes Gefühl“ aus der Position der Distanz, die Kontakt konsequent vermeidet und im „sozialen Tod“ des Verachteten mündet

(299). Letztlich gibt sich die Verachtung nicht mit dem Ausschluss aus dem politischen Geschehen zufrieden, sondern betreibt den Ausschluss aus der menschlichen Gemeinschaft insgesamt (Margalith 2012: 15) und immunisiert sich auf diese Weise von jeder Möglichkeit, durch die Reaktion der Umwelt korrigiert zu werden.

Vor diesem Hintergrund erhält der Begriff der Verachtung eine ganz anders gelagerte Bedeutung als in Nietzsches Konzeption. Denn vornehm versus verächtlich bildet nach Nietzsche gerade den zentralen Wertungsmaßstab der Herrenmoral, den die Ressentiment-geladene Sklavenmoral auf der anderen Seite mit gut versus böse markiert. Die Mächtigen, die weißen Amerikaner, um auf die Inaugural Address zurückzukommen, sind sich ihrer offensichtlichen Überlegenheit voll bewusst. Mit ihrer kolonialisierenden Ideologie nehmen sie Nichtweiße oder gar Nichtamerikaner nur schemenhaft wahr. Diese verächtliche Ignoranz können sich diese vorzugsweise männlichen, weißen Amerikaner nicht mehr leisten. Sie sehen sich gezwungen, Front zu machen gegenüber denen, die sie ihrer Vormachtstellung berauben wollen und müssen dazu die moralischen Implikationen sozialer Gerechtigkeit direkt bekämpfen mit der Formel „Wir zuerst – America first“, koste es, was es wolle. Die Verachtung verliert hier das, was Nietzsche ihre spezifische „Nachlässigkeit“ nennt: „In der That ist in der Verachtung zu viel Nachlässigkeit, zu viel Leicht-Nehmen, zu viel Wegblicken und Ungeduld mit eingemischt, selbst zu viel eigenes Frohgefühl, als dass sie im Stande wäre, ihr Objekt zum eigentlichen Zerrbild und Scheusal umzuwandeln.“ (KSA 5: 271)

Das, was im gegenwärtigen Diskurs gerne Populismus genannt wird, der in der Regel dann mit Rechtspopulismus identifiziert wird, gruppiert sich um die politische Nutzung dieses neuartigen Gefühls, des Gefühls einer nicht mehr nachlässigen und ignorierenden, sondern vielmehr aggressiven Verachtung. Sie hat nicht den Charakter von Hass, insofern die Verachtung nicht die Auseinandersetzung und den Konflikt sucht, sondern sie versucht konsequent, den Ausschluss der Verachteten voranzutreiben und inklusive Maßnahmen konsequent zu desavouieren. Aber gerade die Aggressivität der Verachtung macht diese unglaubwürdig. Offensichtlich weiß die populistische Verachtung darum, dass sie die Reaktion der Umwelt nicht so ausblenden kann, wie sie es gerne täte.

Margalith trifft in Bezug auf die Verachtung die weiterführende Unterscheidung zwischen zivilisierten und anständigen Gesellschaften (2012, 13). Während in zivilisierten Gesellschaften die Menschen einander nicht demütigen durch Verachtung, sind es in anständigen Gesellschaften darüber hinaus die Institutionen, die nicht demütigen. Institutionen der Demütigung aufgrund systematischer Ungleichheit berufen sich im Allgemeinen immer noch auf das Argument der Tradition, die eine Gleichstellung Benachteiligter auch in der Vergangenheit nicht vorgesehen habe.

Sobald das traditionalistische Argument an Überzeugungskraft verliert, sind die Institutionen in der Pflicht, die Demütigung der Ungleichheit aufzuheben. Der gegenwärtige Rechtspopulismus versucht Entwicklungen hin zu mehr Anstand der öffentlichen Institutionen auf der Basis vielfältiger Antidiskriminierungsmaßnahmen zu unterlaufen mit einer Strategie offener Unzivilisiertheit, die Menschen nicht mehr strukturell, sondern offen ausgrenzt. Die Emotion der Verachtung, die keine Relativierung und keine Abwägung, auch keine moralische Reflexivität zulässt, bildet den Boden, aus dem diese Strategie ihre Energie bezieht.

Immer wieder wird in den öffentlichen Medien der Begriff des Wutbürgers bemüht. Doch Wut zeichnet sich durch klaren Situationsbezug aus, auf die diese Wut reagiert und dabei die Beherrschung verliert. Deshalb wirkt Wut auf die Beobachter eher peinlich als bedrohlich. Die Wut beherrscht vornehmlich die Straße, weniger die politischen Institutionen. Der vermeintliche Wutbürger zeichnet sich jedoch eher durch Hass aus, der keines Anlasses bedarf und keiner Abwägung fähig ist, gerade damit aber für die politische Kultur umso bedrohlicher ist. Doch Hass bleibt mit der Liebe verwandt, denn er beginnt dort, wo die Liebesgemeinschaft ihre Grenzen findet. Hass empfängt, wer nicht zur Liebesgemeinschaft gehört, insbesondere der sogenannte „Böse“, der die Liebe bedroht. Hass gehört also zum Ressentiment-Komplex. Hass sucht permanent den Kontakt, trifft in diesem Kontakt unweigerlich auf Widerstand und arbeitet sich an diesem Widerstand ab. Ganz anders die Verachtung, der progressive Ausschluss derer, die nicht dazu gehören sollen bzw. deren Argumente im politischen Diskurs einfach nicht zählen. Sie werden als überzählig erklärt.

Hass also ist der Liebe verwandt. Stellt die Liebe den emotionalen Modus gegenüber dem Freund dar, so der Hass gegenüber dem Feind. Günther Anders versteht insofern den Hass als Vollzug der Selbstbejahung durch Verneinung. Das Ich konstituiert sich durch Abgrenzung von denen, die nicht mit den Seinen identifiziert werden. Im Hass jedoch wird immer noch anerkannt, dass der Gegner ebenbürtig ist (1985: 14ff.). Mit ihm als anderem Ich wird die direkte Konfrontation gesucht und nur ersatzweise reagiert sich der Hass an einem Sündenbock ab. Das unterscheidet den Hass von der Verachtung. Verachtung vermeidet die Konfrontation, weil sie den Kontakt unter Gleichwertigen überhaupt negiert. An die Stelle des negierenden Kontaktes tritt bei ihr die Distanz. Die Verachteten sind diejenigen, deren Äußerungen nicht zählen, die überhaupt überzählig sind und deren Stimmen allenfalls als Lärm wahrgenommen werden (Rancière 2016: 55ff.). Der Verachtete vermag, wie Sloterdijk im Rückgriff auf Spinoza verdeutlicht, nicht das Interesse auf sich zu ziehen; was er oder sie sagt oder tut, ist schlicht irrelevant (2000: 44f.). Damit entfällt jede politische Form



der Konfliktaustragung. Verachtung mündet unweigerlich in die Verachtung des Politischen selbst.

Die spezifische Distanz der Verachtung zeigt sich damit als eine der Abwertung. Verachtung stellt jeder Gleichheitsforderung die postulierte Ungleichheit gegenüber. Sie bildet das Vorrecht derer, die sich als Eliten fühlen. Diese verachten alle anderen, die nicht dazu gehören, und betrachten sie als undifferenzierte Masse. Heidegger analysiert den Inhalt dieser Verachtung, das uneigentliche „Man“ als vergleichende „Abständigkeit“, normalisierende „Durchschnittlichkeit“ sowie „Einebnung“ aller Einzigartigkeit (2001: 126f.), der gegenüber der Verachtende sich selbst und seinesgleichen zur den Einheitsbrei des Niemand transzendierende Ausnahme eigentlichen Daseins (42f.) erklärt. Damit ist auch eine weitere Implikation der Verachtung gewonnen. Sie beraubt die Umwelt ihres jeweiligen Eigensinns und verallgemeinert (Plessner 1966: 213) sie unter Etiketten. Eigensinnig, kreativ, selbstbestimmt und selbstregulativ vollzieht sich nur die verachtende, selbsternannte Elite, hier spricht und handelt jemand, die Allgemeinheit zeigt sich dagegen als Niemand, als uneigentliche Masse der Unterschiedslosen. Es ist die moderne Massengesellschaft, die in der Überfülle der täglichen anonymisierten Begegnungen eine spezifische Distanz erzeugt, die der Verachtung Vorschub leistet (215). Es sind in ihr insbesondere die Medien digitaler Kommunikation der Nichtbegegnung, die Verachtungsdanken gerade provozieren. Hier verwandelt sich der Hass derer, die permanent an Handlungsgrenzen stoßen, in Verachtung, die nicht mehr die politisch qualifizierte Konfrontation sucht, sondern sich in die Welt der idiosynkratischen Urteile einschließt. Twitterbotschaften und Äußerungen in Chatrooms wollen nicht mehr überzeugen, sondern Eigenwillen behaupten in einer Welt der Unterschiedslosen, von der nur noch der Applaus gewünscht ist. Die soziale Distanz der Postmoderne wird zum idealen Nährboden für das Gedeihen der Verachtung, damit aber auch für eine existentielle Bedrohung des Politischen selbst. Es sind auf vielen Ebenen und in vielfältigen Institutionen der okzidentalen Welt die Verachtenden, die in die politischen Gremien drängen und damit das Politische von innen aushöhlen. Ob die politische Kultur darauf eine Antwort hat, bleibt bislang offen.

### Literatur

- Améry, Jean 2015: Ressentiments. In: Jean Améry: Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten. Neunte Auflage. Stuttgart, S. 114–144
- Anders, Günther 1985: Die Antiquiertheit des Hassens. In: Renate Kahle, Heiner Menzner, Gerhard Vinnai und Günther Anders (Hg.): Hass, die Macht eines unerwünschten Gefühls. Originalausg. Reinbek bei Hamburg, S. 11–32

- Arendt, Hannah 1995: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. I. Antisemitismus. II. Imperialismus. III. Totale Herrschaft. Ungek. Ausg. 4. Aufl. München, Zürich – 2001: Vita activa oder Vom tätigen Leben. 12. Aufl. München [u.a.]
- Breithaupt, Fritz 2017: Das Ressentiment ist Gift für die Politik. In: *philosophie Magazin* (Sonderausgabe 08), S. 38–42
- Demmerling, Christoph; Landwehr, Hilge 2007: Philosophie der Gefühle. Von Achtung bis Zorn. Stuttgart
- Derrida, Jacques 2015: Politik der Freundschaft. 1. Aufl. Frankfurt am Main
- Engelen, Eva-Maria 2007: Gefühle. Stuttgart
- Heidegger, Martin 2001: Sein und Zeit. Achzehnte Auflage. Tübingen
- Machiavelli, Niccolò 2001: Il Principe. Der Fürst. Unter Mitarbeit von Phillip Rippel. [Reprint]. Stuttgart
- Marchart, Oliver 2011: Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. 1. Aufl. Berlin
- Margalit, Avishai 2012: Politik der Würde. Über Achtung und Verachtung. 1. Aufl. Berlin
- Montesquieu, Charles Louis de Secondat de 2011: Vom Geist der Gesetze. Stuttgart
- Nietzsche, Friedrich (KSA) 1993: Jenseits von Gut und Böse. Vorspiel einer Philosophie der Zukunft. In: Friedrich Nietzsche: Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe, Bd. 5. 3. Aufl. München, S. 9–244
- Nietzsche, Friedrich (KSA) 1993: Zur Genealogie der Moral. Eine Streitschrift. In: Friedrich Nietzsche: Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe, Bd. 5. 3. Aufl. München, S. 245–412
- Plessner, Helmuth 1966: Über Menschenverachtung. In: Helmuth Plessner: Diesseits der Utopie. Ausgewählte Beiträge zur Kultursoziologie. Düsseldorf; Köln, S. 210–220
- Rancière, Jacques 2016: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. 6. Aufl. Frankfurt am Main
- Scheler, Max 2004: Das Ressentiment im Aufbau der Moralen. 2. Aufl. Frankfurt am Main
- Sloderdijk, Peter 2000: Die Verachtung der Massen. Frankfurt a.M.
- Tocqueville, Alexis de 1987: Über die Demokratie in Amerika. Zweiter Teil. Zürich
- Žižek, Slavoj 2015: Blasphemische Gedanken. Islam und Moderne. 6. Aufl. Berlin

Joachim Weber, Turmstraße 13, 67487 Maikammer  
E-Mail: j.weber@bs-mannheim.de



Rudolf Walther

## Macrons „komplexes Denken“ – und seine sehr simple bonapartistische Regierungstechnik

Den Begriffen „Bonapartismus“ und „Populismus“ ist gemeinsam, dass sie quer durch die Geschichte der Gesellschafts- und Herrschaftsformationen ziemlich beliebig verwendbar sind. Für Leo Trotzki etwa fallen die Präsidialregimes unter den Reichskanzlern Brüning und von Papen ebenso unter den Begriff „Bonapartismus“ wie die Diktaturen Stalins, Hitlers, Bismarcks Herrschaft oder des „österreichischen Bonapartismus“. Die Enthistorisierung und Verallgemeinerung des Begriffs ist nicht Marx zuzurechnen, der in seiner Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon“ (1852) eine historisch-politisch und sozialstrukturell präzise beschriebene, autokratische Gesellschaftsformation meinte.<sup>1</sup>

Wenn im Folgenden von „bonapartistischen Tendenzen“ oder „bonapartistischer Regierungstechnik“ in Frankreich die Rede ist, ist also nicht eine theoretisch anspruchsvoll begründete Gesellschaftsformation im Sinne von Marx gemeint, sondern ganz pragmatisch-deskriptiv nur das Charakteristische am Regierungshandeln unter den Verhältnissen und den Vorgaben der französischen Verfassung von 1958. In dieser pragmatisch-deskriptiven Perspektive verzichtet die folgende Analyse mit Bedacht auf Begriffsklötze der größeren Art von „Arbeit“ über „Demokratie“, „Hegemonie“ und „Herrschaft“ bis zu „Macht“, „Subjektivität“, „Klasse“ und „Volk“, wie sie für jede anspruchsvolle Gesellschaftsanalyse unverzichtbar, aber auch gefährlich verallgemeinernd sind.

### Empiriefreie Verallgemeinerungen und brachialer Determinismus

In Verallgemeinerungen verliert sich, wer unhandliche Begriffe wie „Norm“, „Macht“, „Herrschaft“ oder „Gewalt“ zu Pulver mahlt, um sie der Einfachheit

---

<sup>1</sup> Marx, Karl: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, MEW Bd. 8 (1972), 110 ff. Die beste Ausgabe: Karl Marx, 2007: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Kommentar von Hauke Brunkhorst, Frankfurt.

halber synonym verwenden zu können – zum Beispiel so als ob verbale Attacken und manifeste körperliche Angriffe in etwa dasselbe wären – etwa „Gewalt“. Das mündet zwangsläufig in einen grobianischen sozialen Determinismus, wie ihn jüngst Didier Eribon in seinem Bestseller „Rückkehr nach Reims“ exemplarisch vorführte.

Mit seinen empiriefreien Spekulationen zum Zusammenhang von „Gender“ und sozialer Herkunft kam er zur These, Bourdieu sei Soziologe geworden, weil er heterosexuell und bäuerlicher Herkunft gewesen sei, während Foucault wegen seiner Homosexualität und städtisch-bürgerlichen Abstammung bei der Philosophie gelandet sei. Das ist die intellektuelle Schwundstufe von geschlechter- bzw. sexualtheoretisch ambitioniertem Schwachsinn, der auf feingemahlten Begriffen beruht, die – lange geknetet und gut gewässert – als dünner Theorieteig im akademischen wie im Kulturbetrieb zu „Theorien“ und „Ansätzen“ schnellgebacken werden.

Auffranzösische Verhältnisse bezogen, heißt das etwa: So wenig Marine Le Pens Partei „die“ Kommunisten als Wählerschaft gewonnen hat, wie sich die deutschen Feuilletons den Familienroman „Rückkehr nach Reims“ von Didier Eribon für den deutschen Hausgebrauch zurechtlegten oder „die Hälfte der Französischen Arbeiter“ den „Front National“ gewählt haben, wie Claus Leggewie aus gehöriger Distanz zu den Realitäten spekulierete<sup>2</sup>, so wenig mobilisierten Alexander Gauland und Alice Weidel bei den letzten Bundestagswahlen „die“ sprichwörtlichen Malocher an Rhein und Ruhr, „die“ Linken aus Ostdeutschland oder „die“ enttäuschten Sozialdemokraten.

### Bonapartistische Tendenzen in Macrons Regierungstechnik

Bonapartistische Tendenzen in der französischen Politik der Gegenwart kann man bei Marine Le Pen, der Rechtspopulistin und Chefin des „Front National“, wie auch beim französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron und seiner Bewegung „La République en marche“ (LRM) feststellen. Aber in beiden Fällen geht es nicht um den autokratischen Bonapartismus, wie ihn Marx analysiert hat, sondern nur um eine demokratisch kostümierte Regierungstechnik, die sich französischen Traditionen verdankt, insbesondere der Verfassung der V. Republik.

Der rechtspopulistische Populismus Marine Le Pens ist hier nicht das Thema, denn ihre angeblich bevorstehende Präsidentschaft beschworen fast nur deutsche

<sup>2</sup> taz vom 17.1.2017.

Medien. Gegen Marine Le Pen hätte auch „ein Pferd gewonnen“ (Alfred Grosser). Ihre Chancen, gegen Macron zu gewinnen oder auch gegen den im ersten Wahlgang ausgeschiedenen François Fillon, war eine Blase, wie sie nur das deutsche Feuilleton hervorbringen konnte.<sup>3</sup> Insofern ist es auch gar nicht sinnvoll, den Begriff Bonapartismus auf sie und ihre Partei zu übertragen, denn der Begriff Bonapartismus bleibt in allen Varianten auf das Regieren bezogen. Der bonapartistischen Regierungstechnik bedient sich bravourös der amtierende Staatspräsident Macron, der in der Nationalversammlung über eine absolute Mehrheit verfügt und die beiden früher dominierenden Parteien – die Konservativen und ihre Partei „Les républicains“ (LR) sowie die Sozialisten des „Parti socialiste“ (PS), neuerdings „Nouvelle Gauche“ marginalisierte, letztere förmlich dezimierte: von 293 blieben den Sozialisten ganze 30 Sitze im Parlament.

Die folgende Darstellung beschränkt sich auf die Analyse des Trends zu einer heuristisch neoliberal genannten bonapartistischen Regierungstechnik unter Mitwirkung der Bewegung „En marche“, Macrons Mitmarschierern im Parlament und in der Gesellschaft. Es geht hier also, vereinfacht gesagt, um eine Art „Bonapartismus light“.

### Linke Fehldeutungen von Macrons Erfolg

Macrons Erfolg beruht auf vielen Faktoren, aber mit Sicherheit nicht darauf, dass er eine sozial bestimmbare Wählergruppe, Klasse oder Schicht für sich und seine Mitmarschierer mobilisieren konnte. Eine österreichische Philosophin und der Chefreporter der taz gelangten im Kurzschluss von dieser ganz trivialen Einsicht zur „Erklärung“, Macrons Bewegung sei kein Kollektiv, sondern eine Formation von „Nichtgleichen“, womit die beiden meinen, „das Geheimnis des Macronismus“ gelüftet zu haben.<sup>4</sup> So als ob das Klientel, in dem jeder glaubt, „sein Ding“ zu drehen, aber faktisch nur dem neoliberalen Imperativ/Zeitgeist folgt, etwas mit „Nichtgleichheit“ zu tun hätte. Die „ihr Ding“ drehen, folgen dem gar nicht so stummen Zwang des kollektiven Konformismus der einfältigeren Art, der wie seine Vorgänger aus der Not eine Tugend macht. In den letzten 50 Jahren gab es

<sup>3</sup> Bei der Frankfurter Buchmesse 2017 war Frankreich Gastland, und Macron eröffnete die Veranstaltung. Volker Breidecker schrieb dazu in der SZ vom 11.10.2017, „noch vor einem Jahr musste man befürchten, die Messe des Jahres 2017 könnte Madame Marie (!! ) Le Pen eröffnet werden.“

<sup>4</sup> taz vom 29./30.7.2017 (Isolde Charim/Peter Unfried) sowie taz vom 20./21.8.2016 (Unfried).

keine nennenswerte soziale Bewegung, die auch nur annähernd einem Kollektiv von Gleichen geglichen hätte. Die soziale Bewegung der „Nichtgleichen“, von der das feuilleton-soziologische juste Milieu träumt, ist der aktuelle Sound von Betriebsidioten bzw. „identitätsprogressiven Kapitalisten“ (P. Unfried), die sich für Nonkonformisten halten. Das hatten wir schon ein paar Mal, nicht erst seit den Post-68ern, den Maoisten, den Punkern, den Hippies, den „sozial-ökologischen“ Klima-Aussteigern, den Tunixern oder der Generation Golf, um nur ein paar zu nennen.

### Macrons Erfolg und seine Regierungstechnik beruhen auf der Verfassung von 1958

Macrons Sieg stand lange vor der Wahl fest, weil das Wahlrecht und die Verfassung von 1958, die bonapartistische Züge trägt, Macrons Regierungstechnik, die sich diesen Zügen anschmiegt, entgegenkommen. Regierungstechniken sind etwas anderes als sozialstrukturell, politisch, religiös oder traditionell gegründete Interessenlagen von Wählern, die man nur grob vereinfachend Klassenlagen nennen kann, an denen sich Parteien und Regierende politisch mehr oder weniger stark orientieren.

Im Unterschied zum Bonapartismus, den man empirisch und theoretisch aufwendig analysieren kann, ist die bonapartistische Regierungstechnik im Rahmen der Verfassung von 1958 sozusagen mit bloßem Auge zu beobachten. Macron präsentiert sich als Garant des französischen Präsidentsystems, das sich demokratisch kostümiert hat und sich an die demokratischen Grundregeln – das allgemeine Wahlrecht und das Mehrheitsprinzip – hält, im Unterschied zu den historischen Bonapartismen. Dessen französische Spielart, wie sie die Verfassung von 1958 darstellt, enthält neben den demokratischen Grundregeln ein paar Spezialitäten, die den Regierenden den Schlüssel in die Hand geben, um den unabsehbaren Folgen der demokratischen Grundregeln durch die Hintertüre zu entkommen, d.h. die Grundregeln temporär zu unterlaufen oder zur Farce werden zu lassen. Im Gegensatz zum historischen, d.h. autoritär-antidemokratischen Bonapartismus droht die bonapartistische Regierungstechnik nicht mit Gewalt, sondern „nur“ mit dem temporären Ausnahmezustand und mit der Mobilisierung der vox populi mit Fernseh-Talk-Shows und Umfragen oder Volksbefragungen.

### Macrons Rhetorik: Schall und Rauch

Die Reden von Präsident Emmanuel Macron im Schloss Versailles und die Rede seines Premierministers Édouard Philippe im Juli in der Nationalversammlung hatten den Charakter von Rauchzeichen. Noch stärker gilt das für Macrons Rede vor der UN-Vollversammlung vom 19.9.2017, in der er „den“ Staaten „vollständiges Versagen“ in der Syrien-Krise vorwarf und nebenbei versprach, „die UNO neu zu erfinden“, und von seiner Rede in der Pariser Sorbonne am 25.9.2017, wo er „seine Universalformel zur Neufindung des Kontinents“ präsentierte, wie die FAZ vom 11.10.2017 ohne einen Hauch von Ironie berichtete. Macron selbst sprach wörtlich „nur“ von der „Neugründung eines souveränen, vereinten und demokratischen Europas.“ Solche Rauchzeichen sind, von Papstwahl abgesehen, etwa so verlässlich und haltbar wie die Weisheiten von Wetterfröschchen oder Berichterstattern, die ihre Botschaften aus Körperhaltung, gefühlter Handschlagintensität und Kleidung der G-20-Politiker errahnen. Macrons Reden bestanden aus sprichwörtlichem Schall und Rauch. Philippes Rede bot immerhin ein klares Rauchzeichen an die Raucher. Angesichts der Zahl von Krebstoten soll der Preis für eine Packung Zigaretten schrittweise auf 10 Euro erhöht werden. Darüber freuen sich die Zigaretten-Schmuggler europaweit – vom privaten Stangenschmuggler bis zu den Professionellen, die das Geschäft mit Sattelschleppern betreiben.

Der französische Präsident und sein Premier bewegten sich im Ungefähren. Das gilt vor allem für Macrons Versailler Rede. Ob er sich dabei an der „State of Union“-Botschaft orientierte, die George Washington 1790 einführte, oder mehr an John F. Kennedy, dessen Phrase von 1961 er wörtlich wiederholte, ist ungewiss: „Frage nicht, was Dein Land für Dich tun kann, sondern danach, was Du für Dein Land tun kannst.“. Auf jeden Fall führt Macron eine monarchische Tradition fort, die im frühen 19. Jahrhundert Ludwig XVIII., Karl X., der Bürgerkönig Louis Philippe und Napoleon III. (ab 1861) pflegten: Die Ansprache an das Volk mittels einer Parlamentsrede, wobei die Parlamentarier keine Möglichkeit hatten, direkt zu antworten. Macrons Rede in der königlichen Staatsoperette von Versailles folgte dieser Inszenierung en détail. Auch er nahm das Parlament von oben und von unten in die Zange. Von oben verkündete der Präsident mit monarchisch-folkloristischen Allüren vage Zumutungen ans Parlament, und dem Volk versprach er, seinen Willen notfalls mit einem „appel au peuple“, d.h. einem Referendum, durchzudrücken. Der Historiker Grégoire Franconie sprach von der „Entbeinung“ des Parlaments vor laufenden Kameras.

## Macron nutzt das Mehrheitswahlrecht

Deutlich wird dieser Zangengriff bei der überfälligen Wahlrechtsreform. Das französische Mehrheitswahlrecht ist ein Schlüsselement der bonapartistischen Regierungstechnik. Bei der letzten Präsidentschaftswahl lag die Wahlbeteiligung im zweiten Wahlgang unter 50 Prozent, auch weil der Sieger – dank des Mehrheitswahlrechts – schon lange feststand. Keine Chance für die Gegnerin Marine Le Pen. Jacques Chirac gewann in einer vergleichbaren politischen Konstellation gegen den Vater Le Pen 2002 glatte 82 Prozent der Stimmen, sein Schüler Macron musste sich mit 66 Prozent bescheiden und Marine Le Pen überholte ihren Vater deutlich. Louis Napoleon gewann 1848 die erste Präsidentschaftswahl mit allgemeinem Wahlrecht (für Männer) mit knapp 75 Prozent der Stimmen. Er präsentierte sich als Kandidat jenseits von links und rechts und für alle Franzosen. Eine Regierungstechnik mit Tradition.

Bereits im Präsidentschaftwahlkampf hatte Macron eine „Dosis Verhältniswahlrecht“ angekündigt, um die offensichtlichen demokratischen Defizite des Mehrheitswahlrechts zu lindern. Das wiederholte er jetzt in seiner Thronrede, ganz ohne Präzisierung. Er äußerte dafür den Wunsch nach effizienterer Parlamentsarbeit in der Manier eines Betriebsanierers („weniger, schnellere, bessere, billigere Gesetze“). Um das zu erreichen, will Macron die Zahl der Sitze in der Nationalversammlung um ein Drittel von 577 auf 400 und im Senat von 348 auf 230 verringern. Dem Parlament drohte Macron mit einem Referendum, falls es an seiner Selbstbeschränkung nicht willig mitwirke. Selbstherrlichkeit gegen Selbstbeschränkung – so läuft „effiziente Politik“ (Macron) im Zeichen der bonapartistischen Regierungstechnik.

## Effizienz auf Kosten der Demokratie

Der gelernte Banker kennt sich aus: wer die Rendite/Effizienz steigern will, muss hart durchgreifen, Personal umbesetzen oder noch besser gleich abbauen. So plant er, 200 Spitzenbeamte nach amerikanischem Vorbild auszutauschen und durch garantiert loyale Mitmarschierer zu ersetzen. Im Namen der Effizienz teilt er dem Premierminister einen Teil der gemeinsamen Chefberater zu, und auf „Effizienz“ setzt der Ex-Banker auch bei der Neugründung Europas, wie er sie in der Sorbonne-Rede skizzierte.

Was die angestrebte Effizienzsteigerung der parlamentarischen Arbeit betrifft, so vertraut Macron auf zweierlei: auf Richard Ferrand, den Chef der LRM-Parlamentsfraktion und auf sich selbst bzw. auf seinen Hang zum Autoritarismus. Richard Ferrand (Ex-Sozialist von der politischen Statur derer, die man in der

SPD nach dem Abgeordneten Karl Herold (1921–1977) Kanalarbeiter nannte) ist der parlamentarische Einpeitscher von Macrons parlamentarischen „Mitmarschierern“, nachdem er wegen Korruptionsverdachts als Minister aus der Regierung ausscheiden musste. Er führt die Fraktion mit eiserner Faust in Feldwebelmanier und hat sie auf Treue und Gefolgschaft dem Präsidenten gegenüber eingeschworen: Redefreiheit in der Fraktion, Schweigegebot in der Öffentlichkeit. Von diesem Parlament ist Widerspruch nicht zu befürchten. Ein Abgeordneter beschrieb seinen Auftrag offen damit, die Vorlagen der Regierung „möglichst schnell zu verabschieden“. Das Statut, das Ferrand der Fraktion verpasste, spottet der Idee vom „freien Mandat“. Änderungsanträge zu Regierungsvorlagen müssen die LRM-Abgeordneten dem Fraktionschef vorlegen, bevor sie sie einreichen dürfen. Die Unterstützung von Anträgen anderer Fraktionen ist schlicht untersagt. Die Vertrauensabstimmung vom 4. Juli gewann der Premierminister mit 370 Stimmen.

## Macrons Autoritarismus in der Verfassung vorgesehen

Macrons „Hang zum Autoritarismus“ hat selbst Michaela Wiegel erkannt, die sonst nur Lobtiefendes über den Mann zu berichten weiß.<sup>5</sup> Autoritäre Neigungen im vollen Ausmaß des verfassungsmäßig Erlaubten bewies Macron, als er den Generalstabschef Pierre de Villiers, der Kürzungen am Wehretat kritisierte, zuerst öffentlich abkanzelte wie seinen Laufburschen („Ich habe Entscheidungen getroffen. Ich bin Ihr Chef. Ich brauche keinerlei Druck oder Kommentar“) und dann zum Rücktritt zwang. Mehrere pensionierte Generäle, die nichts mehr zu befürchten haben, protestierten energisch gegen den „knabenhaften Autoritarismus“ (General Vincent Desportes), der das in der Demokratie unabdingbare gegenseitige Vertrauen von Politik und Militär zerstöre.

Die autoritäre Machtfülle des Präsidenten ist in der Verfassung der V. Republik vorgesehen. Macron bekennt sich offensiv dazu: „Ich glaube an die Institutionen der V. Republik und ich werde alles, was in meiner Macht liegt, tun, damit sie so funktionieren, wie der Geist, der sie hervorgebracht hat.“ Man kann das als Bekenntnis zur Verfassungstreue verstehen. Aber Macron ergänzte die Selbstverständlichkeit mit der Drohung, ihm werde es darum gehen, „etwas mehr Vertikalität zu akzeptieren. Denn die wahre Autorität besteht darin, sich die Ordnung der Dinge nicht von jenen aufdrängen zu lassen, die uns bestürmen. Wir müssen

<sup>5</sup> FAZ vom 3.8.2017.

die Herrschaft über unseren eigenen Fahrplan, über unsere eigenen Prinzipien behalten und nicht davon abweichen“.<sup>6</sup>

Das Kräfteverhältnis zwischen dem französischen Präsidenten und dem Premierminister weist momentan ein noch größeres Gefälle auf als in der Verfassung ohnehin vorgesehen. Der Premierminister ist ein General ohne Truppen und ohne Parteiapparat, denn die Loyalität der Parlamentsmehrheit der „Macronistes“ gilt dem präsidentialen Chef und nur ihm. Eine Macron-Partei besteht nur in rudimentärer Form. Zugespißt gesagt, sind die Mitmarschierer Macrons Geschöpfe und „Zuarbeiter“. Als Macrons Umfragewerte dramatisch einbrachen, wandte sich „Jupiter“ mit einem Appell an „seine“ Abgeordneten: „Ich möchte sie in den Morgensendungen (des Fernsehens, RW) sehen, Sie müssen eine Bilanz verteidigen, auf Sie stolz sein dürfen“.

### Arbeitsrechtreform nach Gutsherrenart

Ein Musterbeispiel für die Kombination von Autoritarismus und bonapartistischer Regierungstechnik ist die Durchsetzung der Arbeitsrechtsreform. Macron, mittlerweile Staatspräsident und von der Parole „Effizienz“ als Imperativ politischen Handelns überzeugt, unternahm den zweiten Anlauf zur Arbeitsrechtsreform und kombinierte den Imperativ „Effizienz“ mit Bauernschläue. Macron, sein Premierminister Édouard Philippe und die neue Arbeitsministerin Myriam Pénicaud ließen die Nationalversammlung am 2. August ein Vollmachtengesetz mit 270 : 50 Stimmen abnicken, das der Regierung freie Hand gibt, die Arbeitsrechtsreform mit Dekreten („Ordonnances“) durchzusetzen, die den Status von Gesetzen erhalten, sobald sie vom Parlament ohne Diskussion und Änderungen en bloc ratifiziert werden.

Die Beratung des Vollmachtengesetzes wurde unmittelbar vor der Sommerpause angesetzt – in die Zeit des politischen Sommerlochs. Die Änderungsvorschläge der Opposition wurden im Parlament von der absoluten Mehrheit der Macron-Mitmarschierer diskussionslos abgebügelt. So läuft Demokratie im Effizienz-Modus.

Den genauen Inhalt der Dekrete erfuhr das Parlament erst am 31. August. Die Zwischenzeit nutzte die Arbeitsministerin Muriel Pénicaud für Verhandlungen mit den Sozialpartnern – Gewerkschaften und Unternehmerverbänden – hinter verschlossenen Türen, um das Protestpotential vorab zu neutralisieren. So gelang

<sup>6</sup> NZZ vom 25.7.2017.

es ihr, die drei großen Gewerkschaftsverbände zu spalten: nur die CGT kündigte prinzipielle Opposition und Protestdemonstrationen an. CFDT und FO äußerten milde Vorbehalte.

Die Reform bündelt auf 159 Seiten 36 Maßnahmen, die rund 3000 Seiten des unübersichtlichen und komplexen „Code du travail“ ersetzen sollen. Doch ganz schwere Brocken, etwa die 37 unterschiedlichen Rentensysteme und die neun Sozialhilfe-Regelungen, differenziert nach Bezugsgruppen, blieben dabei ebenso wenig berücksichtigt wie die sozialrechtlichen Normen für Beamte, unter denen Macron in fünf Jahren 120 000 Stellen streichen möchte. Dagegen demonstrierten Anfang Oktober alle Gewerkschaftsverbände gemeinsam.

Die Grundzüge der Arbeitsrechtsreform sind übersichtlich. Die Arbeitszeiten sollen auf betrieblicher Ebene geregelt und der Auftragslage angepasst werden können. Hindernisse bei der Entlassung entfallen, und Abfindungen für Entlassene werden im Namen unternehmerischer Flexibilität gedeckelt. Im Gegenzug erhalten Arbeitnehmer das Versprechen für mehr Sicherheit durch die Stärkung des „sozialen Dialogs“.

Dieser „Dialog“ wird erleichtert dadurch, dass Gewerkschaften in Betrieben bis zu 50 Beschäftigten – also in der Hälfte der privaten Unternehmen – nichts mehr zu sagen haben werden. Hier „verhandelt“ der Unternehmer mit einem von der Belegschaft gewählten Betriebsrat. Das ist mehr oder weniger ein Freibrief zur Errichtung eines „Herr-im-Haus-Regimes“, mit dem die Belegschaft mit Entlassungsdrohungen und fingierten Zahlenwerken über die Geschäftslage fast beliebig erpresst und getäuscht werden kann. „Le Monde“ (16.9.2017) spricht von einer „Refeudalisierung“ der sozialen Beziehungen durch die Reform.

Die Reform, die von einer Parlamentsmehrheit durchgewinkt wurde, der man nachsagt, sie sei repräsentativer zusammengesetzt als die von den alten Parteien dominierten, früheren Parlamente, ist faktisch ein Zusammenspiel von Technokratie und präsidentialem Autoritarismus und bonapartistischer Regierungstechnik: Die Technokraten in der Verwaltung hecken die Lösungen aus, und die Exekutive setzt sie mit Hilfe eines willigen Parlaments aus politischen Novizen und der Machtfülle des Präsidenten um. Im Namen der „Deregulierung“ werden so Individuen der Fremdherrschaft unerbittlicher Marktregeln ausgeliefert. Die Fesseln, von denen Macron das „verkrustete Frankreich“ befreien will, werden ersetzt durch effizientere im Sinne des Marktes. Macrons „Reform“ entfesselt Frankreich nur in dem Sinne, dass sie dem Land die Ketten des neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells anlegt.

## Macrons „vornehme“ Ideologie

In seinen Reden bedient sich Macron der Geschichte als Transmissionsriemen und versteht seine Rolle als Politiker, „eine Ideologie im vornehmen Sinne des Wortes zu transportieren, eine gemeinsame Vision des Landes und seiner Werte“. Im Mittelpunkt von Macrons affirmativ verstandener „Ideologie“ steht „eine neue Form demokratischer Autorität“, die an die Stelle des seit dem Königsmord von 1793 verwaisten Throns treten sollte – also der demokratische Monarch, der schon im Wahlkampf den „Tod der politischen Parteien“ verkündete. Natürlich ist Macron kein geheimer Monarchist, der „zur unverschämten einfachen Herrschaft von Säbel und Knute“ zurückkehren möchte, sondern ein demokratisch geläuterter Bonapartist.<sup>7</sup>

Wie tot die politische Debatte in Frankreich bereits ist, erwies sich in der Diskussion über den seit November 2015 herrschenden Ausnahmezustand. Macron hat im Wahlkampf versprochen, den Ausnahmezustand zu beenden. Vorher verlängerte das Parlament allerdings mit der Mehrheit der „Mitmarschierer“ den Ausnahmezustand bis November 2017. Danach durfte es einem Gesetz zustimmen, das fast alle polizeilichen Extrakompetenzen, die der Ausnahmezustand hergibt – Wohnungsdurchsuchung ohne richterliche Entscheidung zu jeder Tages- und Nachtzeit, Ausgangssperren, Hausarrest, Sicherheitszonen etc. –, in einem Gesetz festschreibt. Das willige Parlament soll das Gesetz abnicken, oder es riskiert, dass der Präsident zur konstitutionell vorgesehenen Keule greift und das Gesetz per Dekret – am Parlament vorbei – in Kraft setzt. Einzig ein kommunistischer Abgeordneter erinnerte seine willigen Kollegen und den Präsidenten an demokratische Spielregeln: „Es sind die Abgeordneten, die das Gesetz machen. Der Präsident hat uns nicht zu sagen, was wir tun müssen.“ Dieses demokratisch sehr zweifelhafte Vorhaben könnte nur noch der „Conseil Constitutionnel“ (Verfassungsrat) stoppen angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament.

Regieren per Vollmachtengesetz oder direkt per Dekret nach Artikel 49/3 der Verfassung läuft in etwa auf dasselbe hinaus. Das Parlament wird legal umgangen oder ebenso legal ausgeschaltet. 1958, als die Verfassung de Gaulles für die V. Republik verabschiedet wurde, unterstellte François Mitterrand dem General, er etabliere damit „den Staatsstreich in Permanenz“. Das wird nicht falsch deshalb, weil Mitterrand selbst, als Präsident nach 1981, die Verfassungsspielräume zu nutzen wusste.

7 Marx, Der achtzehnte Brumaire (s. Anm. 1), S. 118.

Zur bonapartistischen Regierungstechnik gehört auch Macrons Umgang mit der Presse. Bis jetzt hat er der ausländischen Presse zwei Sammelinterviews gegeben und einem französischen Journalisten der Boulevard-Sonntagszeitung „Journal du Dimanche“ sowie dem konservativen Wochenblatt „Le Point“. Darin lobte er sich selbst, wie er Präsident Donald Trump eine Lektion zur Klimapolitik und zur Bekämpfung des Terrorismus erteilte: „Trump hat mir gesagt, dass er versuchen werde, in den nächsten Monaten eine Lösung zu finden“. Anfragen für ein Interview anderer Zeitungen beantwortete der Elyséesprecher mit dem Hinweis, das „komplexe Denken“ des Präsidenten eigne sich nicht für Frage-Antwort-Spielchen mit Journalisten. Macron wollte auch entscheiden, welche Journalisten ihn auf seiner Reise nach Mali begleiten durften. Das bewog sozusagen die gesamte französische Presse zu einem Protestschreiben an den Autokraten. Macrons Kommunikationsberaterin Sibeth Ndiaye bekannte öffentlich: „Ich stehe vollkommen dazu zu lügen, um den Präsidenten zu beschützen“. Auf Nachfragen des NZZ-Korrespondenten ging sie gar nicht erst ein.<sup>8</sup>

Marx' enge Fassung des Begriffs Bonapartismus ging davon aus, dass die Bourgeoisie auf die politische Herrschaft verzichte zugunsten eines autokratischen Herrschers, der sich auf ein soziales Konglomerat Deklassierter unter dem Namen „Lumpenproletariat“ stützte, das ihm dank des allgemeinen Wahlrechts und plebiszitärer Entscheidungen die Zustimmung einer Mehrheit verschafft habe. Dieser Begriff beruhte auf der Annahme, Interessen von sozialen Klassen oder Teilen davon beruhten auf „Arten des Eigentums“ (Marx) und setzten sich 1 : 1 in Politik um. Die Plausibilität und Evidenz eines so begründeten Konzepts kann nur durch empirisch orientierte, sozialhistorische Forschung erbracht werden. Unbrauchbar ist dagegen die seit Engels geläufige Verallgemeinerung des Begriffs Bonapartismus: „Der Bonapartismus ist doch die wahre Religion der modernen Bourgeoisie“.<sup>9</sup> Damit wurde eine historisch nachweisbare Gesellschaftsformation zur „normalen Form“ bürgerlicher Herrschaft verallgemeinert. Historisch spezifische Züge bürgerlicher Herrschaft verschwanden so im begrifflichen Nebel.

*Rudolf Walther, Oranienstr. 41, 65812 Bad Soden a.T.  
E-Mail: rudolf.walther@t-online.de*

8 NZZ vom 25.7.2017.

9 Engels an Marx, 13.4.1866, MEW Bd. 31 (1973), S. 208.



Theo Rauch

## „Hunger ist Mord“ – Populistische Tendenzen in der Entwicklungspolitik?

### Einleitung

„*Hunger, meine Damen und Herren, Hunger ist Mord!*“. Diese deutliche Aussage entsprang nicht etwa dem Mund eines Menschenrechtsaktivisten einer linken NGO. Sie kam vom deutschen Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU). Geäußert vor internationalen Gästen im Rahmen der Eröffnungsrede der „Rural Future“-Konferenz am 27.4.2017. Langer Beifall nach diesem Satz. Ein Minister der Bundesregierung, der solch deutliche Worte wagt – das hätte man nicht erwartet. „Der hat das Herz am rechten Fleck!“ hörte ich eine progressiv einzuschätzende Kollegin in der Pause urteilen. „Klingt aber etwas linkspopulistisch“ hielt jemand dagegen. „Naja, ich sehe darin eher eine dramatisierende Zuspitzung, die uns betroffen machen und an unsere Verantwortung erinnern soll“ entgegnete ein Kollege.

Gibt es Populismus also auch auf dem Feld der Entwicklungspolitik? Derart zugespitzte, emotionalisierende Thesen sind weit verbreitet auf diesem Politikfeld. Aber handelt es sich dabei stets um Populismus? Und wenn ja, muss man das als problematisch bewerten? Und steht das in einem Zusammenhang mit der derzeit beobachtbaren weltweiten Renaissance des Populismus, welche in diesem Heft thematisiert wird? Diese Fragen sollen hier geprüft werden. Das geht aber nicht, ohne kurz auf die kontroverse Definitionsdebatte um den Populismusbegriff einzugehen.

In Anlehnung an die Begriffsklärung im Editorial wird in diesem Beitrag Populismus verstanden als Politik einer speziellen Verknüpfung von politischen Inhalten mit bestimmten Kommunikationsformen, charakterisiert durch

- dichotomisierende, an Gemeinschaftsgefühle appellierende, gegen „*die Andern*“ gerichtete und tendenziell antipluralistische, aber nicht eindeutig ideologisch verankerte politische Botschaften;



– verbunden mit emotionalisierenden, bewusst parteiischen, krass vereinfachenden, verbreitete Befindlichkeiten aufgreifenden und an niedere Instinkte appellierende Kommunikationsformen (Stegemann 2017).

Im Unterschied zu einer lediglich populären Form zuspitzender politischer Argumentation, wie sie Politiker jeglicher Couleur benutzen, ist Populismus demnach anti-aufklärerisch, anti-humanistisch und anti-pluralistisch und folglich tendenziell demokratiefeindlich. Entsprechend diesem Begriffsverständnis gibt es also keinen „demokratischen Populismus“ (Prantl 2017). Im Unterschied zu ideologisch vorgeprägten politischen Strömungen wie Nationalismus oder Sozialismus ist Populismus inhaltlich beliebiger. Mal werden andere Ethnien, mal Religionsgemeinschaften, mal „die Eliten“ zu Feindbildern aufgebaut. Populismus hat zwar Schnittmengen mit politischem Extremismus, ist aber nicht damit gleichzusetzen. Rechte wie linke Extremisten bedienen sich populistischer Strategien. So, wie Populisten sich wahlweise nationalistischer oder sozialistischer Argumentationsmuster bedienen. Dennoch passen Populisten wie Trump nicht einfach in die Rechtsextremismus-Schublade.

## Die aktuelle weltweite Hochkonjunktur des Populismus und deren Triebkräfte

Seit etwa einem Jahrzehnt finden populistische Strömungen zunehmende Unterstützung, z.T. sogar Mehrheiten, in Nord und Süd. Prominente Beispiele in den Ländern des Globalen Südens sind der Hindu-Nationalismus von Modi in Indien, der rassistisch angehauchte Populismus Zumas in Südafrika, der brutale Law-and-Order Populismus von Duterte auf den Philippinen und linkspopulistische anti-imperialistische und anti-elitäre Regierungen in Südamerika nach der Jahrhundertwende. Wie ist dieser nahezu zeitgleiche Siegeszug populistischer Strömungen in Gesellschaften mit solch unterschiedlichem Wohlstandsniveau und historischem Hintergrund zu erklären? Es gibt zwei verbreitete Antworten auf diese Frage:

1. Neoliberale Globalisierung: Die Zunahme des Populismus geht zeitlich einher mit der weltweiten Durchsetzung einer marktradikalen Globalisierung und deren exkludierenden, verunsichernden und kulturell entfremdenden Wirkungen. Als offen gegenüber populistischen Strömungen erweisen sich dabei nicht allein Unterschichten und ökonomische Globalisierungsverlierer, sondern auch die durch Arbeitsmarktderegulierung, Finanzkrisen, Einwanderung und Verlust staatlicher Steuerungsmacht verunsicherten proletarischen und kleinbürgerlichen Schichten.

2. Das „Kulturkampf“-Argument: Der Siegeszug der neoliberalen Wirtschaftspolitik ging – zumindest in den Wohlstandsgesellschaften des Nordens – einher mit einer Abwendung (links-)liberaler, meist akademisch gebildeter, sich als progressiv verstehender Eliten von den sozialen Belangen der arbeitenden Schichten, verbunden mit einer Hinwendung zu einem liberal-individualistischen Fortschrittsverständnis, diskriminierten Minderheiten und Themen wie Gender-, Flüchtlings- oder Umweltpolitik. Diese Reorientierung linksliberaler Eliten ist weitgehend mit der neoliberalen Umstrukturierung der Wirtschaft vereinbar (Fraser's „progressiver Neoliberalismus“, 2017). Sie führt aber zu einer Entfremdung (einst) linker Eliten von ihrer (einst so wahrgenommenen) „linken Basis“ des Arbeiter- und Angestelltenmilieus (Eribon 2016). Der europäische und nordamerikanische Rechtspopulismus spricht u.a. diese von linker Politik allein gelassenen Milieus an. Resultat ist eine Verschiebung der Bündiskonstellation: Wo sich einst Links (Arbeiter plus Linksliberale) und Rechts (Strukturkonservative plus Wirtschaftsliberale) gegenüberstanden, da stehen sich nun Oben (wirtschafts- plus linksliberale Eliten) und Unten (strukturkonservative Milieus plus Arbeiter) gegenüber (Stegemann 2017).<sup>1</sup>

Die beiden Erklärungsansätze sind komplementärer Natur. Nur in ihrer Verknüpfung können sie den aktuellen Vormarsch des Rechtspopulismus in den Wohlstandsökonomien des Globalen Nordens empirisch anhand der Herkunftsregionen, -parteien und -schichten populistischer Wähler erklären. In diesen Vormarsch reihen sich sowohl von der Liberalisierung konservativer Eliten frustrierte nationalkonservative Milieus (Tea-Party in USA, Teile der CSU-Klientel hierzulande) als auch sich von ökonomischer und kultureller Globalisierung und Exklusion bedroht fühlende Arbeiter- und Angestelltenschichten (Rust-Belt in USA, ehemalige Linke-Wähler in Sachsen) ein. Es geht also sowohl um ökonomische als auch um kulturelle Ausgrenzung bzw. Verunsicherung.

## Populistische Tendenzen in entwicklungspolitischen Diskursen

Das Verständnis dieser Zusammenhänge ist wichtig, wenn wir uns auf das Feld der Entwicklungspolitik begeben. Auch auf diesem Feld geht es um den Umgang mit den sozialen und kulturellen Folgen neoliberaler Globalisierung. Dabei sind zwei politische Felder zu unterscheiden: Der Kampf um politische Macht in den

<sup>1</sup> Das Scheitern der „Jamaika“-Koalition in Deutschland und die Friktionen innerhalb von CDU/CSU weisen darauf hin, dass diese Verschiebung der Bündiskonstellationen kein reibungsloser widerspruchsfreier Prozess ist.

Ländern des Globalen Südens und der Kampf um Unterstützung und Diskurs-hoheit im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (EZ):

- In den Ländern des Südens geht es um politischen Machterhalt unter dem Vorzeichen einer Reduktion nationaler wirtschaftspolitischer Gestaltungsmacht bei zunehmender sozialer Exklusion durch neoliberale Globalisierung.
- Auf dem Feld der EZ geht es erstens um Mobilisierung von Ressourcen für dieses Politik- und Geschäftsfeld, zweitens um wirtschaftliche und geopolitische Eigeninteressen am Geschäftsfeld EZ und drittens um einen Kampf der verschiedenen Schulen (Fachrichtungen und Ideologien) um die richtige Form der EZ.

Inwieweit, so lautet die Fragestellung dieses Kapitels, bedienen sich die Akteure in diesen Kämpfen populistischer Mittel, zu welchem Zweck und mit welchen Konsequenzen für das Politikfeld? Zuerst soll das Feld der Politiken in den Ländern des Südens beleuchtet werden, danach das Feld der internationalen EZ.

#### *Populistische Reaktionen auf neoliberale Globalisierung in den Ländern des Globalen Südens*

So unterschiedliche Länder wie Brasilien, Bolivien, Venezuela, Südafrika, Indien und Philippinen standen seit der neoliberalen Wende zu Beginn der 1990er Jahre der gleichen Herausforderung einer Globalisierung der Märkte gegenüber: Um weiterhin ihre Rohstoffe absetzen zu können und Zugang zu den Märkten der reichen Industrieländer zu erhalten, waren sie gezwungen, der Welthandelsorganisation WTO beizutreten und ihre Binnenmärkte zu öffnen. Dies resultierte zwar – zumindest in Phasen steigender Rohstoffpreise – in hohen Wachstumsraten. Dieses Wachstum führte aber nur zu geringen oder negativen Beschäftigungseffekten, war also mit steigender Arbeitslosigkeit und Verschärfung sozialer Gegensätze verbunden. Der daraus resultierenden Unzufriedenheit weiter Bevölkerungsschichten begegneten die Regierungen und deren charismatische Führer (wie Lula, Morales, Chavez, Zuma, Modi, Duterte) zum einen mit einer die nationale, ethnische, religiöse, anti-imperialistische (anti-westliche) oder auch Klassen-Identität stärkenden Rhetorik, mit der die Schuld an der Misere der angesprochenen Schichten nach Außen verlagert wurde, zum andern mit einer kompensatorischen Sozialpolitik (Plagemann & Ufen 2017). Da den Regierenden – zumindest im privatwirtschaftlichen Sektor – bei der Schaffung von Arbeitsplätzen die Hände gebunden waren, versuchten sie, sich durch Sozialhilfeprogramme, öffentliche Beschäftigungsprogramme, sozialen Wohnungsbau und Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur in Armenvierteln die nötige Legiti-

mation zu verschaffen. Neoliberale Wirtschaftspolitik ging somit einher mit linker Sozialpolitik. Gleichzeitig wurde die Unzufriedenheit über die soziale Schieflage und die kulturell irritierenden Folgen einer Modernisierung ohne breite Teilhabe in Feindbilder – wie US-Imperialismus, die Weißen, die spanischsprechende Oberschicht, die Moslems – kanalisiert. Rechtspopulisten lenkten die Wut auf nicht rational begründbare Sündenböcke, auf ethnische und religiöse Andersartige, Linkspopulisten auf die tatsächlich von der Ungleichheit profitierenden Schichten im In- und Ausland. Gemeinsam ist den populistischen Strategien, dass sie nichts zur Überwindung der ökonomischen Ursachen der Ausgrenzung beitragen konnten. Woraus sich – bei sinkenden Rohstoffpreisen und verringerter Umverteilungskapazität des Staates – der Niedergang des Linkspopulismus in Lateinamerika erklären lässt.

#### *Mit Populismus gegen und für die EZ*

Auch die Auseinandersetzung um die Verwendung von Steuergeldern der reichen Länder des Nordens für „Entwicklungshilfe“ ist durch populistische Tendenzen gekennzeichnet. Rechtspopulistische EZ-Kritik mobilisiert die Eigeninteressen der angesprochenen Bevölkerung gegen die Verwendung deutscher Steuergelder für EZ mittels einer Abwertung der Empfänger dieser Gelder. Dies geschieht meist durch Schuldzuweisungen für die Not in den „Entwicklungsländern“ an die betroffenen Gesellschaften: „Die kriegen zu viele Kinder!“, „Damit finanzieren wir nur die Goldenen Betten korrupter Politiker!“, „Die sollen erst mal ihrer Misswirtschaft beenden!“. Populistisch an solchen Argumenten ist nicht die Kritik an mangelnder Familienplanungspolitik oder schlechter Regierungsführung, sondern dass hier eine pauschale Abwertung anderer Völker (Trumps „shithole countries“ sind das jüngste Beispiel hierfür) anstelle einer Benennung der Verursachungszusammenhänge tritt. So werden Ressentiments mobilisiert.

Aber auch Verteidiger der EZ scheuen nicht vor populistischen Parolen zurück, wenn es darum geht, Unterstützung für mehr EZ-Mittel zu mobilisieren. Unter dem Vorzeichen der „Flüchtlingskrise“ hat die Behauptung „EZ = Fluchtursachenbekämpfung“ Konjunktur (Rauch 2017). Seit den Urzeiten der „Entwicklungshilfe“ gilt das Argument „EZ dient unserer Exportindustrie und schafft Arbeitsplätze hierzulande.“ als Klassiker für die Begründung des EZ-Budgets gegenüber weniger altruistischen Bevölkerungsgruppen. Was ist daran nun populistisch, wenn man davon ausgeht, dass jegliche internationale Zusammenarbeit sich auch an einem legitimen Eigeninteresse orientieren muss, um mehrheitsfähig zu sein? Zwei Gründe sprechen für den Populismusverdacht:

Zum einen werden bei einer Betonung kurzfristiger nationaler Eigeninteressen zugunsten von EZ die Ressentiments jener bedient, die grundsätzlich nichts zur Lösung von Problemen anderswo beitragen wollen, womit eine Aufklärung über die Notwendigkeit internationaler Kooperation zur Lösung globaler Probleme im langfristigen gemeinsamen Eigeninteresse verhindert wird. Zum andern werden Wirkungszusammenhänge postuliert, die sich nur durch Zweckentfremdung von EZ-Mitteln zulasten der intendierten Nutznießer (z.B. durch EZ-Finanzierung von Migrationsabwehrmaßnahmen) herstellen lassen. Die Anderen werden bei dieser Spielart des Populismus zwar nicht zum Feind erklärt, aber eben doch zu einem an sich irrelevanten Mittel zum nationalen Zweck degeneriert.

#### *Populismen bei der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen bzw. neoliberaler Politik*

Im Kampf um die „richtige“ Entwicklungspolitik spielen auch wirtschaftliche Interessen eine maßgebliche Rolle. So diente die Durchsetzung neoliberaler Politik durch „Strukturanpassungsprogramme“ zugunsten von Privatisierung und Öffnung von Märkten auch privatwirtschaftlichen Kapitalverwertungsinteressen. Diese erfolgt nicht allein mit Hilfe stark vereinfachender Argumente wie „Niemand kann auf Dauer über seine Verhältnisse leben!“. Sie bemüht auch Feinbilder: Die innovative, wohlstandsmehrende Kraft des privaten Unternehmertums, des kreativen, hart arbeitenden Mittelstands wird gerne einer ineffektiven und Privatinitiative behindernden staatlichen Bürokratie gegenübergestellt, welche den erarbeiteten Reichtum zugunsten der „Loser“ oder „Sozialschmarotzer“ umverteilt. Beispielhaft hierfür ist die Debatte um die Sicherung der Ernährung der Weltbevölkerung. Das internationale Agrobusiness legitimiert seine Expansionsstrategie einer Vollkommerzialisierung und Industrialisierung der kleinbäuerlichen Agrarwirtschaft in Afrika, Asien und Lateinamerika, indem sie alle nicht der Kapitallogik folgenden Subsistenzbauern, Pastoralisten und Wanderfeldbau Betreibenden zu defizitären, rückständigen Hindernissen für die Welternährung erklärt und sich selbst zum einzigen Garanten einer Welt ohne Hunger deklariert. Die Stigmatisierung der Kleinbauern als jene, die es nicht einmal schaffen, sich selber zu ernähren, impliziert eine Negierung der endogenen Produktivitätspotenziale kleinbäuerlicher Haushalte. Verursacher von Hunger sind gemäß der neoliberalen Erzählung also stets unzureichende Fähigkeiten der Menschen, nicht aber die diese behindernden Absatzmöglichkeiten auf globalisierten Agrarmärkten. Die Dichotomisierung folgt hier dem Schema: „Wir sind die Lösung, die Andern das Problem“.

#### *Linksliberale Ausweichstrategien bei der Suche nach entwicklungspolitischen Antworten auf die sozialen Folgen neoliberaler Globalisierung*

Auch hier geht es um Diskurshoheit bei der Auseinandersetzung um die richtige Entwicklungspolitik. Dem linksliberalen Mainstream in der internationalen EZ geht es dabei ähnlich wie vielen Regierungen im Globalen Süden: Man tut sich schwer im Umgang mit den Herausforderungen neoliberaler Globalisierung. Auch auf diesem Feld lässt sich das Phänomen des „progressiven Neoliberalismus“ (Fraser) diagnostizieren: Ohnmächtig gegenüber der marktradikalen Globalisierung und deren fragmentierenden Konsequenzen wendet sich das linksliberale Lager dem Thema Demokratisierung oder aber überschaubaren Spezialthemen zu, die mit neoliberaler Wirtschaftspolitik kompatibel sind (z.B. Korruptionsbekämpfung) oder nur deren krasse Auswüchse ansprechen (z.B. Landgrabbing, inhumane Arbeitsbedingungen). Einige Beispiele:

- Beim Problemfeld Exklusion wird der Fokus auf Minderheiten (indigene Völker), Gender und andere klar abgrenzbare, artikulationsfähige, solidaritätsgeeignete Bevölkerungsgruppen gerichtet. Die anonymen Massen der Arbeitslosen oder der marginalisierten Kleinbauern bleiben dabei meist ausgeblendet.
- Die stärker im Scheinwerferlicht stehenden Ausbeutungsverhältnisse innerhalb des kapitalistischen Sektors finden mehr Aufmerksamkeit als die Situation der Ausgegrenzten, die gar nicht erst die Chance des Zugangs zu Arbeits- oder Absatzmärkten erhalten. Dabei wird oft übersehen, dass die Lage der Letzteren derart prekär ist, dass sie verzweifelt um die Jobs der Erstgenannten Schlange stehen.
- Die Problematik der Kinderarbeit wird aus dem Gesamtkontext globalisierter Produktionsverhältnisse herausgegriffen. Auch wird sie auf eine Weise verrechtlicht, die den Reproduktionszusammenhang prekärer kleinbäuerlicher Lebenshaltungssysteme außer Acht lässt und das westliche Kindheitskonstrukt städtischer arbeitsteiliger Industriegesellschaften zugrunde legt.

Zu beobachten ist auch eine Fokussierung auf normative Debatten (Menschenrechtsansatz) einhergehend mit einer Ausblendung der realen Verursachungszusammenhänge menschenrechtswidriger Verhältnisse. Wenn aber z.B. die Agroindustrie behaupten kann, durch großbetriebliche Produktion globaler Nahrungsmittelüberschüsse dem Recht auf Nahrung zu dienen, auch wenn sie dabei Einkommensmöglichkeiten nahrungsun gesicherter ländlicher Bevölkerungsgruppen in Afrika vernichtet, dann verliert der bloße Verweis auf das Recht auf Nahrung seine politische Relevanz.

Die linksliberalen entwicklungspolitischen Diskurse sind in ihrer Zielsetzung progressiv und keinesfalls als populistisch einzuordnen. Sie versuchen, orientiert

an den Menschenrechten, die Situation von Unterprivilegierten zu verbessern. Sie weichen jedoch vor der Problematik einer marktradikalen, an Kapitalverwertungsinteressen orientierten ökonomischen Globalisierung zurück, die dazu tendiert, große Teile der Menschheit als Arbeitskräfte überflüssig zu machen und von existenzsichernden Aktivitäten auszuschließen. Sie haben sich von der großen Herausforderung einer sozioökonomischen Inklusion der Marginalisierten verabschiedet, verweisen hilflos auf die Notwendigkeit sozialer Sicherungssysteme – wohl in Ignoranz bzgl. der quantitativen Größenordnung des Problems. Insofern fungieren sie als Türöffner für populistische Reaktionen in den betroffenen Ländern.

Anzumerken ist, dass es sich bei der Skizzierung dieser Tendenzen auf wenigen Zeilen um vereinfachende Narrative handelt. Die einschlägigen Debatten sind komplexer. Doch deren gemeinsames Muster wird hier – hoffentlich – erkennbar.

### *Linkspopulistische Schemata*

Vereinfachende, zugespitzte Aussagen allein rechtfertigen nicht das Etikett Populismus. Hierzu gehören Feindbilder. Beim Linkspopulismus besteht das Feindbildschema generell aus dem Gegensatz Volk versus Eliten. In der Entwicklungspolitik geht es um den Gegensatz zwischen „den ausgebeuteten und marginalisierten Massen in den armen Ländern des Südens“ und den verursachenden Akteuren, wahlweise als „Imperialisten“, „globalisiertes Finanzkapital“, „wir alle in den reichen Ländern des Nordens“, „die Bretton Woods Institutionen“, „die gut verdienenden Entwicklungsexperten“ oder auch „die korrupten Machthaber in den Süd-Ländern“ zusammengefasst. Im internationalen EZ-Diskurs richtet sich die linkspopulistische Ansprache aber nicht an die betroffenen Bevölkerungsgruppen, sondern an die mit diesen sympathisierenden, solidaritätsbereiten zivilgesellschaftlich engagierten Gruppen. Das eingangs zitierte Beispiel der Aussage „Hunger = Mord“ aus dem Mund eines Bundesministers soll helfen, Wesen, Zweck und Folgen solch mutmaßlich linkspopulistischer Schuldzuweisungsschemata zu erläutern.

Die Aussage geht von der Existenz von Mördern aus, also von absichtsvoll und aus niedrigen Motiven den Hungertod herbeiführenden Akteuren. Ein anonymisierter Vorwurf, eine Anklage gegen die üblichen Verdächtigen wird in den Raum gestellt. Einfach ist die Täteridentifizierung dort, wo der Hungertod bestimmter Bevölkerungsgruppen ein Kriegsziel ist (z.B. Südsudan). Absichtsvoll herbei geführter Hunger erklärt aber nur einen Teil der Hungertoten. Soll also auf den Zusammenhang zwischen Nahrungsmittelspekulation und reduzierter

Erschwinglichkeit von Nahrung seitens der Armen hinweisen? Oder auf die absichtsvoll herbeigeführte Abhängigkeit von industriell produziertem Saatgut, das häufig nicht rechtzeitig zur Aussaat bei den Bauern ankommt? Oder aber – wie es US-amerikanische Gensaatgut-Lobbyisten tun – auf die Weigerung deutscher EZ, die behaupteten Segnungen genmanipulierter Sorten afrikanischen Bauern zugute kommen zu lassen? Oder sind jene unter uns angesprochen, die Nahrungsmittel wegwerfen? Oder afrikanische Väter, die ihr bescheidenes Einkommen lieber für ein Fernsehgerät ausgeben als für die Ernährung ihrer Kinder? Es gibt viele Wirkungszusammenhänge, die zu hoher Kindersterblichkeit führen und entlang dieser Wirkungsketten viele direkt und indirekt verantwortliche Akteure. Alles Mörder? Der diese – auch von Müller selbst thematisierten (Müller 2017) – komplexen Zusammenhänge vereinfachende Mordvorwurf mobilisiert Emotionen und wechselseitige Schuldzuweisungen, steht aber einer Analyse konkreter Verantwortlichkeiten im Weg.

Die „Hunger = Mord“-These passt in das populäre Schema des Skandalisierens. Skandalisieren kann dem Zweck dienen, durch Zuspitzung aufzurütteln oder aber den Beifall einer empörungsbereiten Gefolgschaft zu ernten, bei der ein skandalöser Tatbestand eine deutliche Schuldzuweisung verlangt. Der Minister hat beides bewirkt: Eine (dem Politikfeld dienliche) hohe Medienpräsenz und eine relativ milde Bewertung seiner Amtszeit seitens der linken entwicklungspolitischen Lobby. Dennoch: Der Populismusvorwurf trifft hier nicht! Der Mordvorwurf entspricht zwar populistischer Feindbildrhetorik, tut dies aber nicht in erniedrigender Weise oder mit anti-pluralistischer Tendenz. Der Feind bleibt anonym. Das ermutigt Verdächtigungen, erlaubt aber kein „wir sind die Gerechten“. Ob aber derartige Skandalisierungen über bloße Empörung hinaus einen rationalen Diskurs über Weg zur Beseitigung des Hungers befördern darf bezweifelt werden.

### Fazit

Die unter dem Motto „populistische Tendenzen in der Entwicklungspolitik“ zusammengefassten Sachverhalte sind sehr unterschiedlicher Natur. Dies betrifft die Akteure, die sich Strategien populistischer Ansprache bedienen, deren Adressaten, die Felder wie auch die Sachverhalte:

- Bei der Werbung für und gegen mehr Ressourcen für die EZ wie auch bei der Durchsetzung privatwirtschaftlicher Interessen in der EZ werden Ressentiments gegen die Bevölkerung der Partnerländer oder gegen als nicht-entwicklungsfähig stigmatisierte nicht-marktkonforme Akteursgruppen geschürt bzw. bedient.

- Im Umgang mit den sozial exkludierenden Folgen neoliberaler Globalisierung tendieren sowohl Regierungen in den Süd-Ländern als auch humanistisch orientierte marktskeptische linksliberale Akteure in der internationalen EZ zu Ausweichstrategien: Erstere begegnen der Unzufriedenheit der betroffenen Bevölkerungsgruppen mittels einer Kombination von populistischen (ethnisch-nationalistisch-religiösen oder anti-elitären bzw. anti-imperialistischen) Feindbildkonstruktionen und Sozialprogrammen. Letztere fokussieren ihre menschenrechtsorientierten Reformbestrebungen auf Themen wie Demokratisierung und auf populäre, überschaubare Spezialthemen wie die Diskriminierung abgrenzbarer Bevölkerungsgruppen. Beide kapitulieren vor der Problematik sozialer Exklusion mangels ökonomischer Existenzsicherungsmöglichkeiten.
- Beim Umgang mit skandalösen Sachverhalten auf dem Feld der Entwicklungspolitik bedienen Politiker wie auch Kritiker der globalen Ungleichheiten gerne die Empörungsbereitschaft und das verbreitete Bedürfnis nach klar umrissenen Feindbildern. Solch populäre Skandalisierung weckt Aufmerksamkeit, ist aber einer Aufklärung über Verursachungszusammenhänge und Verantwortlichkeiten nicht dienlich.

Alle hier skizzierten Akteure auf dem Feld der Entwicklungspolitik benutzen populäre, grob vereinfachende Narrative, um Diskurshoheit und Unterstützung für ihre Politiken oder Strategien zu erlangen. Nur manche davon aber verdienen es, im Sinne der eingangs formulierten Definition als populistisch klassifiziert zu werden. Dies gilt in Fällen, wo die Feindbildproduktion nicht nur einen anklagenden, sondern auch einen diskriminierenden, herabwürdigenden und anti-pluralistischen Charakter hat. Dies gilt sicher für rassistisch begründete Ablehnung von EZ. In welchem Maße dies bei Modis Hindu-Nationalismus oder bei Lulas linkspopulistischen Tendenzen der Fall ist bzw. war, bedürfte einer vertiefenden empirischen Klärung. Oft handelt es sich nur um Grenzüberschreitungen; so etwa bei der Disqualifizierung kleinbäuerlicher oder pastoraler Produktionsweisen zum Zwecke der kommerziellen Inwertsetzung von deren Ressourcen.

Problematisch an den populistischen oder auch nur populären Tendenzen in Nord und Süd ist, dass ihre dem Kampf um Diskurshoheit oder politische Macht geschuldeten populären Vereinfachungen, Schuldzuweisungen und Opferstigmatisierungen an den Ursachen des Problems einer sozial exkludierenden Globalisierung vorbeigehen. Populäre, emotional aufrüttelnde Vereinfachungen sind ein legitimes, manchmal auch zweckdienliches Instrument, sofern sie Problemsachen auf den Punkt bringen und nicht von diesen ablenken. Eine Schlagzeile wie „Unser Lebensstil führt zu Hungertod“ wäre einem Diskurs über unsere Mitverantwortung wohl dienlicher als die anonyme Anklage „Hunger ist Mord“.

### Literatur

- Eribon, Didier 2016: Rückkehr nach Reims. Berlin
- Fraser, Nancy 2017: Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: 77-92
- Müller, Gerd 2007: Unfair! Für eine gerechte Globalisierung. Hamburg
- Plagemann, Johannes/Ufen, Andreas 2017: Spielarten des Populismus in Asien. In: GIGA Focus/Asien/Nr. 7
- Prantl, Heribert 2017: Gebrauchsanweisung für Populisten. Wals b. Salzburg
- Stegemann, Bernd 2017: Das Gespenst des Populismus. Ein Essay zur politischen Dramaturgie. Berlin

Theo Rauch, Schlosstr. 67a, 14059 Berlin  
E-Mail: [theorauch@gmx.de](mailto:theorauch@gmx.de)



**LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN**  
// Die Monatszeitschrift

**Immer auf dem Laufenden über das aktuelle Geschehen in Lateinamerika**

**PROBEABO**  
// 3 Monate lesen für 10 Euro  
// endet automatisch

// solidarisch // kritisch // unabhängig

Lateinamerika Nachrichten  
Gneisenaustraße 2a  
10961 Berlin  
[www.lateinamerika-nachrichten.de](http://www.lateinamerika-nachrichten.de)



Oxana Ivanova-Chessex & Anja Steinbach

## „Also wir haben hier auch letzten Sommer so ‘nen Spendenlauf gehabt“ – Postkoloniale Perspektiven auf Herstellungsprozesse gesellschaftlicher Dominanzverhältnisse in der Schule

### Einleitung

In den vergangenen Jahren hat die Rezeption postkolonialer Theorien (vgl. bspw. Ashcroft, Griffiths, & Tiffin, 1995; Castro Varela & Dhawan, 2015; Huggan, 2013) vermehrt Einzug in die Erziehungswissenschaften im deutschsprachigen Raum gefunden (vgl. Baquero Torres, 2009; Castro Varela, 2016b; Marmer & Sow, 2015; Messerschmidt, 2009). Als Analyseperspektive für das schulische Geschehen werden postkoloniale Ansätze jedoch bisher kaum verwendet, obwohl dieser theoretische Zugang einen Blick auf die Institution Schule in ihrer „Komplizenschaft [...] mit den (neo-)kolonialen Projekten“ (vgl. Castro Varela, 2016b: 51) ermöglicht und Mechanismen der Reproduktion von Dominanzverhältnissen am Ort Schule rekonstruieren kann.

Die in diesem Beitrag eingenommene Perspektive auf schulische Strukturen und Handlungsrouninen ist durch postkoloniale Zugänge insofern konturiert, als dass wir uns auf einige Grundgedanken postkolonialer Theorie stützen, die uns hinsichtlich einer kritisch-dekonstruktiven Befragung dieser Routinen besonders fruchtbar erscheinen. Bevor wir dies (in Kap. 2) an einem empirischen Beispiel verdeutlichen und an- und abschließend Überlegungen zu einer kritischen LehrerInnenbildung anstellen (Kap. 3), skizzieren wir im Folgenden zwei Ausgangsgedanken für die Analyse: Erstens schließen wir an Überlegungen zur Interdependenz von Wissen und Macht an, d.h. wir gehen davon aus, dass Wissen immer an bestimmte Macht- und Herrschaftsstrukturen gebunden ist (vgl. Castro Varela, 2016a: 155) und dass kolonialherrschaftliche Ordnungen und das für die Legitimierung dieser Ordnungen notwendige diskursive Wissen in die Gegenwart nachwirken (vgl. ebd.). Im Kontext dieses diskursiven

Wissens erscheinen natio-ethno-kulturelle Zugehörigkeitsordnungen und die kategoriale Einteilung von Menschen in ungleich positionierte Gruppen selbstverständlich und legitim. Bei der Aufrechterhaltung und Stabilisierung von (globalen) Macht- und Herrschaftsverhältnissen erfüllt diskursiv verfügbares Unterscheidungswissen eine zentrale Funktion. Im Fokus stehen demnach nicht nur machtvoll Prozesse der Hervorbringung, Aufrechterhaltung und Transformation von Differenzkategorien und damit verbundenen Subjektpositionen (bspw. 'mit und ohne Migrationshintergrund', 'integriert' und '(noch) nicht integriert', nicht thematisierte 'Dazugehörige' ohne Fluchterfahrung und 'Flüchtlinge'), sondern vor allem die Frage danach, „wie dieses Wissen zur Herrschaftssicherung zum Einsatz gebracht wurde“ (Castro Varela, 2015: 307) und immer noch wird (vgl. ebd.). Postkoloniale Zugänge bieten die Möglichkeit, sich diesen kategorial geformten Subjektpositionen auf eine Weise zu nähern, dass deren historische und gegenwärtige Wirkmächtigkeit im Kontext globaler hegemonialer Ordnungen sichtbar und analysierbar wird: „Diese Brille bewirkt im Wesentlichen eine hinterfragende, de-essentialisierende, dekonstruktive Sicht auf [...] oft implizite und darum umso wirkmächtigere Grundannahmen des Sozialen“ (Reuter & Villa, 2010: 11).

Zweitens erscheint ein durch postkoloniale Theorie inspirierter Blick auf Prozesse der Subjektivierung (Butler, 2001/2013) bedeutsam. Zentral wird hier die Frage danach, was kolonialherrschaftlich verwurzelte Kategorien, Diskurse und Wissen mit Individuen machen, d.h. welche Subjekte in diesen Ordnungen und Diskursen als 'legitime Subjekte' hervorgebracht werden, aber auch wie Institutionen (hier die Schule) an dieser Erzeugung postkolonialer Selbst- und Weltverhältnisse beteiligt sind. Diese Perspektivierung eröffnet einen Raum für kritische Befragungen schulischer Handlungspraktiken, Subjektivierungsprozesse und machtvoller Wissensordnungen sowie deren historischer Verankerung und Tradierung. So kann beispielsweise gefragt werden, welche Subjektpositionen durch pädagogisches Handeln nahegelegt werden, auf welches diskursiv verfügbare Wissen dabei zurückgegriffen wird und in welchem Verhältnis dieses Wissen und die daraus abgeleiteten Kategorien und Positionen zu (post-)kolonialen Ordnungen stehen. Mit einem solchen Blick auf Subjektivierungsprozesse als Mechanismen der Reproduktion von machtvollen sozialen Ordnungen kann gefragt werden, wem welcher Subjektstatus am Ort Schule ermöglicht oder verunmöglicht wird, wem welches Begehren – mit Spivak gesprochen – zugestanden oder vorenthalten wird, wer sich wie zu verfügbaren Subjektpositionen und Begehrensdispositionen verhält. Schließlich geht es dabei um die Frage, inwiefern (schulische) Bildung im Sinne von „uncoercive rearrangement of desire“ (Spivak, 2004: 526) – einer

„zwangsfreien Neuordnung von Begehren“ (Castro Varela, 2016a: 160) – ermöglicht und gesellschaftlichen Ungleichheiten entgegenwirkt.

Diese Überlegungen sollen die folgende Betrachtung schulischer Handlungsroutinen inspirieren, die als Reaktion auf Flucht- und Migrationsverhältnisse zum Vorschein kommen und vor dem Hintergrund vorherrschender gesellschaftlicher Diskurse und Praktiken legitim, normal und selbstverständlich erscheinen. Wir möchten uns exemplarisch mit der Erzählung einer Lehrperson zu einem Spendenlauf an einer Grundschule beschäftigen und uns anhand dieses Beispiels den Widersprüchlichkeiten pädagogischen Handelns nähern, die unter Anwendung der angedeuteten Theorieperspektive sichtbar werden.

### Spendenlauf als Integrationshilfe? Widersprüchlichkeiten schulpädagogischen Handelns im Kontext von Migration und globaler Ungleichheit

Die Fokussierung 'der Anderen' stellt für die Institution Schule nach wie vor eine zentrale Reaktion auf die migrationsgesellschaftliche Tatsache dar, obwohl diese eindimensionale Betrachtung seit Jahrzehnten problematisiert wird (vgl. bspw. Mecheril, Castro Varela, Dirim, Kalpaka, & Melter, 2010; Leiprecht & Steinbach, 2015a, 2015b). Im Zuge der sogenannten 'Flüchtlingskrise' wurde und wird das Differenzwissen über 'die Anderen' ('mit Migrationshintergrund' oder 'Flüchtlinge'; die Bezeichnungen verschwimmen zuweilen) re-aktualisiert: Pädagogische Bemühungen zielen vordergründig darauf ab, 'den Anderen' zu helfen, sie besser kennen zu lernen, sie in ihrer 'Andersheit' zu verstehen und ihnen Kenntnisse der dominanten Sprache und Lebensweise zu vermitteln. Dabei richtet sich der pädagogische Blick nicht nur auf die Gestaltung des sogenannten Regelunterrichts, sondern es werden auch außerunterrichtliche Settings in Schulen geschaffen, die eine 'Integration' von 'Geflüchteten' ermöglichen sollen.

Ein solches Setting wollen wir im Folgenden näher betrachten und uns einer Sequenz zuwenden, die im Rahmen eines Interviews zu 'migrationsbedingter Heterogenität' entstanden ist. Die Erzählung der Grundschullehrerin soll vor dem Hintergrund postkolonialer Perspektiven analysiert und diskutiert werden:

„Also wir haben hier auch letzten Sommer so nen Spendenlauf gehabt, für die irakischen Kinder extra ähm das hat den Kindern glaube ich auch so von der Psyche her gutgetan. Das war letzten Sommer, da haben wir Spendengelder gesammelt und die Kinder sollten, eben für ihre Mitschüler laufen und ähm ja da ist eben ne Summe entstanden, womit wir auch wieder neues Material für diese Sprachlernklasse anschaffen können und auch psychisch war das schön für diese Kinder, für die irakischen

Kinder, zu sehen, meine Klassenkameraden, die setzen sich für mich ein, die laufen jetzt für mich. Also solche Sachen kommen auch mal gut an und helfen glaub ich diesen Kindern, sich hier zu integrieren.“ (245-253)<sup>1</sup>

Der Spendenlauf steht nicht nur im Einklang mit einer kurzzeitig öffentlich gefeierten ‘Willkommenskultur’, sondern kann als eine Art ‘Willkommensgeste’ der Institution Schule und als (eine) pädagogische Reaktion auf Migrations- und Fluchtbewegungen gelesen werden. Wie sich in der geschilderten Interviewsequenz zeigt, ist das Projekt ‘Spendenlauf’ mit den besten Intentionen der pädagogischen AkteurInnen verbunden: Auf den ersten Blick, kann das Anliegen als Unterstützungsangebot für Kinder mit Migrations- und Fluchterfahrungen verstanden werden, mit dem Ziel zu einem Mehr an psychischem Wohlbefinden der Kinder beizutragen („psychisch war das schön für diese Kinder zu sehen, meine Klassenkameraden, die setzen sich für mich ein“) und die Anschaffung von Lernmaterialien für den Deutschförderbereich zu unterstützen („da ist eben ne Summe entstanden, womit wir auch wieder neues Material für diese Sprachlernklasse anschaffen können“). Offensichtlich geht es dabei auch darum, zu so etwas wie einem Gemeinschaftsgefühl der Schulklasse oder der Schule beizutragen, indem sich Kinder für andere Kinder einsetzen („meine Klassenkameraden, die setzen sich für mich ein, die laufen jetzt für mich“). Das Projekt ‘Spendenlauf’ ist dabei durch ein größeres Anliegen gerahmt, das den gesellschaftlichen Umgang mit Migration dominiert – Integration, denn der Spendenlauf stellt für die Lehrerin ein Beispiel gelungener Hilfe zur Integration dar („Solche Sachen [...] helfen glaub ich diesen Kindern, sich hier zu integrieren“). Der ‘Spendenlauf’ erscheint in der Schilderung der Lehrerin als eine zu unterstützende Praxis, die vielen Beteiligten zugutekommt und der im Grunde nur mit Lob und Anerkennung begegnet werden kann. Gleichzeitig werden auch Widersprüchlichkeiten in den Schilderungen der Lehrerin sichtbar. Aus der eingangs skizzierten postkolonialen Perspektive möchten wir die Sequenz vor allem im Hinblick auf (a) die Hervorbringung binärer hierarchischer Subjektpositionen und (b) die Erzeugung (global-)gesellschaftlicher Dominanzverhältnisse in der Schule diskutieren.

1 Die hier zitierte Sequenz folgt auf die Bitte der Interviewerin, über den Umgang mit Mehrsprachigkeit an der Schule zu berichten, und wurde aus einem Datensatz von insgesamt 12 themenzentrierten Interviews ausgewählt, die 2010/2011 an niedersächsischen Grundschulen mit Lehrpersonen geführt wurden.

### a) Hervorbringung binärer hierarchischer Subjektpositionen oder von Helfenden und Hilfsbedürftigen

Der Spendenlauf ‘funktioniert’ nur, weil zwei Subjektpositionen vorausgesetzt werden: ‘Hilfsbedürftige’ und ‘Helfende’, ‘(fraglos) Integrierte’ und ‘(noch) Nicht-Integrierte’. Die „irakischen Kinder“ werden natio-ethno-kulturell markiert und zu ‘exklusiven’ AdressatInnen des Spendenlaufs gemacht („für die irakischen Kinder extra“). Diese Positionierung für das und in dem ‘Event Spendenlauf’, ist auf die Grundannahme ‘hilfsbedürftiger’ Subjekte angewiesen; den „irakischen Kindern“ werden besondere Bedürfnisse attestiert, sowohl im Hinblick auf ihr psychisches Befinden als auch in Bezug auf die Lernmaterialien, die sie benötigen – und die der Schule ohne den Spendenlauf scheinbar nicht zur Verfügung stehen.

Der Beitrag zum psychischen Wohlbefinden soll dadurch erfolgen, dass die natio-ethno-kulturell als „Andere“ definierte SchülerInnen-Gruppe („die irakischen Kinder“) nicht nur in besonderer Weise in Erscheinung tritt, sondern darüber hinaus vom Handeln der ‘integrierten’ SchülerInnen, deren natio-ethno-kulturelle Zugehörigkeit nicht näher definiert wird („die Kinder“ oder „Klassenkameraden“), profitiert. Es wird somit ein Setting präsentiert, dass ‘Integration’ (was immer das heißen mag) ermöglichen soll, welches jedoch gleichzeitig Zugehörigkeit verunmöglicht, indem die Kinder Positionen zugewiesen bekommen, die hierarchisch geordnet sind und die auf ein bestimmtes Abhängigkeitsverhältnis verweisen: Die „irakischen Kinder“ werden als abhängig von dem helfenden Handeln der LehrerInnen und der MitschülerInnen präsentiert. Dabei wird nicht nur die unterlegene und hilfsbedürftige Subjektposition der „irakischen Kinder“ entworfen, sondern zugleich – wenn auch nicht explizit – die Subjektposition der ‘Helfenden’: Sie sind verantwortungsvoll, hilfsbereit, emphatisch und ihre Zugehörigkeit (zur Schulklasse, zur Schule, zur Gesellschaft) steht außer Frage. Dieses Bild wird durch die Erzählung der Lehrkraft über die „irakischen Kinder“ deutlich, indem sie beschreibt, wie „schön“ es war „zu sehen“, dass „meine Klassenkameraden, die setzen sich für mich ein, die laufen jetzt für mich“. Den „irakischen Kindern“, die zu Hauptbenefiziarinnen des Spendenlaufs gemacht werden, wird damit ein erhabenes humanitäres ‘Wir’ gegenübergestellt, zu dem die Lehrerin auch sich selbst zählt: „Also wir haben hier auch so nen Spendenlauf gehabt“. Um dieses ‘Wir’ entwerfen zu können, sind ‘die Anderen’, ihr Erscheinen in ihrer Bedürftigkeit und Besonderheit, aber auch ihre Unterordnung erforderlich.

Die Verantwortung und Befugnis zu helfen wird bei denjenigen verortet, die keine Migrations- und Fluchterfahrungen haben, während die eigentliche Integrationsleistung den ‘anderen’ SchülerInnen zugeschrieben wird. Es wird ihnen geholfen, „sich hier zu integrieren“. Die schlussendliche Verantwortung für die



(eigene) Integration liegt demnach bei den „irakischen Kindern“ selbst. Integration geht den Erläuterungen der Lehrerin zufolge mit dem Deutscherwerb (in den Sprachlernklassen) und einer Art ‘Normalisierung’ des psychischen Wohlbefindens einher. Diese Integrations- oder Anpassungsleistung ist von Kindern selbst zu erbringen, um einen legitimen, unfragwürdigen, bedingungslosen Status eines oder einer Dazugehörigen in Aussicht gestellt zu bekommen und auf die hegemoniale Seite der ‘Aktiven’, ‘Mündigen’ und ‘Helfenden’ zu wechseln. Die ‘helfenden Subjekte’ erscheinen dabei als Träger und Hüter dieses Verhaltensparadigmas und jener Normalität, die gewissermaßen als Messlatte für schulische und gesellschaftliche Praktiken zur Anwendung kommt.

In der Erzählung der Lehrperson scheinen die natio-ethno-kulturell markierten „irakischen Kinder“ einen passiven Part innezuhaben. „Für“ sie wird „extra“ gelaufen und gespendet. Ob und wie sie an dem ‘Event’ aktiv beteiligt sind, bleibt unklar. Ihre Beteiligung würde allerdings die Logik des Spendenlaufs seltsam verändern – sie würden quasi für sich selbst laufen, da es mit dem Lauf nicht um eine Sache, sondern um Personen geht. In der Erzählung der Lehrerin werden sie als eher passive ‘HilfempfängerInnen’ positioniert: Sie konnten sehen, wie die anderen laufen und sich für sie einsetzen („psychisch war das schön für diese Kinder [...] zu sehen, meine Klassenkameraden, die setzen sich für mich ein, die laufen jetzt für mich“). Zumindest in dieser Erzählung unterscheidet sich der Subjektstatus der „irakischen Kinder“ im Vergleich zu dem der anderen, durch etwas, was die anderen geben können und die „irakischen Kinder“ empfangen. Dadurch erhält ihr Subjektstatus eine inferiore Komponente.

Die von der Logik des Spendenlaufs (und durch die Lehrperson) übermittelten Positionierungsangebote ‘sei verantwortungsvoll und hilfsbereit und laufe „für die irakischen Kinder“ an die helfenden Subjekte oder ‘sei dankbar, dass sich die anderen für dich einsetzen’ an die hilfsbedürftigen Subjekte geht mit einer hierarchischen Ordnung der beiden konstruierten Gruppen einher. Aus subjektivierungstheoretischer Perspektive ist davon auszugehen, dass diese Positionierungsaufforderungen „die Selbstwahrnehmung der zu integrierenden Subjekte [modellieren]“ (Castro Varela, 2013: 15), indem sie etwas über ihren ‘legitimen Platz’ erfahren. Und nicht nur sie: Alle Kinder lernen etwas über ‘legitime’ Subjektpositionen in einer schulischen, aber auch außerschulischen Ordnung. Diejenigen, deren Integration außer Frage steht helfen denjenigen, denen eine ‘Integrationsnotwendigkeit’ attestiert wird. Sie erlernen zugleich aber auch moralische Verantwortungsübernahme und gewissermaßen eine machtvoll konstituierte Befugnis, ‘andere’ Subjekte mit dieser Normalität vertraut zu machen.

### b) Erzeugung (global-)gesellschaftlicher Dominanzverhältnisse in der Schule oder zur Produktivität diskursiven Unterscheidungswissens

Das Projekt ‘Spendenlauf’ wird insgesamt von einer binären Unterscheidungslogik getragen, welche die Beteiligten in ihrem spezifischen Subjektstatus sichtbar werden lässt. Da den unterschiedenen Gruppen ungleiche Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden, erzeugt diese Unterscheidung ein Dominanzverhältnis, das über den Kontext einer konkreten Schule hinausgeht, denn die SchülerInnen werden in Subjektpositionen entlang einer globalen Machtordnung hineingerufen. Der Spendenlauf ist keine Erfindung der Lehrpersonen an dieser Schule, sondern ein Format, das als eine legitime Praktik der Unterstützung gesellschaftlich akzeptiert ist, von humanitären und caritativen Organisationen seit Längerem praktiziert wird – darauf stützen sich offensichtlich auch die Erfahrungen der Lehrkraft („solche Sachen kommen auch mal gut an“). Die Bezeichnung „irakische Kinder“ verweist auf die Bedeutsamkeit der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Nationalstaat, um den Spendenlauf als sinnvoll und naheliegend zu präsentieren. Würde sich der Spendenlauf auf ‘spanische Kinder’, ‘niederländische Kinder’ oder allgemeiner Kinder ‘mit Migrationshintergrund’ beziehen, würde die Logik verschwimmen. Das caritative Selbstverständnis, das in der Erzählung aufscheint, ist auf eine globale Ordnung und auf diskursives Wissen über ‘den Westen’ und ‘den Rest’ (Hall, 1994) oder ‘den Orient’ und ‘den Okzident’ (Said, 1978/2003) angewiesen und bestätigt und stärkt dieses Wissen zugleich. Diesen Unterscheidungen liegt eine simplifizierende wertende binäre Logik zugrunde. Das Konstrukt ‘der Westen’ oder ‘der Okzident’ repräsentiert dabei das Entwickelte, Zivilisierte, Moderne, Rationale, während ‘der Rest’ oder ‘der Orient’ entsprechend als zurückgeblieben, unzivilisiert, prämodern oder irrational konstruiert wird. Die binäre Unterscheidung wird aus der Perspektive der privilegierten Position vorgenommen, die sich durch die Produktion des ‘allgemein gültigen, objektiven’ Wissens über ‘das Andere’ (‘den Rest’, ‘den Orient’) als überlegen erfindet und die eigene Dominanz absichert. Darin eingelagert ist das Wissen der Lehrerin über „die irakischen Kinder“, ihre Bedürfnisse und Erfahrungen, über ‘Integration’ als scheinbar unverzichtbare Begleiterin von Migration sowie die Möglichkeit oder Notwendigkeit ‘den Anderen’ bei ‘ihrer Integration’ zu helfen.

Die Aufmerksamkeit für das psychische Wohlbefinden der „irakischen Kinder“ erscheint als ein weiterer Hinweis auf die globalgesellschaftliche Einbettung des Spendenlaufs. Das in den öffentlichen Diskursen präsente Thema von Traumata und psychischen Belastungen der Kinder mit Fluchterfahrungen wird in der Erzählung der Lehrerin deutlich und gleichzeitig als Grundlage der Legitimierung

und Befürwortung des Spendenlaufs genutzt: Schließlich hat das Projekt den „irakischen Kindern“ (und ausschließlich diesen) psychisch gutgetan („das hat den Kindern glaube ich auch so von der Psyche her gutgetan“, „auch psychisch war das schön für diese Kinder, für die irakischen Kinder“). Mit dem Projekt ‘Spendenlauf’ reagiert die Schule somit nicht nur auf globale Fluchtbewegungen und Ungleichheitsverhältnisse, sondern greift Diskurse auf, die sich im Kontext dieser Verhältnisse entwickelt haben und die diese Verhältnisse ermöglichen. Sichtbar wird dies vor allem in der Festlegung von Subjekten auf ihre globalgesellschaftliche Position – als hilfsbedürftige VertreterInnen ärmerer und instabilerer Regionen und helfende VertreterInnen der wohlhabenden privilegierten Gesellschaften. Dass der Spendenlauf diese Ungleichheitsverhältnisse über die zugewiesenen Subjektpositionen reproduziert und Individuen in diesen Subjektpositionen subjektiviert, bleibt von der Lehrerin ungesehen, weil es Teil gesellschaftlicher und diskursiver Selbstverständnisse ist.

Gleichzeitig ist jedoch eine gewisse Unsicherheit der Lehrerin zu erkennen, die in dem „glaub ich“ an zwei Stellen der Sequenz deutlich wird („das hat den Kindern glaube ich auch so von der Psyche her gutgetan“ und „solche Sachen [...] helfen glaub ich diesen Kindern“). Die Lehrerin ist sich scheinbar nicht ganz sicher, ob ihr Wissen, ihre Vorstellungen über das, was guttut und hilft tatsächlich auch bei den Kindern so ankommt. Allerdings ist diese Unsicherheit nicht stark genug, um das ganze Projekt in Frage zu stellen. Die machtvollen diskursiven Bezüge, wie die Hilfe zur Integration und Unterstützung bei psychischer Belastung, die ‘legitime’ Subjektpositionen und Positionierungsangebote enthalten, überlagern die Unsicherheiten der Lehrerin, die ein skeptisches Befragen oder ein anderes Sehen ermöglichen würden.

Aus postkolonialer Perspektive lässt sich danach fragen, um „wessen Wissen“ (Messerschmidt, 2011) es sich hinsichtlich der Selbstverständlichkeit, mit der die Sinnhaftigkeit dieses Spendenlaufs präsentiert wird, eigentlich handelt. Der Ablauf, die darin enthaltenen Positionierungsangebote an die SchülerInnen (und LehrerInnen), die Angewiesenheit der Hilfsbedürftigen auf die Helfenden wird aus der Perspektive des hegemonialen ‘Wir’ organisiert und geschildert. Das ‘integrierte, dazugehörige Wir’ entscheidet, wem eine ‘Integrationsnotwendigkeit’ attestiert wird, wer Integration zu leisten hat, welche Wirkungen die ‘Integrationsmaßnahmen’ entfalten (sollen), und begibt sich selbst dabei in die wissende und privilegierte Position. Den als ‘hilfsbedürftig’ und ‘(noch) nicht integriert’ imaginierten Subjekten wird in diesem Akt der Subjektstatus abgesprochen, denn sie verfügen nicht über Gestaltungs- oder Entscheidungsbefugnisse (vgl. dazu auch Mecheril, 2011: 51).

Es wird deutlich, dass das mit dem Spendenlauf zusammenhängende Anliegen der Schule und des Kollegiums, die „irakischen Kinder“ bei ihrer Integration zu unterstützen, keine situative Erfindung der Lehrpersonen ist, sondern mit historisch entstandenen, machtvollen gesellschaftlichen und politischen (Integrations-)Diskursen und Ordnungen verknüpft ist. Das gut gemeinte Handeln der Lehrperson wird somit auf eine Weise diskursiv gerahmt, die die Superiorität überlegener Subjekte absichert. Auf Integration wird dabei mit jener Selbstverständlichkeit verwiesen, die eine Infragestellung solcher Aktivitäten stark einschränkt, wenn nicht unmöglich macht. Auch wenn in der Sequenz offenbleibt, was die Lehrerin unter ‘Integration’ versteht, fungiert der Begriff als ein dominantes Bezugskonzept, als eine normative Orientierung für ihr Handeln in der Schule. Hinzu kommt der Aspekt der Hilfe, der das Wohltätige, Unterstützende, Fördernde in den pädagogischen Praktiken verkörpert und zugleich eine Trennlinie zwischen den ‘hilfsbedürftigen, in (global-)gesellschaftlichen Verhältnissen selbstverständlich unterlegenen’ Subjektpositionen und den ‘helfenden, selbstverständlich überlegenen’ Subjektpositionen nachzieht und zementiert. Die Naturalisierung der Inferiorität der ‘Anderen’ verdeckt dabei den Blick auf die Beteiligung der mit Macht und Privilegien ausgestatteten Subjekte an der Erzeugung dieser Ungleichheit.

### Ausblick? Perspektivwechsel für eine kritische LehrerInnenbildung

Postkoloniale Perspektiven lassen schulische Normalitäten und pädagogische Handlungsroutinen in einem Licht erscheinen, in dem das ‘Zutunhaben’ mit migrationsgesellschaftlichen Ordnungen und deren koloniale Bezüge erkennbar werden. Das ‘Sehen’ dieser Involviertheit von Schule und den dort handelnden AkteurInnen in gesellschaftliche Differenz- und Machtverhältnisse wirft bedeutungsvolle Fragen auf, denen sich postkoloniale Zugänge widmen: „Wie ist die Ordnung entstanden, die wir jetzt für so selbstverständlich erachten? Wie sind Andere zu Anderen geworden?“ (Castro Varela, 2013: 69). Wie ist Schule und das hier (oft nicht intendiert) vermittelte Wissen in diese Ordnungen verstrickt?

Dabei sollen unsere Ausführungen nicht als Apell gegen helfendes und unterstützendes Handeln, gegen außerunterrichtliches Engagement von Lehrpersonen oder für Differenz- und Ungleichheitsblindheit gelesen werden. Vielmehr sollte an dieser Stelle ein Versuch unternommen werden, pädagogisches Handeln als verstrickt in historisch entstandene und machtvolle gesellschaftliche Ordnungen zu verstehen und nach Möglichkeiten der Verschiebung jener Ordnungen zu suchen, die – um bei unserem Beispiel zu bleiben – Integrationshilfe mittels

eines Spendenlaufs als eine plausible, ethisch vertretbare und eindeutig 'gute' Handlungsoption erscheinen lassen.

Eine Möglichkeit für die Analyse und auch Verschiebung (diese hängt entscheidend vom Engagement der AkteurInnen ab) der Ordnungen sehen wir in einer kritischen postkolonialen LehrerInnenbildung, die sowohl diskursive Wissenskontinuitäten zum Gegenstand der Auseinandersetzung macht als auch die subtile (Re-)Produktion dieser Kontinuitäten durch die und in der Schule reflektiert. Es geht uns damit weniger um eine LehrerInnenbildung, die sich mit der Frage beschäftigt, wie das Leben und Lernen unter Bedingungen von Heterogenität und (kultureller) Vielfalt zu organisieren oder zu verbessern wäre, sondern eher darum, im Lehramtsstudium „[...] Machteffekte zu analysieren, die die Subjekte beim Zusammentreffen konturieren und hervorbringen“ (Castro Varela, 2016a: 161).

Koloniale Muster von Über- und Unterlegenheit, von Über- und Unterordnung wirken in der Gegenwart nach, auch in und durch Institutionen wie die Schule. Baquero Torres plädiert in diesem Zusammenhang für eine „Postkoloniale Pädagogik, die das pädagogische Denken und Handeln in ihrer Verstrickung in (neo-)koloniale Machtverhältnisse [...] betrachtet.“ (2012: 323). Castro Varela spricht von der Notwendigkeit, „den Geist [zu] dekolonisieren“ (2016b: 51ff.). Die Auseinandersetzung mit postkolonialer Theorie und die damit einhergehende analytische Perspektive auf die historische und gegenwärtige Entwicklung gesellschaftlicher Ordnungen sollte in die LehrerInnenbildung implementiert werden, um das Fortwirken kolonialen Wissens (auch in der Schule) erkennbar zu machen. Hierfür sind grundlegende Kenntnisse darüber bedeutsam, wie der europäische Kolonialismus globale Machtverhältnisse ökonomisch, politisch und kulturell strukturiert(e) und welches Wissen für diese Strukturierung fruchtbar gemacht wurde und immer noch wird. Ebendiese von Ungleichheit geprägten (historischen) Prozesse und Entwicklungen gilt es in den Blick zu nehmen, um hegemoniale Differenzordnungen und deren Wirkungen im (Schul-)Alltag der Gegenwart zu erkennen: Welches und wessen Wissen gilt als 'wahres Wissen'? Wie und mit welchen Interessen wurden und werden 'wahres Wissen' und 'nützliche Diskurse' erzeugt? Welche Ordnungen werden wie reproduziert? Wie und warum sind diese Ordnungen entstanden? Welche Imaginationen vom 'Anderen' werden in der Schule hervorgebracht und verfestigt? Welche Reaktionen auf und Umgangsweisen mit diesem 'Anderen' erscheinen selbstverständlich und nicht nur ethisch vertretbar, sondern sinnvoll und legitim? Welche Konsequenzen haben diese Umgangsweisen für die 'Nicht-Anderen' und welche für die 'Anderen'? Auf diese Weise kann eine postkoloniale Perspektive die Verschiebung der Aufmerksamkeit ermöglichen, weg „vom Wissen über die Identitäten anderer hin zu

einer Auseinandersetzung mit dem Kontext, in dem Andere zu Anderen werden.“ (Messerschmidt, 2007: 158).

Diese Kontextualisierung macht es erforderlich, Schule in ihrer Eingebundenheit in die (Re-)Produktion von Dominanzverhältnissen zum Gegenstand einer „interpretativen Wachsamkeit“ (Castro Varela, 2015; Said, 1978/2003) zu machen. Wachsam zu sein heißt Diskurse und Praktiken zu beobachten, die für gewöhnlich den Blick auf die Reproduktion von Differenzordnungen und Herrschaftsverhältnissen verdecken. Auch schulpädagogische Diskurse zum Umgang mit Heterogenität oder zum interkulturellen Lernen knüpfen allzu oft an hierarchische Differenzordnungen an und naturalisieren 'Unterschiedlichkeiten' von Kindern, ohne die Differenzproduktivität von Schule zu hinterfragen (vgl. hierzu kritisch Budde, 2013). Eine kritische und postkolonial informierte LehrerInnenbildung sollte deshalb nicht nur den Konstruktionscharakter der Kategorien und das damit verbundene soziale Wissen erkennbar machen, sondern darüber hinaus einen kritischen Blick auf Erziehungs- und Bildungswissenschaften, Schulpädagogik sowie auf Schulbücher und Materialien ermöglichen.

Diese Wachsamkeit ist dabei auch im Sinne einer kontinuierlichen Reflexion der eigenen Involviertheit in Dominanzverhältnisse und deren Reproduktion zu verstehen, denn „nur eine kontinuierliche Selbstkritik ist in der Lage, die eigene Verstricktheit in Macht- und Herrschaftsverhältnisse offenzulegen.“ (Castro Varela, 2016b: 48). Hierzu gehört die kritische Beobachtung des eigenen Handelns und Sprechens bezüglich der 'Andersmacher' Kultur, Nation, Ethnizität, Sprache, Religion, aber auch Klasse, Bildungsstand, Geschlecht, 'Inklusionsstatus' und deren Subjektivierungsmacht sowie die kritische Befragung des damit verwobenen hegemonialen Wissens: „Eine Aufgabe der pädagogischen Arbeit ist demzufolge, stets auf die Kontextualisierung und auf die Positionierung des Wissens zu verweisen und damit das eigene Wissen als kontextualisiert zu behandeln.“ (Baquero Torres, 2012: 321).

Hier wird deutlich, dass es nicht lediglich um eine simple inhaltliche Veränderung oder Ergänzung des 'Stoffes' geht, mit dem sich (angehende) LehrerInnen auseinandersetzen (sollten), sondern vielmehr um einen grundlegenden (epistemischen) Wandel der LehrerInnenbildung: Einen Wandel, bei dem es nicht nur um eine Praxis des Lernens, sondern auch des Verlernens – von vermeintlichen Selbstverständlichkeiten – geht, eine Art dekonstruktive Praxis. Denn „wenn Pädagogik ein Instrument der Hegemoniesicherung ist [...], dann kann sie auch Instrument von Gegenhegemonie sein.“ (Castro Varela, 2016b: 46).

*Literatur*

- Ashcroft, B., Griffiths, G. & Tiffin, H. (Hrsg.) 1995: *The Postcolonial Studies Reader*. London, New York
- Baquero Torres, P. 2009: *Geschlecht und Kultur in der Interkulturellen Pädagogik. Eine postkoloniale Re-Lektüre*. Frankfurt am Main
- 2012: *Postkoloniale Pädagogik. Ansätze zu einer interdependenten Betrachtung von Differenz*. In J. Reuter & A. Karentzos (Hrsg.), *Schlüsselwerke der Postcolonial Studies* (S. 315-327). Wiesbaden
- Budde, J. (Hrsg.) 2013: *Unschärfe Einsätze: (Re-)Produktion von Heterogenität im schulischen Feld*. Wiesbaden
- Butler, J. 2001/2013: *Psyche der Macht: Das Subjekt der Unterwerfung*. Frankfurt am Main
- Castro Varela, M. do Mar 2013: *Ist Integration nötig? Eine Streitschrift* Freiburg
- 2015: *Koloniale Wissensproduktionen. Edwards Saids „interpretative Wachsamkeit“ als Ausgangspunkt einer kritischen Migrationsforschung*. In J. Reuter & P. Mecheril (Hrsg.), *Schlüsselwerke der Migrationsforschung* (S. 307-321). Wiesbaden
- 2016a: *Postkolonialität*. In P. Mecheril, V. Kourabas, & M. Rangger (Hrsg.), *Handbuch Migrationspädagogik* (S. 152-168). Weinheim, Basel
- 2016b: *Von der Notwendigkeit eines epistemischen Wandels: Postkoloniale Betrachtungen auf Bildungsprozesse*. In T. Geier & K. U. Zaborowski (Hrsg.), *Migration: Auflösungen und Grenzziehungen. Perspektiven einer erziehungswissenschaftlichen Migrationsforschung* (S. 43-59). Wiesbaden
- Castro Varela, M. do Mar & Dhawan, N. 2015: *Postkoloniale Theorie: Eine kritische Einführung*. Bielefeld
- Hall, S. 1994: *Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht*. In U. Mehlem, D. Bohle, J. Gutsche, M. Oberg, & D. Schrage (Hrsg.), *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2* (S. 137-180). Hamburg
- Huggan, G. G. (Hrsg.). 2013: *The Oxford Handbook of Postcolonial Studies* Oxford.
- Leiprecht, R., & Steinbach, A. (Hrsg.). 2015a: *Schule in der Migrationsgesellschaft: Ein Handbuch. Band 1: Grundlagen – Diversität – Fachdidaktiken*. Schwalbach/Ts
- Leiprecht, R., & Steinbach, A. (Hrsg.). 2015b: *Schule in der Migrationsgesellschaft: Ein Handbuch. Band 2 Sprache – Rassismus – Professionalität*. Schwalbach/Ts
- Marmer, E., & Sow, P. (Hrsg.). 2015: *Wie Rassismus aus Schulbüchern spricht: Kritische Auseinandersetzung mit „Afrika“-Bildern und Schwarz-Weiss-Konstruktionen in der Schule. Ursachen, Auswirkungen und Handlungsansätze für die pädagogische Praxis*. Weinheim, Basel
- Mecheril, P. 2011: *Wirklichkeit schaffen: Integration als Dispositiv*. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 61(43), 49-54
- Mecheril, P., Castro Varela, M. do Mar, Dirim, I., Kalpaka, A., & Melter, C. 2010: *Migrationspädagogik*. Weinheim, Basel

- Messerschmidt, A. 2007: *Wessen Wissen? Postkoloniale Perspektiven auf Bildungsprozesse in globalisierten Zonen*. In L. A. Pongratz, R. Reichenbach, & M. Wimmer (Hrsg.), *Bildung – Wissen – Kompetenz* (S. 155-168). Bielefeld
- 2009: *Weltbilder und Selbstbilder: Bildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte* Frankfurt am Main
- 2011: *LehrerIn sein in der Einwanderungsgesellschaft. Pädagogische Reflexion der gesellschaftlichen Bedingungen für den Umgang mit Migration*. *Karlsruher pädagogische Beiträge. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft und Fachdidaktik*, 76, 105-114
- Reuter, J., & Villa, P.-I. 2010: *Provincializing Soziologie. Postkoloniale Theorie als Herausforderung*. In J. Reuter & P.-I. Villa (Hrsg.), *Postkoloniale Soziologie: Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Intervention* (S. 11-47). Bielefeld
- Said, E. W. 1978/2003: *Orientalism*. London
- Spivak, G. C. 2004: *Righting Wrongs*. *The South Atlantic Quarterly*, 103(2/3), 523-581

*Oxana Ivanova-Chessex, Pädagogische Hochschule Zug, IZB, Zugerbergstrasse 3, 6301 Zug, Schweiz  
E-Mail: oxana.ivanova@phzg.ch*

*Anja Steinbach, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Institut für Pädagogik, Ammerländer Heer Str. 114-118, 26129 Oldenburg  
E-Mail: a.steinbach@uni-oldenburg.de*



Widerstand: zwischen  
Lehr- und Leerformel. Vom  
hilflos anmutenden Versuch,  
eine Antwort auf die Frage  
zu geben, wie man vom  
'Widerstand' zum  
'Widerstehen' kommt

Über: Fritz Rebeis/Stefan Denzler/Michael Görtler/Johann Waas (Hrsg.): *Kompetenz zum Widerstand. Eine Aufgabe für die politische Bildung*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2016, 239 Seiten, 26,80 €

Pädagogik als Theorie und Praxis von Bildung und Erziehung wäre nichts als pure Ideologie, ignorierte sie, dass gesellschaftliche Ordnung und deren Stabilität hinreichend nur dann gewährleistet sein kann, wenn die psychische Ausstattung der Individuen an die Anforderungen und Erfordernisse der Gesellschaft angepaßt ist. Soll heißen, in der gegenwärtigen, also in einer nach dem Prinzip kapitalistischer Warenproduktion organisierten Gesellschaft ist deren Bildungs- und Erziehungssystem primär auf die Sicherung dreier Kernfunktionen ausgerichtet: *ökonomisch* auf die Zurichtung der Arbeitskraft für den Prozess der Kapitalverwertung, *politisch* auf die Herstellung des loyalen Stimmbürgers und *soziokulturell* auf die Aufrechterhaltung einer als 'gerecht' angesehenen Sozialordnung. Dies erklärt, warum seitens der Herrschenden ein genuines Interesse an der Begründung eines die Gesellschaft flächendeckend überziehenden Systems der Gehorsamsproduktion besteht. Denn erst „als *verinnerlichte* sind Könige vor der Guil-

lotine sicher“ (*Brückner*). Da in einer entwickelten Warengesellschaft wie der unsrigen Wissenschaft eine maßgebliche strukturelle Stütze für die Ausübung von Herrschaft darstellt, verwundert es nicht, dass namentlich die mit der Herrschaftsproblematik befassten Wissenschaften eine Antwort auf die Frage zu geben suchen, warum und unter welchen Bedingungen Herrschaft bei den Herrschaftsunterworfenen Gehorsam findet, kurz: was den Aufbau und die Aufrechterhaltung von Gehorsamsverhältnissen fördert oder hemmt. Dass hierbei stets auch auf das Phänomen des Ungehorsams reflektiert wird, liegt auf der Hand. Jedoch geschieht dies nicht in der Absicht, zu ergründen, worin die Negation des Ungehorsams als 'potentia', als Vermögen der individuellen wie gesellschaftlichen Entfaltung besteht, vielmehr geht es darum, herauszufinden, wie gegen Ungehorsam angegangen werden kann, weil dieser sich der 'potestas' entgegenstellt, indem er auf eine Verletzung der herrschenden gesellschaftlichen Verhaltenserwartungen zielt.

Dieser Befund sollte jedoch nicht den Blick dafür verstellen, dass jenseits des pädagogischen Mainstreams noch ein Konzept von Bildung und Erziehung existiert, das sich an dem humanistischen Menschenbild der Aufklärung orientiert und aufgrund dessen sich diese Pädagogik keineswegs als willfährige Magd von Herrschaft begreift. Im Gegenteil, selbst dann, wenn sie als Instrument der Herrschaft dazu angehalten ist, Mündigkeit zu verhindern, beharrt sie darauf, an dem Postulat des mündigen Menschen als Ziel erzieherischen Bemühens festzuhalten, weswegen ihr denn auch Erziehung zur Widerständigkeit als ein Moment von Mündigkeit eine pädagogische Aufgabe ist. Das jüngst von *Fritz Rebeis* und anderen

herausgegebene und hier rezensierte Buch lässt sich mühelos innerhalb dieser gesellschafts- und herrschaftskritischen und auf Emanzipation zielenden Pädagogik verorten.

Eingang gefunden in den Sammelband haben, nebst Vor- und resümierendem Nachwort der Herausgeber, 22 Aufsätze von unterschiedlicher Beschaffenheit: theoretisch-argumentative, empirisch-deskriptive und pragmatisch-präskriptive. Diese sind hervorgegangen aus Beiträgen, die im Rahmen einer Fachtagung zur politischen Bildung an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg im Frühjahr 2015 präsentiert wurden. Sieht man von dem in die Thematik einleitenden Aufsatz ab, dann gliedert sich das Buch in fünf Abschnitte, die jeweils von einer Leitfrage inhaltlich strukturiert werden. So wird im *ersten* Abschnitt die Frage aufgeworfen, was erfolgreichen Widerstand auszeichnet und unter welchen Bedingungen die Fähigkeit zu widerständigem Verhalten sich herausbilden kann. Während im *zweiten* Abschnitt anhand unterschiedlicher Beispiele der Frage nachgegangen wird, was prinzipiell unter Kompetenz zum Widerstand verstanden werden kann, widmen sich die Beiträge des *dritten* Abschnitts der Frage, ob die Kompetenz zum Widerstand gefördert werden kann und soll. Sodann wird schließlich im *vierten* Abschnitt sich der Frage angenommen, wie in den unterschiedlichen institutionellen Kontexten von Schule, Arbeitswelt und öffentlichem Raum eine Förderung von Widerstandskompetenz aussehen könnte.

So unterschiedlich die Beiträge hinsichtlich ihres Reflexionsniveaus und disziplinären Zugriffs auf die Thematik auch sein mögen, so eint sie doch die Vorstellung von der Notwendigkeit der Auseinander-

setzung mit dem Thema 'Widerstand' in Theorie und Praxis politischer Bildung angesichts der weltumspannenden „Verbrechen gegen die Menschenwürde“ (Broch) aufgrund der epidemisch sich ausbreitenden Gewalt etwa in Form von Krieg, Terror, Vertreibung und der ungehemmten Durchsetzung des Gewinn- und Konkurrenzprinzips, wodurch rücksichtslose Ausbeutungsverhältnisse in der Gesellschaft als auch zwischen der Gesellschaft und der Natur hervorgebracht werden. Das heißt, dass Widerstand von den Autoren des Buches grundsätzlich als ein positiv zu wertendes gesellschaftliches Phänomen betrachtet wird und dass deswegen auch die Kompetenz zum Widerstand im Rahmen der politischen Bildung entwickelt respektive gefördert werden sollte, was begründet wird mit Verweis auf das schiere Vorhandensein von Widerstand *einerseits* und die Notwendigkeit von Widerstand als *Movens* für die Veränderung dieser Welt in eine den Idealen der Menschenwürde entsprechende *andererseits*.

Wer den im Menschen tief verwurzelten Wunsch nach einer selbstbestimmten Zukunft und humaneren Welt, in der grundsätzlich jedem Menschen Würde zukommt, noch verspürt und wem die Existenz der „objektiven Möglichkeit“ (*Negt*) zur Realisierung dieses Wunsches schmerzhaft als verweigerter bewusst geworden ist, der kann im ersten Augenblick über das Erscheinen besagten Sammelbandes nur erfreut sein, da dieser die Erwartung zu erfüllen verspricht, endlich etwas darüber zu erfahren, wie der Mensch als ein mit Würde ausgestattetes Wesen zum „aufrechten Gang“ (*Bloch*) befähigt werden könnte. In einer düsteren Zeit wie der heutigen, in der es übergenug Gründe gibt, sich zu empören und in Wort

und Tat zu widersetzen, ist die Beantwortung dieser Frage notwendiger denn je.

Dass es den Autoren leider nicht gelingt, die von ihnen selbst aufgeworfene Frage, wie Menschen befähigt werden können, von ihrer unhintergehbaren Freiheit des Neinsagens Gebrauch zu machen, also Widerspruch zu formulieren und Widerständigkeit zu praktizieren, hat unterschiedliche Gründe, deren erster wohl allein schon in dem von den Autoren sicher nicht zu verantwortenden Umstand besteht, dass der ihnen zur Verfügung gestellte Raum von je rund zehn Druckseiten zum Entfalten eines Gedankens oder Ausführens eines Argumentes vielfach nicht hinreicht. Hier macht die Logik des ökonomischen Denkens sich sträflich bemerkbar mit der Folge, Bücher ohne Tiefgang zu produzieren, weil der aus Kosten-beziehungsweise Preisgründen begrenzte Umfang nur eine substanzlose Behandlung der Thematik erlaubt. Nicht ohne Grund landen denn auch solche Tagungsbände, wie man weiß, meist un- oder nur auszugsweise gelesen in der obersten Reihe des Bücherregals.

Für die inhaltliche Schwäche des Buches bedeutsamer ist allerdings, dass sich die Autoren so gut wie nicht der Mühe unterziehen, ihren Beiträgen einen theoretisch reflektierten Begriff von Widerstand zugrunde zu legen, so dass der Begriff weitgehend einem pädagogischen Impetus verhaftet bleibt, der sich in der Aufrechterhaltung eines asymmetrischen Verhältnisses zwischen Lehrenden und Lernenden, zwischen Erziehern und Zöglingen Bahn bricht. Denn den Erziehern wird zugeschrieben, über Wissen und Können in puncto Widerständigkeit zu verfügen, über das ihre Zöglinge noch nicht verfügten, und dass sie dieses auch den Zöglingen zu vermitteln ver-

mögen. Dies ist nicht nur anmaßend, sondern zeugt auch von maßloser Selbstüberschätzung. Fast ist man geneigt zu sagen, dass die Autoren noch nie mit den Thesen *Paulo Freires* zur „depositären Erziehung“ oder den Überlegungen *Siegfried Bernfelds* zu den „Grenzen der Erziehung“ oder mit *Niklas Luhmanns* Reflexionen zum „Technologiedefizit der Erziehung“ in Berührung kamen. Die Literaturverweise schweigen sich hierüber jedenfalls aus.

Allein schon das Reden über „Kompetenz“ zum Widerstand und deren Deutung als „Befugnis und Befähigung“ entlarvt die Haltung der Autoren als eine bevormundende. Denn zu Widerstand „befugt [sic!]“ sei nur dasjenige „Subjekt, das weiß, wann es was zu tun oder zu lassen hat, und dieses Wissen auch praktisch umsetzen kann“. Offensichtlich reicht ein simples Nein-Sagen nicht aus, um, im Verständnis der Autoren, als Widerstand zu gelten. Hier rächt sich gewissermaßen der Verzicht auf Klärung des Widerstandsbegriffs, und dies auf zweierlei Weise. Wer wirklich das Phänomen 'Widerstand' theoretisch zu durchdringen trachtet – und dies auch in praktischer Absicht –, der hätte Widerstand nicht bloß auf der politischen oder rechtlichen Ebene zu thematisieren etwa im Zusammenhang mit der Diskussion um die Legitimität von Gewalt oder der Frage nach einem Widerstandsrecht. Hier müsste schon etwas tiefschürfender angesetzt werden, indem Widerstand als eine grundlegende, zwischen Individuum und Gesellschaft vermittelnde Kategorie sozialen sich erst selbst über ihre Instrumentalisierung als Hilfsmittel zur Aufrechterhaltung entwürdigender gesellschaftlicher Verhältnisse bewusst werden müssen und sich hiervon zu emanzipieren haben. Statt sich also Gedanken zu

machen, wie die Zöglinge erzogen werden könnten, wäre es angezeigt, sich zunächst einmal der (Selbst-)Erziehung der Erzieher zuzuwenden.

Ein Blick auf die Wirklichkeit des Bildungs- und Erziehungssystems führt einem jedoch vor Augen, dass hier noch ein weiter Weg zu gehen ist, weil in dessen Einrichtungen die staatlichen Vorgaben, erinnert sei nur an PISA und 'Bologna 2010', widerspruchlos erfüllt werden. Gehorsampflichtig wird von den 'Experten' für Bildungs- und Erziehungsfragen selbst all jenes umgesetzt, das den von ihnen vollmundig propagierten Ideen des mündigen Individuums diametral entgegensteht. Nicht einmal die kleinsten Unbotmäßigkeiten werden gewagt. Wo, bitte, wird von den Pädagogen

der Mündigkeit tatsächlich tätiger Widerstand gegen die Autorität des Staates und die von diesem im Namen der Ökonomisierung aller Lebensbereiche vorangetriebene Reduzierung des Menschen zum bloßen Mittel für gesellschaftliche Zwecke geleistet? Doch höchstens auf Tagungen in Form wissenschaftlich mehr oder minder kundigen Rasonierens, dessen Ergebnisse dann, dem akademischen Ritual der Produktion von Tagungsbänden folgend, wie im vorliegenden Falle zwar reputationsdienlich, aber ohne erkennbaren widerständigkeitsfördernden Nutzen zwischen zwei Buchdeckel gebunden wird.

*Michael Wolf*

*E-Mail: wolf.koblenz@web.de]*

**express**

ZEITUNG FÜR  
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &  
GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastraße 64, 60329 FRANKFURT  
Tel. (069) 67 99 84  
**express-afp@online.de**  
www.express-afp.info

Ausgabe 1-2/18 u.a.:

- Kirsten Huckenbeck: »Blau als das neue Braun« – Rechte rufen zu Betriebsratswahlen auf
- Sara Katsani: »Geregeltes Nebeneinander« – Zur Schwundform der Bürgerversicherung bei SPD und ver.di
- »...wenn mein blauer Arm es will« – Gespräch mit André Kaufmann über »Zentrum Automobil« und rechte »Alternativen« in Betrieben
- Wilfried Leisch: »Kassensturz in Österreich« – Wie Schwarz-Blau das Gesundheitssystem den Konzernen ausliefern will
- Kim Moody: »Eine neue Front für Streiks: Logistik« – moderne Möglichkeiten gewerkschaftl. Organisation
- Said Hosseini: »Pakt ein, Eure Zeit ist um!« – Interview zu den Protesten im Iran

**Probieren?!** kostenfreies  
Exemplar per mail oder web anfordern



**frauen\*  
solidarität**

feministisch-entwicklungspolitische  
informations- und bildungsarbeit

Bibliothek und Dokumentation  
Zeitschrift und Radio  
Medien  
Frauenrechte und

Blieben Sie informiert mit einem Abo!  
Vier Hefte pro Jahr: € 20,- in Österreich,  
€ 25,- im Ausland. Bestellungen an:  
abo@frauensolidaritaet.org  
www.frauensolidaritaet.org



## Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Ludwigshafen Ludwigshafen gehört allen!

### Wohnungslosigkeit, Unterbringung von Bürger\_innen ohne Wohnung und Wohnungsbaupolitik in Ludwigshafen am Rhein

Im Zuge des vergangenen Jahres, in dem in Ludwigshafen Wahlkampf um das Amt der/s Oberbürgermeister\_in herrschte, entbrannte eine öffentliche Debatte über die Wohnungsbaupolitik in Ludwigshafen. Dass Wohnraum in Ludwigshafen knapper wird und somit neue Wohnungen geschaffen werden müssen, war dabei weniger fraglich als vielmehr, in welcher Form und vor allem: für wen? Heiß umkämpft blieb dabei (und bleibt es nach wie vor) vor allem die Notwendigkeit eines sozialen Wohnungsbaus und die damit verknüpfte Forderung nach der Verfügbarkeit von Wohnraum für alle. Am Rande der Auseinandersetzung gelangen sogar Themen in die Ludwigshafener Stadtöffentlichkeit, die zwar alles andere als neu sind, die jedoch in den vergangenen Jahren, wenn nicht sogar Jahrzehnten, in Ludwigshafen weitgehend totgeschwiegen wurden: so etwa das Thema Wohnungslosigkeit oder die Lage in den Ludwigshafener Einweisungsgebieten, in denen Menschen ohne Wohnung seitens der Stadtverwaltung untergebracht werden. Dies führte sogar zu einem Beschluss des Stadtrates, der Anfang April die Verwaltung der Stadt angewiesen hat zu prüfen, inwiefern Einweisungen in die Gebiete weiter verringert und zugleich wie die Lage vor Ort verbessert werden könnte.

So begrüßenswert eine öffentliche Debatte zu diesen wichtigen und in Teilen lange tabuisierten Themen auch grundsätzlich ist, so räumt sie doch lange nicht das Unbehagen aus, dass viele derjenigen haben, die sich damit in Ludwigshafen befassen. Der Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Ludwigshafen, dem sowohl Praktiker\_innen sowie Studierende und Lehrende der Sozialen Arbeit angehören, formuliert in diesem offenen Brief seine Kritik an der Debatte und dem politischen Umgang mit den Themen Wohnungslosigkeit, Unterbringung von Bürger\_innen ohne Wohnung in den städtischen Einweisungsgebieten und Wohnungsbaupolitik in Ludwigshafen.



## Wohnungslosigkeit ist in Ludwigshafen alltäglich, auch wenn man es nicht sehen will

Wohnungslosigkeit ist kaum sichtbar und wird aus der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend verdrängt. Dies liegt sowohl an ordnungspolitischen Praxen (sogenannten Gefahrenabwehrverordnungen), die auf eine Ausschließung „unerwünschter“ Personen aus dem Bild der Innenstädte abzielen, als auch daran, dass man Menschen nicht unbedingt ansieht, ob sie eine Wohnung haben oder nicht. Auf Basis offizieller Verlautbarungen und Statistiken könnte man sogar zu dem Schluss kommen, es handle sich dabei um ein rückläufiges und damit zunehmend weitgehend gelöstes Problem. So verweist z.B. die Wohnraumsicherung der Stadt Ludwigshafen auf eine deutliche Reduktion der Unterbringung von Menschen in den städtischen Einweisungsgebieten von 1123 Menschen im Jahr 1998 auf 478 im Jahr 2016, also um mehr als die Hälfte. Bei dieser Entwicklung gilt es nicht alleine zu bedenken, dass zusätzlich in den vergangenen Jahren Geflüchtete in den Einweisungsgebieten untergebracht wurden – unter politischer Inkaufnahme der damit verbundenen Gefahr einer Forcierung bestehender Konflikte um die Verteilung weitestgehend vorenthaltener gesellschaftlicher Ressourcen. Zugleich ist Wohnungslosigkeit anhand dieser Zahlen nur schwer messbar, da sie eben nur die Fälle dokumentieren, in denen Personen auch durch die Stadt untergebracht wurden. Jene Menschen, die durch dieses Raster fallen, erscheinen erst gar nicht auf dem Radar und sollen es vielleicht auch nicht. Ebenso sind offizielle Verlautbarungen dazu, es gäbe in Ludwigshafen keine Fälle von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, eher ein Ausweis dafür, dass die behördlich vorliegenden Zahlen in ihrer Aussagekraft sehr begrenzt sind, als dass tatsächlich in Ludwigshafen keine Jugendlichen ohne festen Wohnsitz leben müssen. Geringe Fallzahlen spiegeln insofern nicht unbedingt ein fehlendes Problem wider. Sie können auch ein fehlendes Problembewusstsein markieren und infolge den Ausschluss Betroffener von öffentlicher Unterstützung.

Im beruflichen Alltag von in Ludwigshafen tätigen Fachkräften der Sozialen Arbeit gestaltet sich diese Konstellation mitunter deutlich anders, als es die offiziellen Zahlen nahelegen. Sozialarbeiter\_innen sind in ihrer täglichen Arbeit mit zunehmender Not aufgrund von wachsender Wohnungslosigkeit konfrontiert und formulieren dringenden Handlungsbedarf. Sowohl in der Unterstützung von Menschen, die unter Bedingungen der Armut, Wohnungslosigkeit oder in anderen Situationen sozialer Ausschließung leben, stoßen sie in der Vermittlung bezahlbarer Wohnungen an ihre Grenzen als auch in der Betreuung von Menschen, die in den städtischen Einweisungsgebieten untergebracht wurden.

Maßnahmen zur Unterstützung von Menschen in diesen Situationen scheitern an prekären Bedingungen.

Wohnungslosen Menschen, die eine Notunterbringung brauchen, können häufig keine Angebote vermittelt werden, die dem Unterstützungsbedarf und den Zielen der Ratsuchenden gerecht werden. Zum einen liegt dies an zu geringen Kapazitäten bezüglich Notübernachtungen, in denen Wohnungslose zugleich nur kurzfristig für wenige Tage untergebracht werden können. Zum anderen werden Angebote der Unterbringung seitens der städtischen Fachstelle für Wohnraumsicherung aufgrund der Art und Qualität des „Angebots“, das nicht selten in der Zuweisung eines Bettes in einer bereits überfüllten „Ein-Zimmer-Zwangs-WG“ besteht, von den Betroffenen als nicht zumutbar abgelehnt, so dass die Obdachlosigkeit als geringere Belastung angesehen wird. Als problematisch beschreiben Betroffene die hygienischen Zustände, fehlende Möglichkeiten, Wertgegenstände in abschließbaren Schränken zu sichern und fehlende Nachtruhe. Sie fürchten eine stigmatisierende Umgebung und sorgen sich um ihre körperliche Unversehrtheit. Insbesondere für junge Menschen, die ihren Weg im Leben finden wollen und eine Ausbildungs- oder Arbeitsaufnahme anstreben, erscheint dieses Angebot nicht hilfreich. So werden sie zwar vom Jobcenter auf diese Unterkünfte hingewiesen, da es fast die einzige Möglichkeit ist, um eine Meldeadresse zu bekommen, aber gleichzeitig gewarnt, dass es kontraproduktiv für ihren Prozess der Eingliederung sei.

Die Hinweise aus dem Alltag Sozialer Arbeit in Ludwigshafen stellen insofern die offizielle Lesart der Verwaltung in Frage, der zufolge die Rückläufigkeit der Einweisungen in die Notunterkunftsgebiete vorrangig und alleine auf fachlich gute „Präventionskonzepte“ der Stadtverwaltung zurückgeführt werden können, sondern vielmehr darauf, dass das gewährte „Angebot“ so abschreckend wirkt, dass viele Betroffene es vorziehen, sich ohne städtische Unterstützung durchzuschlagen. Dies verdeutlicht auch, dass eine weitere Reduktion der Einweisungszahlen, so wie sie der Antrag des Stadtrates an die Verwaltung fordert, keinesfalls gleichzusetzen ist mit einer Verbesserung der Lebenssituation von Bürger\_innen ohne Wohnung in Ludwigshafen. Wir haben Grund zur Sorge, dass diese Reduktion vielmehr auf Kosten einer Verschärfung des sozialen Ausschlusses „unliebsamer Bürger\_innen“ von der Ressource Wohnraum und öffentlicher Unterstützung erkaufte wird. Aktuelle Pläne, weitere der bestehenden Gebäude abzureißen, stellen insofern noch keine Lösung dar, da auf diese Weise auch eine Strategie der Ausblendung weiter betrieben werden kann, indem man dem Problem seinen konkreten Ort entzieht und damit unsichtbar macht.

## Dauerhaftes Leben unter den Bedingungen des Polizei- und Ordnungsrechts: die Ludwigshafener Einweisungsgebiete

Ein Grund, warum viele es ablehnen, in den Einweisungsgebieten untergebracht zu werden, liegt in der Situation vor Ort. Menschen, die offiziell als „wohnungslos“ gelten, leben dort unter „Polizei- und Ordnungsrecht“, was mit erheblichen Eingriffen in ihre Persönlichkeitsrechte verbunden ist. Die üblichen Rechte, die sich aus einem normalen Mietvertrag ableiten, gelten hier nicht. Die Gebäude und Wohnungen entsprechen oft nicht den rudimentären Mindeststandards einer menschenwürdigen Existenz. Die Wohnungen besitzen in der Regel keine sanitären Anlagen. Gemeinschaftsduschen können nur zu bestimmten Zeiten benutzt werden und befinden sich in einem gesundheitlich bedenklichen Zustand (Schimmel etc.), was auch für viele der Wohnungen selbst gilt. Geheizt wird im Winter mit Öl- oder mit Elektroöfen. Die Wohnsituation in den Einweisungsgebieten, aber auch in zahlreichen anderen „Mikro-Brennpunkten“, ist somit seit Jahrzehnten mit verschärfender Tendenz gesundheitsgefährdend. Sowohl haupt- wie ehrenamtlich in den Einweisungsgebieten tätigen Menschen, u.a. auch Ärztz\_innen, fielen die zunehmend zu Erkrankung und frühem Tod führenden katastrophalen Bedingungen einer größeren Anzahl von Personen auf. Alle hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter\_innen, die über den persönlichen Kontakt mit Betroffenen deren Lebensumstände kennenlernten, sind über diese Zustände entsetzt. Es ist zu betonen, dass „Vermüllung“, Kontaminierung mit gefährlichen Stoffen und Vernachlässigung des Erscheinungsbildes den Bewohnern nicht in der Hauptsache angelastet werden kann; zahlreiche Eingewiesene sind psychisch und physisch schwer erkrankt. Gleichzeitig wird für Eigeninitiativen keinerlei Anreiz geschaffen, sondern jede Form von Selbsttätigkeit zu einer wirksamen Behebung der Problematik eher behindert als unterstützt.

Die „Gebiete“ sind von den umgebenden Nachbarschaften räumlich bzw. architektonisch abgeschnitten. Ebenso ist der Zugang zur städtischen Infrastruktur stark eingeschränkt. Für viele Menschen bleibt auch der Zugang zu medizinischer Versorgung prekär. Sieht das Polizei- und Ordnungsrecht eine solche Form der Unterbringung nur als vorübergehende und zeitlich begrenzte Maßnahme vor – zur Abwehr einer konkreten Gefahr für die öffentliche Ordnung –, so ist dennoch bekannt, dass nicht wenige der in den Ludwigshafener Einweisungsgebieten lebenden Menschen dort schon seit Jahren, teilweise Jahrzehnten leben. Manche sind dort geboren worden. Während diese Orte für manche ihrer Bewohner\_innen unerträglich bleiben, haben andere dort über die Jahre hinweg auch ein „Zuhause“ gefunden, das sie mit den ihnen verbleibenden Mitteln zu gestalten versuchen

und sich für sie vor allem durch ihre sozialen Netzwerke auszeichnet. Ob man es nun möchte oder nicht, die Einweisungsgebiete in Ludwigshafen sind über die Jahrzehnte hinweg zu De-facto-Wohngebieten geworden.

Dies liegt vor allem daran, dass bezahlbarer Wohnraum für Menschen in existenziell schwierigen Lebenslagen in Ludwigshafen zunehmend knapp wird. Zugleich erfahren Menschen, die im Einweisungsgebiet erleben, in vielen Lebensbereichen Formen der Diskriminierung und sozialer Ausschließung. Die Adressen der „Gebiete“ sind stadtbekannt und mit einem starken Stigma behaftet. Wer sich mit einer entsprechenden Postanschrift um eine Wohnung, einen Job oder Ausbildungsplatz bewirbt, hat damit meist keine Chance auf Erfolg. Selbst der Zugang zu Sozialwohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft gestaltet sich oft schwierig, da die Bewohner\_innen der Einweisungsgebiete – z.B. aufgrund bestehender Mietschulden – oft nicht den formalen Kriterien genügen, denen potenzielle Mieter\_innen genügen müssen.

Für die Soziale Arbeit bedeutet dies, dass sie unter den gegebenen Bedingungen, entgegen der offiziellen Verlautbarungen der Stadtverwaltung nach positiver präventiver Arbeit, an ihre Grenzen stößt und grundlegende Ziele nicht umsetzen kann. Familien und Einzelpersonen, die in gesundheitsgefährdenden Übergangseinrichtungen des städtischen Obdachs leben müssen, verbleiben dort über Generationen, da zumeist aus Mangel an bezahlbarem Wohnraum im niedrigpreisigen Segment keine Vermittlung in andere Wohnformen bzw. Quartiere mehr möglich ist. Kinder und Jugendliche können sich nicht altersgemäß entwickeln, wie es das Gesetz vorsieht, sondern erleben dieselbe Chancenlosigkeit wie ihre Eltern. Sie wachsen unter den sie entrechtenden Bedingungen des Polizei- und Ordnungsrechts auf. Frauen sind gezwungen in familiäre Gewaltverhältnisse zurückzukehren, da sich woanders keine Wohnmöglichkeit bieten und kaum spezifische Unterstützungsangebote für ihre besondere Problemlage vorgehalten werden. Eine der Negativfolgen ist das Ende der Sozialen Arbeit im Bereich ihres Ziels der Hilfe zur Selbsthilfe: Wer nicht mehr wohnen darf (da kein Wohnraum verfügbar ist), kann sich auch nicht mehr helfen und wird dauerhaft nicht für sich selber aufkommen können.

## „Probleme, die man nicht sieht, muss man auch nicht lösen“: Ludwigshafener Politik mit der Armut

Es ist grundsätzlich erfreulich, dass die Problematik der Ludwigshafener Einweisungsgebiete neuerdings seitens der politischen Entscheidungsträger\_innen wahrgenommen wird. Dennoch gilt es zu betonen, dass die dortigen Zustände

der Politik und Verwaltung der Stadt Ludwigshafen lange bekannt sind. Insofern bleibt es uns unverständlich, warum trotz der Kenntnis katastrophaler Lebensumstände von Bürger\_innen dieser Stadt in der Vergangenheit nicht schon Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung eingeleitet wurden.

So fanden die Einweisungsgebiete z.B. keine Berücksichtigung im Kontext des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“, in dessen Rahmen Fördermittel zur baulichen und quartiersbezogenen Entwicklung hätten genutzt werden können. Das Ausweisen der Gebiete als Quartiere mit „besonderem Entwicklungsbedarf“ hätte wohl aber vorausgesetzt anzuerkennen, dass die dortige Unterbringung für viele Menschen zu einem Dauerzustand und die Notunterkünfte – zumindest in Teilen – langfristig zu Wohngebieten geworden sind.

Wiederholt wurde die Stadtverwaltung auch von Seiten der Sozialen Arbeit in den vergangenen Jahren auf die Situation in den Einweisungsgebieten hingewiesen. Hier, wie generell bezogen auf das Thema Wohnungslosigkeit, erleben viele Fachkräfte der Sozialen Arbeit in ihrer Praxis eine „Maulkorbpolitik“: Öffentlich dürfen sie nicht über ihre Erfahrungen mit der Situation sprechen, während inoffiziell immer offensichtlicher wird, dass kaum noch professionell-sozialpädagogische Handlungen möglich sind. Scheinbar gilt in Ludwigshafen das Motto: Probleme, die sich öffentlich ausblenden lassen, muss man auch nicht lösen.

Entsprechend haben zahlreiche Versuche, auch in jüngster Zeit, gemeinsam mit den zuständigen Stellen der Stadtverwaltung tragfähige Lösungen zu entwickeln, bislang nicht zu solchen geführt. Die Folge: Viele hundert Menschen leben nach wie vor unter Umständen, die der Menschenwürde Hohn sprechen. Die Not der Bewohner\_innen dieser marginalisierten, stigmatisierten und nahezu ghettohaften Gebiete steht in krasssem Widerspruch zu den Grundsätzen einer demokratischen und progressiven Sozial- und Stadtpolitik im Kontext eines der wohlhabendsten Länder der Welt.

Entsprechend begegnen wir dem an die Verwaltung der Stadt Ludwigshafen gestellten Prüfantrag zur Auslotung von Möglichkeiten zur Verbesserung der Lage in den Ludwigshafener Einweisungsgebieten mit großer Skepsis. Nicht nur, dass es sich dabei um einen reinen Prüfantrag handelt, der völlig offen lässt, wann, wie viel oder ob überhaupt sich etwas ändern wird. Auch inhaltlich werden wichtige Punkte ausgeklammert. Denn es gilt nicht nur die baulichen Gegebenheiten und Hygienestandards zu verbessern, so wichtig dies auch ist. Zugleich muss es auch darum gehen, die vor Ort anhaltende Situation, das dauerhafte Leben unter Polizei- und Ordnungsrecht zu beenden, ohne dafür die Bewohner\_innen aus ihrem Quartier zu verdrängen. Diese erscheinen im Antrag weitestgehend als stigmatisierte, „nicht sozialisierbare“ „Problemgruppen“, als unliebsame „Sys-

temverweigerer“, was sehr klar verdeutlicht, als was sie scheinbar nicht gesehen werden: als Bürger\_innen der Stadt Ludwigshafen. Gleichzeitig werden einige Gruppen bei der Suche nach bedarfsgerechten Lösungen nach wie vor weitestgehend ausgeblendet, so insbesondere Jugendliche bzw. junge Erwachsene oder auch Frauen ohne Wohnung. Dies führt teils dazu, dass durch nicht vorgehaltene Angebote die Probleme dadurch unsichtbar gemacht werden, dass sie schlicht in andere Kommunen verlagert werden.

Unser gewichtigster Kritikpunkt am Prüfantrag ist jedoch, dass letztlich die Instanz, die mit der Prüfung beauftragt wird, jene ist, die es bislang wissentlich versäumt hat, eine grundsätzliche Verbesserung der Situation in die Wege zu leiten. Die Stadtverwaltung ist unseres Erachtens zu tief verstrickt in die unrühmliche Geschichte der Ludwigshafener Einweisungsgebiete und damit verbundener Prozesse einer Politik mit der Armut. Ihr wesentliches Element beruht darauf, dass man scheinbar glaubt, Probleme dadurch lösen zu können, indem man sie ignoriert, verschleiert und öffentlich tabuisiert. Deshalb erwarten wir uns von einem solchen Prüfantrag keine nennenswerten Innovationsschübe, die über eine kostengünstige und kosmetische Symbolpolitik hinausgehen.

Unseres Erachtens bedarf es demgegenüber eines umfassenden Konzepts zur partizipativen Entwicklung der Gebiete, dessen Erstellung in die Hände einer unabhängigen Instanz zu legen wäre. Dieses Konzept sollte grundsätzliche Veränderungen und Entwicklungen anvisieren, die zugleich über die Lage der Gebiete hinausweisen und allgemein auf die Frage ausgerichtet sind, wie zugänglich die Ressource Wohnraum in Ludwigshafen für alle eigentlich ist.

### Zur Notwendigkeit sozialen Wohnungsbaus

Allgemein ist Wohnen zusehends zu einem Verwertungsobjekt geworden. Wohnraum wird in vielen deutschen Städten zunehmend unerschwinglich. Auch in Ludwigshafen steigt der Mietpreis. Dem Mietspiegel zufolge haben sich von 2006 bis 2017 die Mieten in Ludwigshafen durchschnittlich von 5,03 Euro auf 5,96 Euro pro Quadratmeter und damit um 18,5% erhöht. So mag diese Entwicklung zwar im Vergleich zu anderen deutschen Kommunen noch moderat ausfallen. Für Menschen in existenziellen Nöten ist dies aber auch in Ludwigshafen problematisch bis lebensbedrohlich. Gerade für von Armut betroffene Menschen – Sozialleistungsbezieher\_innen und Geringverdienende – gestaltet sich die Wohnungssituation in Ludwigshafen immer schwieriger. Bezahlbarer Wohnraum, der den Richtlinien für angemessene Kaltmieten von Jobcenter und Grundsicherung entspricht, steht kaum mehr zur Verfügung.

Trotz zahlreicher Mahnrufe von Fachleuten seit den 1980er Jahren ist der soziale Wohnungsbau seither in sämtlichen deutschen Großstädten prozentual stark zurückgegangen. Analog zur ökonomischen Umverteilung von unten nach oben erfolgte die Gentrifizierung einst wohnpreisgünstiger Stadtviertel und die Erschließung neuer Quartiere im Top-Segment für Vermögende. Dies spiegelt sich so auch in Ludwigshafen wider: Von den ca. 2.500 Wohnungen, die zwischen 2005 und 2015 in Ludwigshafen gebaut wurden, lassen sich gerade 5 Wohnungen dem Bereich des sozialen Mietwohnbaus zuordnen. Stammten im Jahr 1990 noch 30% und im Jahr 2000 immerhin noch 20% aller durch öffentliche Förderung fertiggestellten Wohnungen aus dem Segment des sozialen Wohnungsbaus, lag dessen Anteil in den Jahren danach kontinuierlich zwischen 0 und 0,8%. Sozialer Wohnungsbau fand seit Beginn der 2000er Jahre so gut wie gar nicht statt. Diese Zahlen wirken umso drastischer, wenn man sich vergegenwärtigt, dass immer mehr Menschen – auch aus der sogenannten „Mittelschicht“ – der Verschärfung des sozialen Ausschlusses von der Ressource Wohnraum zum Opfer fallen. Der Verlust eines „sicheren“ Arbeitsplatzes, eine schwere Erkrankung oder auch die Trennung vom (Ehe-)Partner kann in Kombination mit steigenden Mieten schnell zum Verlust der eigenen Wohnung führen. Dies gilt insbesondere in einer gesellschaftspolitischen Situation, in der ein für alle bezahlbarer Wohnraum zunehmend knapp wird.

Insofern markieren die jüngst fertiggestellten Sozialwohnungen der GAG einen ersten wichtigen Schritt, diese desaströse Entwicklung der Wohnungsbaupolitik in der Stadt Ludwigshafen umzukehren. Doch während Städte, so z.B. kürzlich Mannheim, sogenannte „Sozialquoten“ für neue Großbauprojekte eingeführt haben, sperrt man sich in Ludwigshafen anscheinend dagegen. Gerade auf diese Weise wiederholt man aber die Fehler der Vergangenheit, indem eine Durchmischung von Quartieren von vorneherein verhindert wird. Politisch verharnt Ludwigshafen, anstelle offener und inklusiver Städtebaukonzepte, somit in der Politik des „Mauerns“.

### Ludwigshafen gehört allen!

Die sozialen Verwerfungen, jetzt schon dramatisch, werden in den nächsten Jahren zunehmen, wenn nicht unmittelbar Abhilfe geschaffen wird. Dringend erforderlich ist die Schaffung von ausreichend bezahlbaren Wohnungen und die Sicherstellung von hygienisch einwandfreien Unterkünften für wohnungslose Menschen, in denen die ordnungspolitische Sonderbehandlung unter Polizeirecht aufgehoben wird.

Die Mitglieder des Arbeitskreises Kritische Soziale Arbeit Ludwigshafen appellieren insofern, so rasch und wirksam wie möglich Abhilfe zu schaffen. Gerade jetzt, wo der Wahlkampf vorbei ist, muss Ludwigshafen es sich zu einem städtebaulichen Entwicklungsziel machen, ein menschenwürdiges Wohnen für alle sicherzustellen. Die Einweisungsgebiete dürfen dabei nicht ausgeklammert werden, sondern sind endlich als De-facto-Wohngebiete anzuerkennen, die es partizipativ umzugestalten gilt. Auch die dort lebenden Menschen sind Bürger\_innen der Stadt Ludwigshafen. Auch ihre Interessen sind im Rahmen einer demokratischen und zugleich sozialen Stadtpolitik zu berücksichtigen. Ein dauerhaftes Leben unter den Bedingungen des Polizei- und Ordnungsrechts gilt es endlich zu beenden!

Die Umgestaltung der Einweisungsgebiete sollte eingebettet werden in ein umfassendes und von einer gegenüber der Stadt Ludwigshafen unabhängigen Instanz zu erstellendes Wohnraumkonzept. Konkrete Maßnahmen sollten im partizipativen Dialog mit allen Bewohner\_innen, unabhängig von ihrer sozialen wie kulturellen Herkunft, vor Ort geplant werden und sich insofern primär an deren Interessen und spezifischen Bedürfnissen, so z.B. von Jugendlichen, Frauen, Geflüchteten usw., orientieren.

*Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Ludwigshafen*

## Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Leser und Leserinnen,

die Zeitschrift *Widersprüche* bietet seit Heft 133 den Arbeitskreisen Kritische Soziale Arbeit und vergleichbaren Initiativen den Raum und die Möglichkeit, über ihre Positionen, Vorhaben, Publikationen, Kampagnen und andere wichtige Ereignisse zu berichten.

Kurze Texte, knappe Dokumentationen und Ähnliches können wir direkt in diese Rubrik aufnehmen. Längere Texte können mit einem kurzen Aufriss sowie einem entsprechenden Link vorgestellt werden, so dass Leserinnen einen leichten Zugang zum kompletten Dokument haben. Terminankündigungen sind dabei in einer Vierteljahrszeitschrift nur dann sinnvoll, wenn auf Ereignisse hingewiesen wird, die einen entsprechenden Vorlauf haben.

Koordiniert wird diese Rubrik von Timm Kunstreich, mit dem auch weitere Details besprochen werden können. Die Kontaktadresse zum Senden der Beiträge lautet: [TimmKunstreich@aol.com](mailto:TimmKunstreich@aol.com)

Die Beiträge werden zu den folgenden Redaktionsschlüssen für die nächsten Hefte entgegengenommen:

Heft 148: 10.04.2018

Heft 149: 10.07.2018

Heft 150: 10.10.2018

*Die Redaktion*

# Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Gesellschaft als „Diskurs der Wünsche“ meint das Verfertigen des Sozialen im Prozess des sozialen Diskurses, nicht Unterwerfung unter vorgefertigte Normierungen.

*Niko Diemer (1952 – 1992)*

## Wir über uns

1981/82 gründeten Mitglieder der Arbeitsfelder Gesundheit, Sozialarbeit und Schule des Sozialistischen Büros die Zeitschrift *Widersprüche*. In dieser Zeit des grünen Aufbruchs und der radikalisierten konservativen Wende versuchten wir eine erste Standortbestimmung als Redaktionskollektiv: „Verteidigen, kritisieren, überwinden zugleich“. Unter dieser Programmatik wollten wir als Opposition dazu beitragen, die materiellen Errungenschaften des Bildungs- und Sozialbereichs zu verteidigen, dessen hegemoniale Funktion zu kritisieren und Konzepte zu ihrer Überwindung zu konkretisieren. Zur Überzeugung gelangt, dass eine alternative Sozialpolitik weder politisch noch theoretisch ausreichend für eine sozialistische Perspektive im Bildungs- und Sozialbereich ist, formulierten wir unseren ersten Versuch einer Alternative zur Sozialpolitik als Überlegungen zu einer „Politik des Sozialen“. An der Präzisierung dieses Begriffes, an seiner theoretischen und politischen Vertiefung arbeiteten wir, als die Frage nach der „Zukunft des Sozialismus nach dem Verschwinden des realen“ 1989 auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Das Kenntlichmachen der „sozialen Marktwirtschaft“ als modernisiertem Kapitalismus im Westen und Kapitalismus „pur“ im Osten erleichtert uns zwar die Analyse, gibt aber immer noch keine Antwort auf die Frage nach den Subjekten und Akteuren einer Politik des Sozialen, nach Kooperationen und Assoziationen, in denen „die Bedingung der Freiheit des einzelnen die Bedingung der Freiheit aller ist“ (Kommunistisches Manifest).

Wer in diesem Diskurs der Redaktion mitstreiten will, ist herzlich eingeladen.